


WIR WOLLEN ALLES
Verlag: Politladen Erlangen
V.i.S.d.P.: Achim Bergmann, München, Josephsburgstr.16
Bestellungen für Wiederverkäufer (mit 33 % Rabatt ab 15 Exemplar
SOVA, 6 Frankfurt 90, Postfach 900832
Postanschrift: WWA c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202



# Aufruf

**Der Sieg in Vietnam ist ein entscheidender Anfang**

Mitte der sechziger Jahre wurde Vietnam zum Spanien unserer Epoche, zum exemplarischen politischen Konflikt nach dem zweiten Weltkrieg und auch zur Scheidemünze der politischen Lager in den USA und in Westeuropa. Heute ist das Land von Fremdherrschaft befreit – ein großer, historischer Sieg. Währenddessen ist Spanien noch immer der Franco-Diktatur unterworfen.

Und doch gab es hier in der Linken mehr ein Aufatmen als glückliche Begeisterung. Die Gründe hierfür liegen zunächst im Versanden der Vietnam-Kampagnen nach Abschluß der Pariser Waffenstillstandsabkommen Anfang 1973; das Problem schien gelöst oder zumindest verlagert.
Weiter hat die schwere Niederlage des chilenischen Volkes einen Schatten auf die siegreiche Entwicklung in Südostasien geworfen.
Schließlich ist die westeuropäische und die US-amerikanische Linke mit den weltpolitisch-ökonomischen Erschütterungen selbst in eine Krise geraten und von Zersplitterung, Engstirnigkeit und auch Angst gekennzeichnet. Denn sie unterliegt tausend staatlichen Schikanen und Hexenjagden im Stile McCarthys, besonders in der Bundesrepublik. So hat das richtige innenpolitische Engagement

Aber auch die Lage in Vietnam nach der letzten großen Offensive mit dem Namen Ho Chi Minhs ist nicht nur zum Jubeln. Zwar lehrt die siegreiche Machtübernahme durch die Volksbefreiungsarmee auch, wie human revolutionäre Änderungen von solcher Tragweite vollzogen werden können. Und ein Leben in Frieden scheint gesichert. Doch ist der Sieg über das US-Imperium und seine Statthalter in Saigon nur eine, wenngleich entscheidende Etappe der nationalen *und* sozialen Befreiung, einer Befreiung, die mit komplizierten religiösen, ethnischen und sozialen Klassenverhältnissen, besonders in Südvietnam zu rechnen hat.

Vor allem sind die Menschen, das Land und die Städte von dem grauenvollen Krieg schwer geschädigt. Die Opfer sind es auch, die unsere Freude dämpfen. Viele Kriegsverbrechen sind nicht wieder gut zu machen.

Gerade deshalb bleibt viel zu tun, um Vietnam wieder zu einem blühenden Land zu machen.

**Deshalb rufen wir auf zu helfen**
**beim materiellen Wiederaufbau Vietnams, rufen wir auf, die soziale Befreiungsbewegung weiter mit allen Kräften zu unterstützen!**

**Für eine neue Vietnam-Hilfe !**

**Rudi Dutschke, Erich Fried, Brigitte Heinrich**




# ANDERS MACHEN!



Dies hier wird erst einmal die letzte Ausgabe der WWA sein ! Weil wir die Zeitung einfach nicht mehr so weitermachen könne bzw. wollen !
Schon diese Nummer hier ist nur noch von einem Teil der alten Redaktion gemacht worden und wir wollen damit auch Klarheit über den aktuellen Zustand und die Perspektiven der WWA verschaffen - Klarheit, soweit wir sie selbst haben.

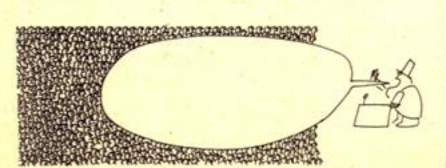
Im März dieses Jahres, gerade als wir dabei waren, die letzte Nummer der WWA mühsam zusammenzustellen, war innerhalb des "Redaktionskollektivs" die Kacke am Dampfen: wir ödeten uns in den Redaktionssitzungen immer mehr an, jeder ging nur noch aus irgendeinem diffusen Pflichtbewußtsein hin, immer weniger von den Ansprüchen, die wir im Kopf hatten, wurden eingelöst, die vielen Kleinigkeiten, die eigentlich zu machen waren, blieben liegen .... Bis wir schließlich einen ganzen Samstag- Nachmittag lang uns zumindest einen Teil des Ärgers von der Leber redeten, der sich in der Zeit davor so angesammelt hatte. Dadurch wurden wir zwar befähigt, die anstehende Märznummer doch noch fertigzustellen ( und sie wurde relativ zu den vorhergehenden Nummern unserer Meinung nach aus allerdings nur glücklichen Zufällen sogar ganz gut ), aber andererseits war damit der Bann gebrochen, der uns das letzte halbe Jahr immer mehr die Kehle zugeschnürt hatte: wir begannen in der Diskussion zu begreifen, daß wir einem Anspruch nachgelaufen waren, der dem Selbstverständnis der WWA zu Beginn ihrer Gründung zugrunde gelegen hatte, der aber auf Grund der Veränderung der politischen Situation in der BRD und speziell der damit zusammenhängenden Veränderung innerhalb der "linksradikalen" - oder "Sponti"-Bewegung nicht mehr zu realisieren ist: " Eine Zeitung von Gruppen für Gruppen, in der die Erfahrungen der Kämpfe ausgetauscht werden usw, usw..". - und: dieser Anspruch stimmt auch nicht mehr mit dem heute prinzipiell wohl auch vor-handenen Interesse an einer "guten" überregionalen "Sponti"-Zeitung, "undogmatischen" Zeitung überein.

Heute schätzen wir die Entwicklung der WWA in groben Zügen so ein:

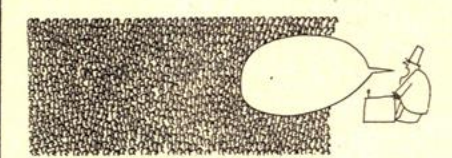


★ die WWA war bei ihrer Gründung im Frühjahr 73 faktisch das Organ von Gruppen, die nach der Studentenbewegung exemplarisch begonnen hatten, neue Formen und Inhalte "revolutionärer Politik" im Zusammenhang mit deutschen und ausländischen Arbeitern innerhalb und außerhalb der Fabrik praktisch anzufangen. Trotz im Detail verschiedenen Vorstellungen gab es doch genügend gemeinsame Punkte, die eine inhaltliche Basis zur Zusammenarbeit in der WWA abgaben: die Aufnahme von Betriebsarbeit durch die früheren Studenten, die inhaltliche Abgrenzung zu den ML- Aufbauorganisationen, der Bezug auf die "neuen Inhalte und Kampfformen" der Klassenkämpfe in Italien .....

★ auf der Basis dieser inhaltlichen Gemeinsamkeiten , dem gemeinsamen praktischen Interesse und der schon gemachten Erfahrungen entstand die WWA als ein Mittel der (bis dahin informell, individuell schon vorhandenen) Kommunikation unter diesen Gruppen und sie war gleichzeitig ein Orientierungspunkt für andere Gruppen und Genossen in der BRD, die mit den ansonsten überall ML-beherrschten Blättchen überhaupt nichts anfangen konnten. Orientierungspunkt konnte die WWA bzw. die "WWA-Gruppen" aber nur sein, weil sie damals wohl wirklich die entwickelste praktische Alternative zu den ML-ern darstellten, - jedenfalls jedoch von vielen Genossinnen und Genossen, die sich in anderen Städten mit Mühe aus der ML-Umklammerung zu lösen suchten und die eine eigene praktische Alternative aufbauen wollten, so angesehen wurden.



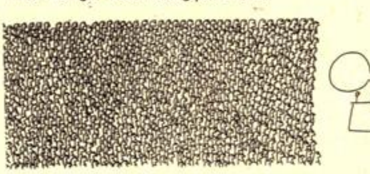
★ das lief so etwa im ersten Jahr des Erscheinens der WWA bis Anfang 74 ganz gut - begünstigt durch die Tatsache, daß die WWA neben der ursprünglichen Funktionsbestimmung zum Mittel der für alle interessanten und wichtigen Darstellung und inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Streikbewegung 73 wurde. Doch schon in dieser Zeit veränderte sich die Basis der WWA, was aber erst Anfang 74 deutlich wurde: die "Gründungsgruppen" der WWA lösten sich faktisch alle bis auf den RK in Frankfurt auf, und "der RK" selber wandelte sich immer deutlicher von einer "Betriebsgruppe" in eine schwer mit einem Wort zu definierende "Bewegung" verschiedenster Gruppen , Grüppchen und Kampagnen. Dies führte auch dazu, daß die sich selbst ebenfalls verändernde "Opel-Betriebsgruppe", das alte Herz des RK, weder von ihrer personellen Fähigkeit, noch von dem inhaltlichen Interesse her gesehen weiterhin die aus Frankfurt kommenden Artikel der WWA so nebenher mit der linken Hand - wie es bisdahin oft und zur Not geschehen war - machen konnte und daher eine eigene "Frankfurter-WWA-Redaktion" gegründet wurde. Da jedoch die anderen Gruppen eh kaum noch vorhanden waren, führte dies dazu, daß dieses Kollektiv faktisch "die WWA-Redaktion" wurde.



★ im Laufe des Jahres 74 verwandelte sich die WWA somit in erster Linie zu einem Sprachrohr von praktischen Ansätzen im Rahmen dieses RK in Frankfurt, was insoweit legitimiert war und akzeptiert wurde, wie in Frankfurt in der Tat wichtige praktische Erfahrungen vor allem im Häuserkampf gemacht wurden und entsprechend "entwickelte" Diskussionen abliefen. Das hatte aber auch gleichzeitig zur Folge, daß sich in der WWA inhaltlich die spezifischen RK-Interpretationen und vor allem die RK- spezifische Auswahl dessen ausdrückte, welche allgemeinen Themen wichtig seien bzw. welche Gesichtspunkte in der Diskussion zu betonnen seien.. ... bis hin zu den praktischen und theoretischen Vorschlägen der "Frankfurter Bewegung".

★ damit war die WWA aber schon nicht mehr - oder viel weniger - ein Kommunikationsmittel zwischen ähnlichen Gruppen. Im Gegenteil verlor sie auf Grund der "Frankfurter Bornierung zum einen, und ferner wegen der wachsenden praktischen und politischen Selbständigkeit von Gruppen in anderen Städten immer mehr ihre Bedeutung als überregionaler Bezugspunkt. Wir versuchten dieser Tendenz ab Sommer 74 dadurch entgegenzuwirken, daß wir alle neu entstandenen Gruppen aufforderten, sich doch wieder unter dem Dach der WWA zu versammeln, dh. " mitarbeitende " Gruppe zu werden.

★ Aber statt sich unter dem alten Gerüst der WWA zu versammeln ( was einige schon auch machten - wodurch wir uns zunächst bestätigt fühlten), orientierten sich viele der seitdem neu entstandenen Gruppen eher auf lokaler Ebene und meist auch an Inhalten, die die WWA nicht repräsentierte, - was für die jeweiligen politischen Ansätze größere praktische Bedeutung besaß als eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Frankfurter Sichtweise und deren zum Großteil nicht übertragbaren Erfahrungen. "Der RK" , die verbliebene Grundlage der WWA, repräsentierte immer weniger " den entwickelsten praktischen Ansatz" - die WWA konnte immer weniger Orientierungspunkt sein.



★ ein Ausdruck davon war, daß die Leserzahl der WWA absolut gesehen abnahm. Aber wichtiger noch war, daß im Verhältnis zu der sowohl zahlenmäßig angewachsenen als auch inhaltlich enorm ausgeweiteten "linksradikalen", "undogmatischen" oder sonstwie "autonomen" Gruppen und praktischen Initiativen in der BRD ein relativ viel kleinerer Anteil der Genossinnen und Genossen noch viel mit der WWA anfangen konnten, diese oftmals nur noch aus Tradition kauften und nur flüchtig oder gar nicht mehr lasen. Ein anderer Ausdruck davon war, daß überall parallel zur WWA andere "Sponti"-Blättchen entstanden sind, die zum Teil einige der Ansprüche eher einlösen, die die WWA sich selbst gestellt hatte. Dasselbe gilt für den ID.

Seite zwei

- nachdem dann in der letzten Zeit auch der praktische Zusammenhang und die gemeinsame politische Identität innerhalb des RK immer stärker abbröckelte, also die verbliebene Grundlage der WWA immer weniger oder zumindest doch zwanghafter als "Lebensquell" einer Zeitung funktionierte -
- da haben auch wir endlich die Kritik, die vor allem von Genossen und Genossinnen außerhalb Frankfurts vorgebracht worden war, verstanden :
- die WWA hat als organisatorisches Relikt die Basis, deren Ausdruck sie war, überlebt: sie hängt heute in der Luft.

DIE WWA IST BEREITS TOT !




Wenn wir das heute sagen, haben wir dabei also im Kopf , daß die WWA mehr war, als nur einfach eine "überregionale Sponti-Zeitung": sondern bestimmte Inhalte verkörperte, einen bestimmten Anspruch ausdrückte und im Rahmen einer bestimmten Struktur hergestellt wurde. Deswegen sagen wir auch, erst einmal: es hat keinen Sinn und wäre auch politisch falsch, auf diesem alten Selbstverständnis weiter mit dem Kopf gegen die Wand der realen Entwicklung anrennen zu wollen.

Trotz alledem besteht das zunächst ganz allgemeine, diffuse Bedürfnis nach einer "guten " überregionalen Zeitung, was auch immer das heißen mag. Und das manchmal zu hörende Bedauern über das Eingehen der WWA drückt dieses Bedürfnis und zugleich seine Hilflosigkeit am ehesten aus:" Irgendwie und irgendwo war die WWA halt auch besser wie gar nix !"

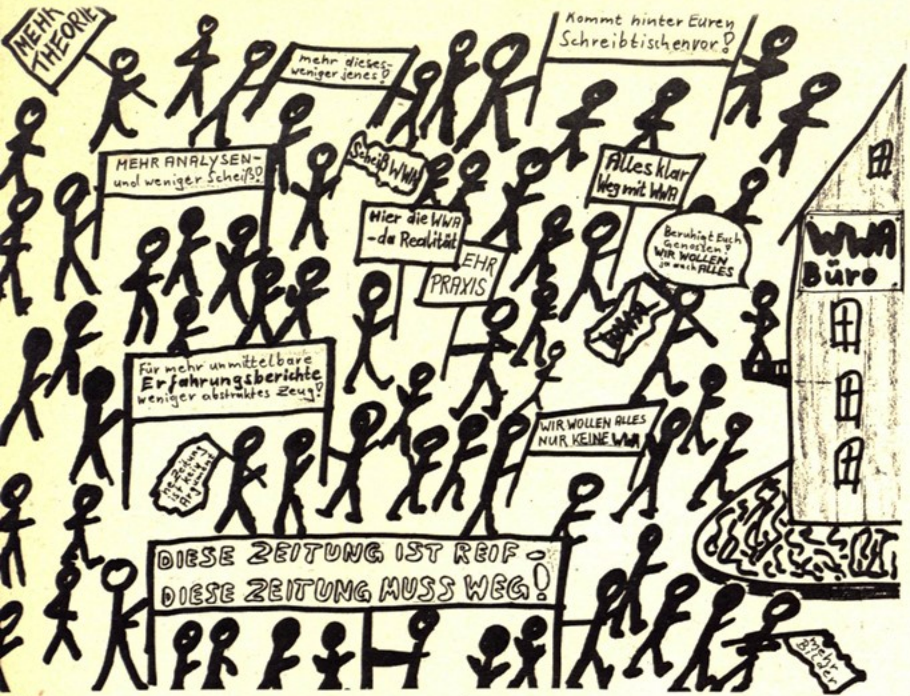
Und das ist auch ein wichtiger Grund, warum wir diese Ausgabe hier , zwar mehr schlecht als recht, aber immerhin noch gemacht haben: wir wollten nicht einfach die WWA von der Bildfläche verschwinden lassen und gleichzeitig Unsicherheit über die Gründe und Gerüchte nähren. Wichtig finden wir eine bewußte Auflösung der bestehenden WWA, damit Genossinnen und Genossen, die daran Interesse haben, unter Ausnutzung der Erfahrungen ein neues Projekt einer besseren Zeitung angehen können.




Es gibt auch in Frankfurt ein paar Leute, die Interesse an einem solchen Projekt einer neuen überregionalen Zeitung haben. Unter anderem "wir", die dieses Blättchen hier zusammen gestellt haben. Wir haben dabei noch kein fertiges Konzept, wollen aber hier kurz beschreiben , in welche Richtung wir dabei denken :



Ach, sie wird mir fehlen so — meine WWA für's Klo!




**1** Eine überregionale Zeitung sollte sich nicht allein auf "Gruppen" und damit die von ihnen "offiziell"geduldeten und behandelten Themen beziehen, sondern auf die gesamte Breite der Inhalte und Bedürfnisse der "Bewegung".
Diese Bewegung ist äußerst vielschichtig und diffus, was ihre soziale Zusammensetzung und die Bereiche, in denen sie besteht, jüngere Arbeiter und Arbeitslose, Lehrer und Schüler, Lehrlinge und Studenten, Büroangestellte, Emigranten und Frauen. betrifft.

Zunehmend arbeiten die Genossen und Genossinnen dort politisch, wo sie zunächst einmal wirklich arbeiten, also ihr Geld verdienen oder ihre Ausbildung machen - und das reicht von den Lehrlingswerkstätten und den Betrieben über Kliniken bis zu Rundfunkanstalten, oder halt Jugendzentren u.ähn.
Aber diese diffuse Bewegung hat auch einheitliche Momente: das, was sie irgend wie zu einer politischen Bewegung macht: eine gemeinsame Geschichte, beginnend mit der "anti-autoritären Revolte" ( auch wenn viele diese selbst nicht mitgemacht haben, sind sie doch in ihrer Politisierungsgeschichte mit dadurch geprägt worden); eine gemeinsame Ablehnung der reformistischen , revisionistischen und dogmatisch leninistischen Modelle; eine Praxis des Widerstandes, nicht nur hier und da in Straßenschlachten und Hausbesetzungen, sondern auch

des sehr alltäglichen Widerstandes gegen Vorgesetzte und Lehrer, kommunale Bürokraten und Hauseigentümer. Sie hat - wenn auch nur höchst vage - Grundzüge eines gemeinsamen theoretischen Selbstverständnisses. Sie hat - und das ist vielleicht die wichtigste Gemeinsamkeit - Verkehrsformen und eine Organisierung der Lebensverhältnisse entwickelt, in der Ansätze einer Emanzipation vom bürgerlichen Leben vorhanden sind: Wohngemeinschaften, die Art von Liebesverhältnissen, von Kindererziehung, von Konsum - und die Reflexion über die eigenen Bedürfnisse und diese alternativen Versuche.
Diese Gemeinsamkeiten verwirklichen sich in keiner bestimmten

Organisation und auch nicht in der Summe der vorhandenen Gruppen, und das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern.

**2** Ein sinnvolle Zeitung müßte leisten, was die WWA immer weniger zu leisten imstande war: die Vielfalt der Arbeits-, lebens- und Kampfbereiche wiederzuspiegeln und darin gleichzeitig die Gemeinsamkeiten erkennen, herausarbeiten, die Probleme diskutierbar zu machen. Eine solche Zeitungsidee haben wir einmal "Journal" genannt: es bedeutet zunächst einmal, inhaltlich breiter zu werden, auch die Alltäglichkeiten politisch zu begreifen, nicht nur den Kampf dort, wo er sichtbar und spektakulär wird. Es ist kein Zufall, daß in der alten WWA niemals etwas über Kinderläden, über die Probleme von linken Lehrern, über die Organisierung eines Jugendhauses nach der Aneignung, über Filme, Musik, Wohngemeinschaften, Reisen, ..über Angst und Ausflippen, über Sexualität, über Geld und Konsum gestanden hat. Da all dies immer weniger Gegenstand von Gruppen war ( ausgenommen Gruppen der Frauenbewegung, auf die sich die WWA nie hat beziehen können), erwies sich die Gruppenfixierung als fatale Einengung und Austrocknung der WWA. Wichtig wäre jedoch gerade, daß ein zukünftiges Journal sich den Ideen, den Interessen, der Phantasie, die in dieser "linksradikalen Bewegung" durchaus vorhanden sind, öffnet.

**3** gerade in Bezug auf die "traditionellen" Themen eines solchen Journals meinen wir, daß eine gute "politische Reportage" darüber, was irgendwo, zB in Wyhl, in Neckarsulm, in Spanien oder sonstwo läuft oder auch nicht läuft : dh. eine Reportage, die die real dahinterstehenden Interessen und Bedürfnisse und die die Kräfte, die sich organisieren und praktisch werden ( oder dies auch vielleicht nicht schaffen) erfassen und beschreiben kann ( und alle Problemstellungen und Strategiediskussionen auf dieser Basis dann beginnen kann !)...

- daß ein solcher Bericht besser ist als eine der gängigen Interpretationen über "die " politische Bedeutung: ob es "revolutionär" oder "konterrevolutionär", ob es "reformistisch" oder vielleicht nur " einerseits/andererseits" ist und was, bitte schön, der Leser daraus lernen sollte.
Was wir da im Auge haben, ist noch sehr vage: wie viele Genossinnen und Genossen sind auch wir nach dem langen Nebeneinander von erklärter "Theoriefeindlichkeit" und uneingestandener theoretischer Schematisierung an einer diskutierten, bewußten theoretischen Klärung unserer Erfahrungen , der gegenwärtigen Klassenrealität und der politischen Perspektiven interessiert. Das Unbefriedigende an den ganzen Interpretationen auf der Grundlage der traditionellen "revolutionärenTheorien"

ist dabei jedoch, daß sie jeden Prozeß, jedes Ereignis ausschließlich von seiner Bedeutung für die kapitalistische Gesellschaft her betrachten: revolutionär sei, was perspektivisch gegen "den " Kapitalismus gerichtet ist, was ihn besiegen kann. Dabei fällt jedoch leicht unter den Tisch ( und hat mit dieser "revolutionären Logik" auch in der Tat nichts zu tun),

An alle, die ein WWA-Abo haben

- und nicht warten wollen, bis es (vielleicht) eine neue Zeitung geben wird
- und ihr bereits gezahltes Abo-Geld zurückhaben wollen,

sollen uns das schreiben und wir schicken — zähneknirschend zwar — aber bestimmmt — den zuviel gezahlten Betrag zurück.

was die bestimmte gesellschaftlic he Entwicklung, was das bestimmte Ereignis für die Leute und deren Interessen bedeutet, die daran teilnehmen, die davon unmittelbar betroffen sind.
Man kann sich das an ein paar typischen Beispielen aus ganz verschiedenen Bereichen selber verdeutlichen: die Bedeutung der MFA in Portugal, die Bedeutung der "Anti-Kraftwerk-Bewegung", oder auch die Bedeutung der Frauenbewegung oder auch nur des Erfolges von oppositionellen Listen oder Kandidaten bei den Metall-Betriebsratswahlen dieses Jahr -- das ist alles mit dieser gängigen traditionellen Sicht im besten Fall mit der "einerseits/andererseits"-Formel zu beurteilen. Nur sagt dies erstens weniger über diese Ereignisse oder Prozesse als vielmehr über die Unfähigkeit der traditionellen Raster aus , und zweitens treibt diese Sicht zu einer verklemmten, von abstrakten Ansprüchen bestimmten Praxis.
Uns schwebt dagegen eher vor, daß die politische Bedeutung einer Initiative, eines Ereignisses von der Bedeutung für die Betroffenen her zu bestimmen ist : revolutionär ist sie, weil sie andere Interessen und Bedürfnisse freisetzt und durchzusetzen sucht, die zu den im Kapitalismus erlaubten, geduldeten bzw. erzwungenen "Interessen" querstehen oder ihnen vollkommen wiedersprechen. Sicherlich trifft diese Durchsetzung dann immer auch irgendwann gegen die Macht der Kapitalisten, aber sie definieren diese Auseinandersetzung neu von ihrer eigenen Dynamik her - und nicht voraussehbar von abstrakt-revolutionären Theorien.

**4** Wir sind inzwischen von der Gruppenillusion insoweit geheilt, daß wir nicht mehr glauben, daß ein Artikel, immer schon deswegen gut ist, 'konkret ' ist, weil er von Gruppen verfaßt wurde. Es hat schon Artikel gegeben, die von Gruppen gemacht waren und mit denen andere was anfangen konnten - aber es gab auch sehr viele Gegenbeispiele. Zu den guten Artikeln der WWA gehörten aber gerade auch Berichte von einzelnen Genossinnen oder Genossen, die nach Wyhl oder nach Argentinien, nach Portugal oder nach Mailand gefahren waren, und dann etwas darüber aufgeschrieben haben. Dies zeigt, daß das Etikett "Gruppenbericht" nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Qualität eines Artikels sein kann.

Ein Artikel ist immer eine "Übersetzung" einer Aktion, einer Diskussion, von Erfahrungen usw.. Ein Journal muß, wenn es sich als politisches verstehen will, sich dieses Übersetzungsproblem bewußt stellen: zu lernen , wie man das macht oder besser machen könnte ( mit dem Tonbandm, Interviews, Recherchen usw) und zwar "inhaltlich" so, daß die praktischen Erfahrungen der Leute zum Ausdruck kommen, um die es jeweils geht - und nicht etwa Projektionen des Schreibers.
Ein Journal muß daraufhin organisiert sein, daß interessante und politisch wichtige Ereignisse auch außerhalb unserer unmittelbaren Zusammenhänge passieren.
Wir gehen zudem von der These aus, daß die linksradikale Bewegung auch in Zukunft - ob es uns paßt oder nicht - keine

Kontinuität als Gruppen oder Organisationen finden wird, sondern daß es gerade darauf ankommen wird, flexible Bezugspunkte zu schaffen, die fähig sind, sich inhaltlichen und personellen Veränderungen anzupassen.
Dieses Problem stellt sich genauso in der "Organisationsfrage" der politischen Arbeit, wo ganz vage die Perspektive eines bestimmten Verständnisses von Zentren als praktisch-politischer Bezugspunkt diskutiert wird, wie bei dem Projekt eines überregionalen Journals.
Aber das setzt eben voraus, daß die Macher der Zeitung nicht allein auf die Gruppen oder die Briefe, die zufällig im Postfach liegen, vertrauen, sondern daß sie selber aktiv werden.

**5** Das ist wohl der wesentlichste Grund, warum die bisherigen noch übrig gebliebenen Macher der WWA nicht einfach mit der Arbeit an einem Journal beginnen können. Das schaffen wir einfach nicht. Diese hier vorliegende Zeitung zeugt davon: Vieles , was als Projekt notwendig gewesen wäre, fehlt.
Ein solches Journalprojekt müßte sich die spezifischen Fähigkeiten von Genossen nützlich machen. Es gibt in der Bewegung Leute, die bisher in linken Zeitungen kaum mitgemacht haben: Fotographen und Karikaturisten, Schriftsteller und Berufsjournalisten, Filmemacher und viele andere, die ohnehin gerade an einem bestimmten Thema arbeiten, das auch für ein Journal interessant sein könnte. Diese Genossen - die häufig am Rande der "Scene" stehen, zu denen die "politsch Aktiven" häufig ein arrogantes Verhältnis haben- müßten einbezogen werden in die Arbeit. Man müßte ein Korrespondentennetz schaffen, in dem die mitarbeitenden Genossen und Genossinnen nicht mehr ausschließlich als "Gruppendelegierte" sich ausweisen müssen, sondern sich in der beschriebenen Weise beteiligen können.

Mit dieser Ausgabe hier wollen wir die Diskussion über ein solches zukünftiges Zeitungsprojekt anregen.

Wir werden von uns aus versuchen, in der nächsten Zeit mit uns bekannten Genossinnen und Genossen in anderen Städten darüber zu diskutieren.

Wir wollen Allen , die Interesse daran haben, die Möglichkeit geben, über unsere Postadresse in Kontakt zu einer solchen Initiative zu treten.
Wir schlagen schließlich vor, sich über den Stand der Diskussion und über die praktischen Perspektiven im ID zu informieren oder vielleicht, wenn alles gut geht , im Herbst in einer Zeitung.



AUF ZUR PRAXIS!




# der Schwab ist wach geworden, hoffentlich schläft er nicht wieder ein!

Was uns bei unserem NSU - Trip von vornherein dubios war und wir als Unbehagen empfanden, geriet bei einigen Genossen zum Verdikt, es sei ein Fehler gewesen, sich dort einzumischen. Wir wollen mit dieser Reportage zeigen, daß sowas kein Fehler sein muß und auch kein Fehler war, sondern daß da ein "objektiver Fehler" vorliegt. Da es für uns noch sehr ungewohnt ist, linksradikal zu theoretisieren und die Klassenrealität in der BRD von unserer Position als einer neuen revolutionären Geschichte her zu begreifen, wählen wir diese Darstellungsweise der Reportage. Gerade wir mit unserer unbewä ltigten, und doch verdammt intensiven Opel-Intervention haben die Fähigkeit und damit auch das Recht, die aktuellen Klassenkämpfe in ihrer Originalität, ihrer traditionellen Struktur, ihrer Verschiedenheit darzustellen. Wir wollen nicht mit Audi den Opel überholen, sondern das was aus der Distanz zu diesem Schwabenländle klar erfahrbar ist, auch klar benennen.- Wir sind keine 'Kommunisten' und keine 'Zigeuner', die mit Agitationswagen über Land fahren und den kämpfenden Massen vor Ort Linienblättchen andrehen und ihnen dabei ihre revolutionäre Substanz stiebitzen.

...

Das, was uns veranlaßt hat, nach Neckarsulm zu fahren, die mehrmaligen Streiks und Demonstrationsmärsche der von Massenentlassungen bedrohten 10 000 NSU-Beschäftigten, vergessen wir nahezu während der Fahrt. Die Landschaft wird als schöner, je mehr wir die Käseglocke Rhein-Main hinter uns lassen. Auf der Autobahn-Strecke den Neckar längs Richtung Heilbronn beschließen wir auf der Rückfahrt über die alte Bergstraße zu fahren. ...

Die etwas unwirkliche, für unser Hirn und Sinne ungewohnte Situation ändert sich auch nicht, als wir in die Stadt gelangen, die von den Entlassungsplänen des VW-Konzerns am meisten betroffen sein wird und die sich noch am meisten gewehrt hat. Wir zuckeln durch die eine Verkehrs - und Einkaufsstraße, downtown - wo sind die Wohnviertel, die Betonklötze, wo ist das Werk ? Aber während wir keine Betonviertel - Klein Manhatten nennt man in Rüsselsheim solch einen neu erbauten Stadtteil - entdecken können, ist DAS WERK nicht schwer zu finden. Vor der Brücke, die über die Sulm führt, weist ein bescheidenes Schild flußwärts: AUDI-NSU. Der Sonntagsidylle in der Stadt entspricht die Leere auf dem großen Parkplatz zwischen Haupttor, Kasino und Fabrikanlagen. Hier haben 6-7000 NSU-Arbeiter eine Protestversammlung gemacht, den Reden vom Betriebsrats - und Vertrauensleutechef gelauscht. Und wehe, einer der Kommunisten mit seinem Rote-Fahne-Blättchen hätte es gewagt, sich an den Lautsprecherwagen zu machen, das Mikro zu ergreifen und seine Revolution auszurufen - "den hätt mer kaputtgeschlagen", so ein kämpferischer Vertrauensmann zu uns am nächsten Tag im Genossenschaftsheim. Und stellt prompt wissend lächelnd die Gretchen-Frage, "wo kommt ihr denn her, seht ja auch nicht wie von hier aus ?" - -- "aus Rüsselsheim" sagen wir großräumige Frankfurter und berichten, daß beim Opel insgesamt 10 000 Arbeiter entlassen worden seien, so nach und nach, und daß das ohne merkbaren Widerstand abgelaufen sei. Wenn wir gekommen wären, um was zu lernen, dann sei das gut, meinte er.

# Zur Krise bei AUDI NSU

Wir wollen. Und wir sehen überall in den Schaufenstern der Stadt, am Kasino, - bei der Werksbesichtigung in den Hallen: am Werksbus, an den Gabelstaplern, an Maschinen, die zentrale Losung der IG-Metall stehen, in kräftigem Himmelsblau, der traditionellen Firmenfarbe also (Opel hat gelb) :

AUDI NSU MUSS BLEIBEN
IG METALL

Sicher eine realistische und korrekte Forderung; aber auch eine sehr bodenständige und deutsche. Denn die Emigranten, die immerhin ein Drittel der Belegschaft bilden, darunter hauptsächlich Griechen und Türken, stehen garantiert eher hinter einer optimalen Geldforderung. Wegen viel Geld nämlich sind sie in diesen schönen Landstrich gekommen und nicht wegen der blauen Audi-Augen. Jedoch die Emigranten sind einkalkuliert als diejenigen, die zuerst entlassen werden, natürlich mit einer Abfindung. Sie werden sehr mangelhaft von der Gewerkschaft informiert über die Entlassungs - und Sozialpläne, über den Stand der Verhandlungen, es sind auch nur wenige, die bei den Demonstrationen und Kundgebungen dabei sind. Das außerhalb der Stadt gelegene Wohnheim und die abweisende familiäre Häuschen an Häuschenidylle verhindern eine größere multinationale Vermischung im Lebenszusammenhang. Daß sie als Entlassungspuffer sowohl vom VW-Konzern als auch von der Gewerkschaft und letztlich auch von den deutschen Kollegen eingeplant sind, wissen die Emigranten natürlich, sie bekommen es jeden Tag zu hören und zu spüren. "Warum soll ich für die Arbeitsplätze der Deutschen kämpfen ?" fragt uns ein Grieche. Die zentrale Forderung "Kampf um den Arbeitsplatz" spaltet somit zwischen den Deutschen und den Emigranten. Auf dieser inhaltlichen Basis kommt bestimmt kein gemeinsamer Kampf zustande. Dazu kommt noch, daß für viele ein Ferien-Sommer bei der Familie natürlich viel verlockender ist als der Kampf um die beschissene Arbeit und das Ghettoleben. Mag sein, daß damit Illusionen mitspielen, daß mit der Abfindung sogar der Sprung in eine ersehnte Kleinhändler-Existenz zu schaffen ist, mag sein, daß die Hoffnung, im Herbst wieder eine andere Arbeit zu finden, sich nicht erfüllt. Aber das ist jetzt alles kein Gegenargument und der Aufruf zum "Kampf um den Arbeitsplatz" ist ihnen gegenüber ungeheuer aufgesetzt, abstrakt, lächerlich. Uns fiel dazu ein, was eine Frankfurter Genossin kürzlich erzählte: sie traf im Zug nach Mailand einen Italiener, der so glücklich war, wie schon lange nicht mehr. Er hatte die Abfindung von VW-Wolfsburg in der Tasche und den erstbesten Zug nach Süden genommen - basta !

Es wundert einen fast, nach mehreren Gesprächen, daß die Parole nicht heißt: "Unser Werk muß bleiben!" Denn "unser Werk", "die NSU" oder noch von früher her "das Fahrrad" sind die häufigsten Begriffe für diese Fabrik, die seit 100 Jahren existiert, seit 100 Jahren den einen Lohn, den anderen Gehalt, den dritten Gewinne bringt, allen aber ihren heutigen Wohlstand. Das damit dieser Betrieb eine eherne Einrichtung ist, nicht wegzudenken, weder für die dort arbeitenden, noch für die daran verdienenden Bürger, ist so klar, wie der Sonnenschein über dem

## jeder Widerstand hat seine Geschichte ......

Neckar. Der Betrieb ist der Höhepunkt der Vergesellschaftung, das Maximum an geleisteter Arbeit. Doch dieser hochentwickelten Arbeitsorganisation (die im Vergleich zu Ingolstadt allerdings nicht mehr so modern sein soll) mit ihren progressiv-gewerkschaftlichen Errungenschaften (z.B. 40 Minuten Bandpause) steht eine traditionell entwickelte, d.h. eben unterentwickelte Lebensorganisation und wohl auch Lebens - und Denkungsart gegenüber. Diejenigen, die dicht gedrängt am Band stehen oder dicht und allein an den Maschinen hängen, verlieren sich nach der Arbeit in den vielen Einfamilien-Häuschen, die sich eins nach dem anderen zwischen die Obst - und Weinberge schmiegen. Und der dufte und politisch angeturnte junge Facharbeiter, den wir zu Hause besuchen, führt uns die Treppe hinauf in sein schräges Dachzimmer, die Blicke von Vater und Schwesterchen folgen uns aus der Wohnstube, auch die Nachbarn gucken sich nicht nur in den Garten, bestimmt auch in den Kochtopf, man riecht jedenfalls, was es so gibt.

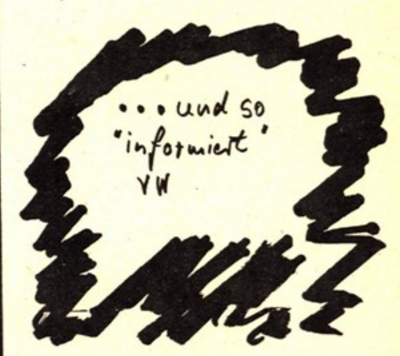
Es gibt keine kollektive Alternative zur Fabrik, keine massiven Konflikte außerhalb, und so entwickelt sich ein durch und durch traditionelles Politikverständnis, das natürlich auch seine Sprengkraft haben kann. Eine noch ziemlich ungebrochene, patriarchalische Familien - und rigide Sexualstruktur, eine Homogenität der Metallfacharbeiter - Scene müssen diese zwar progressive, kämpferische, aber stark gewerkschaftliche autoritär kontrollierte Bewegung gegen die Entlassungen bedingen.

Die Abwehr jeder Fremdeinmischung, seis von Kommunisten oder Maoisten, seis von dem recht harmlosen einheimischen Unterstützungskomitee, kommt aus der Bodenständigkeit sowie der begrenzten Zuwanderung von Arbeitskräften. Sie bewirkt einen merkwürdigen Lokalchauvinismus, der alles Fremde mißtrauisch betrachtet und sich lieber auf die guten alten Institutionen stützt und da ist die Gewerkschaft ebenso dabei, wie der junge dynamische Stadtvater, OB Dr. Klotz, SPD, der "viel zu schade für diese Stadt ist", so unser Vertrauensmann und dieser, ebenso wie ein zweiter Vertrauensmann, den wir bei einem weiteren Besuch kennenlernen, gehört zu der sich erst jetzt allmählich formierenden gewerkschaftsinternen Opposition.

Für uns ist da ein Widerspruch, an dem wir nicht vorbeikommen, vor dem wir aber auch nicht passen wollen:

7000 in 20-Reihen über die Bundesstraße, eine kleine Rebellion. Auf diese Rebellion angesprochen und die Macht, die darin steckt, flüchtet der Vertrauensmann vor dem Chaos, das wir diskussionsmäßig in seinem Kopf entfalten, zu einem merkwürdigen Retter. Nein, nicht Strauß. Ein kleiner Hitler müßte her, sagt er plötzlich.

Für linksradikale Politik ist in diesem Raum kein Raum. Der leicht miefige und doch hemdsärmelige Reformismus umspannt die Gegend absolutistisch. Gestützt auf 2 Kollegen, hat der reichlich dicke Betriebsratsvorsitzende Walz, Karl, seine Mannen die sechs Kilometer nach Heilbronn geführt, als sei es das feindliche Wolfsburg, die Kaiserresidenz. Jeder Widerstand hat seine Geschichte -- "der Schwab ist wach geworden, hoffentlich schläft er nicht wieder ein" .







Die Deutschen haben sich gut gehalten in dieser Krise, sie sahen die Notwendigkeit der Beschränkung ein. Sie erkannten aber auch, was das Auto für sie bedeutet: Unabhängigkeit und Beweglichkeit.

**Das Auto ist ein Stück Freiheit.**



# Jugendhauskampf in Wertheim

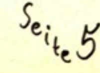



Wertheim ist eine Kleinstadt, die zwischen Frankfurt und Würzburg am Main liegt. Mit umliegenden Eingemeindungen zählt sie 20 000 Einwohner und ist hauptsächlich durch ihre Glasindustrie und Häuserbesetzungen bekannt. Die Gegend um Wertheim ist überwiegend reaktionär (wenn man den Stimmanteil der CDU von 70% zu Grunde legt) und wird nicht umsonst "Badisch-Sibirien" genannt.

GESCHICHTE UND VORGESCHICHTE DER AKTION JUGENDHAUS

Die Vorgeschichte fing damit an, daß 1969 das erste Berufsverbot der BRD in Wertheim ausgesprochen wurde. Im Kampf gegen die Entlassung des Lehrers Kommer bildete sich eine unabhängige Schülerinitiative, die anfänglich nur im Schulbereich arbeitete. 1970/71 bildete sich aus den roten Zellen der Schülergruppe heraus der Kern von Jugendlichen, der 1971 das erste Jugendhaus besetzte. Dazu kam es, weil wir uns durch bloße Schülerarbeit immer mehr isolierten und zu Lehrlingen keinen Kontakt finden konnten. Das Haus wurde kurze Zeit darauf abgerissen. Eine inhaltliche Arbeit konnte sich auf Grund der kurzen Zeit und unserer mangelnden Erfahrung (man muß bedenken, daß zu dieser Zeit erst der Kampf in Frankfurt und Berlin – Rauchhaus – begann) nicht herausbilden. Auch hatte die Besetzung mehr symbolischen Charakter, da klar war, daß das Haus dem Straßenbau weichen mußte. Immerhin hatten wir Erfahrungen gesammelt und erkannt, daß wir zu solchen Aktionen fähig waren.
In der Zeit seit dem Abriß des Hauses bis 1973 gab es von unserer Seite immer wieder Versuche, das uns bereits 1969 durch Bürgermeister Scheuermann (SPD) zugesagte Jugendhaus auf dem Verhandlungswege zu bekommen. Es wurde viel versprochen von Seiten der Stadt, mehrere Häuser und Räume in Aussicht gestellt aber letzlich tat sich nichts.
Durch das Verhalten der Stadt wurden wir zur zweiten Hausbesetzung 1973 gezwungen. Sie war auf Grund unserer gesammelten Erfahrungen gut vorbereitet. Der Besetzung voraus liefen eine Unterschriftensammlung mit 2 800 Unterschriften ( bei der damaligen Einwohnerzahl von Wertheim mit 8 000 immerhin beträchtlich), ein symbolischer Mauerbau auf dem Marktplatz und viele Vollversammlungen. Diese Aktionen waren zur Mobilisierung notwendig, sie schufen ein Problembewußtsein in der Öffentlichkeit und bezogen mehr Jugendliche mit ein. Das 1973 besetzte Haus wurde drei Tage später polizeilich geräumt, und trotz unseres Protestes (Spontandemos, Rathausbesetzung, Wiederbesetzung Verkehrsblockade, Bullenschlägerei und Solidaritätsdemo mit 600 Jugendlichen) sofort abgerissen. Und das, obwohl das Haus unter Denkmalschutz stand und angeblich kein Geld für ein Jugendhaus bereit stand ( für den Abriß aber über Nacht 17 500 DM).
Als "Alternative" wurde uns eine Bruchbude angeboten, die nicht nur baufällig war sondern auf Grund der kleinen Räume auch keine Selbstverwaltung zuließ (eine Vollversammlung durchzuführ n war unmöglich). Wir lehnten dieses "Haus" ab, konnten aber selbst keine Alternativen bieten. Da es kein neues Haus gab, und die Bewegung durch die halbjährige Verhandlungspause nach dem Abriß abgeflaut war, schlief die Aktion Jugendhaus ein.
Im Januar 1975 nahm die Bewegung einen neuen Anfang. Eine Diskussionsveranstaltung über die Ereignisse von 1971 und 1973 fand so breiten Anklang, daß sich die Aktion Jugendhaus neu formieren konnte.
Es wurde ein Info über unsere Geschichte erstellt, ein Straßentheaterstück aufgeführt und eine Rockfete veranstaktet. Über die Aufarbeitung der Erfahrungen, die Informierung der Öffentlichkeit und die Mobilisierung der Jugendlichen wurde unsere dritte Hausbesetzung vorbereitet: sie erfolgte am 7.3.75. durch die Aktion Jugendhaus, die aus 60 – 80 Jugendlichen besteht.
Seit dem 24.3.75 besteht die Auflage der Stadt, das Haus abends ab 22.00 Uhr zu räumen und die Parolen am Haus zu entfernen. Dieser Aufforderung kamen wir nach etlichen Auseinandersetzungen nach, weil das Interesse der Normalisierung des Betriebes und der Legalisierung des Hauses vor der Perspektive hinausgeworfen zu werden steht. Das Haus gehört in diesem Sinne nicht mehr uns, es kann aber andererseits nicht unser Haus sein, wenn es nicht endlich gelingt, die Selbstverwaltung funktionsfähig zu machen. Der Aufbau der Selbstverwaltung fängt nun erst richtig an, nachdem die Hausbesetzung aufgehoben ist.
SELBSTVERWALTUNG BEDEUTET NÄMLICH NICHT, IN DER LAGE ZU SEIN , EIN HAUS MILITÄRISCH VERTEIDIGEN ZU KÖNNEN, SONDERN ES IM BEWUßTSEIN DER LEUTE JEDERZEIT VERTEIDIGUNGSWERT ZU MACHEN!




AUFRUF
Die aktuelle Situation sieht momentan so aus, daß die Stadtverwaltung die notdürftigsten Reparaturen im Haus ausführt und wir selbst dabei sind, das Haus zu renovieren und die Selbstverwaltung aufzubauen.
Nicht nur finanzielle Unterstützung für diese Arbeiten, sondern auch Solidaritätsadressen, Erfahrungsberichte usw. sind wichtig. Sie zeigen, daß wir nicht allein kämpfen, daß es Solidarität gibt und verhindern, daß sich ein 1971 und 1973 wiederholt.
- Schickt Solidaritätsadressen und Erfahrungsberichte! (Aktion Jugendhaus, 698 Wertheim, Mühlenstr. 7)
- Schreibt an den Stadtrat (Durchschlag bitte an uns) (Bürgermeisteramt 698 Wertheim, Rathaus)
- SPENDET FÜR UNSEREN KAMPF (Spendenkonto der AKTION JUGENDHAUS: Bezirkssparkasse Wertheim, Nr. 80 637)

SCHAFFT, EINS, ZWEI, DREI, VIELE JUGENDHÄUSER
BLEIBT HEITER, DER JUGENDHAUSKAMPF GEHT WEITER

Jeder muß selbst ein Interesse am Haus haben, er muß wissen, wozu er für (s)ein Haus kämpft. Dies ist ein Lernprozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Selbstverwaltung konnte sich auch nicht auf die Rund-um-die-Uhr-Besetzung beziehen, denn es ist wichtiger am Tage eine funktionierende Selbstverwaltung zu haben, als über Nacht im Haus zu sein und keine zu haben. Natürlich muß das Recht, über Nacht im Haus bleiben zu können auch weiterhin erkämpft werden.

EINE HAUSBESETZUNG IST ERST DER ANFANG EINES LANGEN KAMPFES, FÜR DEN WIR ZEIT BRAUCHEN, DIE UNS DER KAPITALISMUS ABER NICHT GEBEN WIRD.




Ein zentrales Problem war das Verhältnis der Leute zum Haus: viele fühlten sich nicht als Hausbesetzer, sondern schon als sichere Hausbesitzer. Dieses Gefühl ist einerseits damit erklärbar, daß es durch die Besetzung unser Haus wurde, war aber andererseits ziemlich gefährlich, da unser Feind –hauptsächlich die Stadt– sein Interesse, uns rauszuschmeißen, uns zu kriminalisieren, leicht nachgehen konnte. Falsche Euphorie führt immer zur Selbstüberschätzung und diese zum Leichtsinn und zur Unterschätzung des politischen Gegners. Dies wurde dann auch in den Diskussionen auf den Vollversammlungen klar, daß selbst ein Nutzungsvertrag mit der Stadt uns nicht als Garantie, daß keine weiteren Angriffe erfolgen werden, gelten könne. Das Ziel der Stadt ist weiter, daß sie uns kaputtmachen will, das aber auf Grund unserer momentanen Stärke nicht konnte und deshalb uns versucht, durch legale Tricks wie Verhandlungen und Verträge zu ködern. Die Stadt will kein Jugendhaus und wird alles daran setzen, unsere Selbstverwaltung zu zerstören. Neben den Hausbesitzern gab es noch solche, denen jedes Gefühl und damit auch wahrscheinlich Interesse am Haus abging: sie fühlten sich als Haustouristen, machten Dreck und verschwanden dann wieder. Es ist eigenartig, daß sich gerade an so "kleinen" und alltäglichen Dingen wie Saubermachen Bewußtseinsstand und Interesse dokumentieren. Bei jeder Vollversammlung kam dieser Punkt neu zur Sprache. Es wurden Beschlüsse gefasst, aber es änderte sich nichts: alle machten Dreck, wenige ,oft die selben, räumten auf.
Andere Probleme waren, daß viele Leute einfach wieder gingen, weil "nichts geboten wurde", daß der Begriff der Selbstverwaltung in der Weise fälschlich verstanden wurde, daß man ihn als Freibrief, alles zu tun, wozu man gerade Lust hatte, begriff. So kam es zum Beispiel vor, daß Türen und Gitarren verheizt wurden, weil Holzhacken zu anstrengend war und das andere viel mehr Spaß machte.
Um eine selbstgewählte Ordnung aufzubauen bedarf es langer Lernprozesse, diese Ruhe läßt uns die Stadt aber nicht : sie greift uns permanent an und zieht unsere Arbeitsenergien auf sich. Obwohl der äußere Druck eine gewisse innere Geschlossenheit erzeugt, reicht diese bloß negativ bestimmte Solidarität nicht aus, längere Zeit zu überleben. Wir müssen uns selber definieren können, wir müssen in der Lage sein, uns selbst entfalten zu können, inhaltlich und perspektivische Arbeit zu leisten. Ja, wir sind in gewisser Weise Utopisten, weil wir die konkrete Utopie, die alternative Lebensweise heute hier und sofort wollen.

Wir sind aber auch Realisten, denn realistisch sein heißt, das – von den Herrschenden bestimmte – UNMÖGLICHE zu wollen!

Anfänglich wird aber auf die Konsumstätte nicht verzichtet werden können, weil gerade in Kleinstädten ein Konsumdefizit, d.h. ein relativ geringes Konsumangebot besteht. Aus dieser Mangelsituation heraus kann über ein alternatives Angebot durchaus etwas positives entwickelt werden.
Haben wir selbst das Interesse weiter zu machen, oder tendieren wir mehr zum Aktionismus? Können wir wirklich langfristig und kontinuierlich arbeiten und mit den Leuten zusammen weiterkommen, ohne sie zu überfahren und uns selbst zu isolieren? Können wir das, was wir in unseren Köpfen als Alternative haben, vermitteln und an uns selbst realisieren, oder fallen wir nicht selbst in unser Alltagsverhalten zurück und beten weiterhin das Ideal des Sonntagssozialismus an? Dies sind Fragen, die die eigene Person mit einbeziehen und deshalb existenzieller Natur sind. Sie können deshalb nicht technisch gelöst werden.

DIE HAUSBESETZUNG SCHUF NEUE FORMEN VON ÖFFENTLICHKEIT

Das Positivste an der Hausbesetzung war zweifelsohne, daß man mit Leuten, zu denen man vorher überhauptkeine Beziehung hatte, Kontakt bekam. Das gemeinsame Aufstehen, das Frühstück, die Gewißheit, daß viele auf einen warten, während man in der Schule sitzt oder an der Werkbank steht, die langen und tiefen Gespräche, die Lebensgeschichten, die während der Nachtwachen erzählt wurden. Das eigene Leben war plötzlich reicher geworden, man hatte mehr Beziehungen zu vielen Leuten. Natürlich kein Idealzustand, denn es gab auch Reibereien und zum Teil nur oberflächliches Miteinanderzutunhaben. Aber es existierte zumindest emotional eine Atmosphäre, die grundlegend anders war, als der Alltag. Man saß zwar lange rum und tat nichts, es wurde einem aber nicht langweilig. Man arbeitete schwer und es machte Spaß. Es hatte sich im Kleinen etwas verändert. Man darf nicht nur das "Große" sehen, sonst übersieht man das, was wirklich anders geworden ist.

JUGENDHAUSKAMPF IST KLASSENKAMPF

Der Klassenkampf wird überall dort geführt, wo sich Menschen kollektiv gegen die Unterdrückung ihrer Bedürfnisse und gegen den Kapitalismus wehren. Politisches Bewußtsein kann in allen gesellschaftlichen Bereichen durch diesen Kampf entstehen. So kann der Kampf im Reproduktionsbereich, der Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum genauso dazu beitragen, bürgerliche Ideologien zu durchbrechen, neue Kampfformen zu entwickeln und Selbstorganisation zu lernen. Außerdem ist der Kampf um ein Jugendhaus immer ein Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung und ein Kampf für die Interessen aller Jugendlichen. Die Jugend wird durch diese These keineswegs zur neuen Klasse, sondern diese Bestimmung des Klassenkampfes wird einfach der realen Situation gerechter: der Jugendhauskampf hat sich nicht nach der objektiven Klassenzugehörigkeit der Jugendlichen, sondern nach der politischen Zielsetzung, ein Haus für uns alle, daß wir alle eins brauchen, organisiert. Kein Haus zu haben ist für uns alle ein Verlust. Deshalb soll man keine künstliche Trennung zwischen Arbeiterjugendlichen und den übrigen Jugendlichen ziehen, eine Trennung, die durch den gemeinsamen Kampf und die Selbstorganisation der Bedürfnisse schon überwunden wurde. Unsere gemeinsame Basis ist die Erfahrung der Beschissenheit und des Willens, daran etwas zu ändrm. Und jeder tut dies mit den Mitteln, die er zur Verfügung hat. Die gelernten Kopfarbeiter dadurch, daß sie den Schreibkram übernehmen und die gelernten Handarbeiter dadurch, daß sie die technischen Arbeiten übernehmen. Daß diese Aufteilung nicht zur Trennung wurde, sondern jeder dann auch jedes machte und machen konnte, zeigt wiederum, daß nur die ein Interesse an der Arbeitsteilung haben können, die über uns bestimmen wollen.




WIR ABER BESTIMMEN ÜBER UNS SELBST, WIR VERWALTEN UNS SELBST, WIR KÄMPFEN FÜR UNS UND DAMIT FÜR ALLE! DAS VERGNÜGEN BRAUCHT SICH NICHT ZU RECHTFERTIGEN!



das hat andreas baader nach notizen geredet, die er sich in einer verhandlungspause gemacht hat, nachdem henk (der anstaltspsychiater) bei seiner vernehmung damit rauskam, isolation sei wohl folter als solche aber ein "philosophisches problem". prinzing und bundesanwaltschaft haben ihn 17 x unterbrochen - um zu verhindern, daß andreas eine geschlossene argumentation entwickelt, die folter/isolation auf ihren politischen begriff bringt.
das gehört unmittelbar zu dem text - erklärt auch die löcher.
und es macht klar, was hier jeden tag abläuft.



der ablauf war genau: trakt - und als es nicht klappte - das geständnis nicht kam, die zwangsszintigraphie: der einfall des bundesgerichtshofes, ihren kopf aufzumachen, um festzustellen, woher die gedanken der menschen kommen - wieder trakt. der hungerstreik, die kampagne. als reaktion auf die kampagne das gesetz, das es möglich macht, verteidiger auszuschließen und ohne gefangene zu verhandeln, d.h. den rest öffentlicher kontrolle zu beseitigen; denn der "anhörungstermin", bei dem verhandlungsunfähigkeit festgestellt wird, ist nicht öffentlich. das gericht kommt in den trakt - wie in stammheim.

dass bei der zwangsuntersuchung zu diesem termin gefangene verhandlungsunfähig gemacht werden können, ist vorige woche in zweibrücken an carl (manfred grashof) bewiesen worden.
der tote trakt in köln wird weiter eingesetzt um gefangene zu brechen - als folter unmittelbar zur informationsbeschaffung des staatsschutzes. e. van dijk ist zur zeit im toten trakt in ossendorf und das, obwohl sie in der schweiz entlassen wurde und hier gegen sie nur die aussage eines anonymen zeugen vorliegt, der haag beschuldigt hat waffen transportiert zu haben.

## ANDREAS BAADER AM 6. TAG DER HAUPTVERHANDLUNG (18.6.1975)

wir wollen sicher nicht mit der folterargumentation, wie sie in dem antrag entwickelt ist, identifiziert werden. d.h. wir machen uns nicht zu ihrem objekt. über den, der gefoltert wird, zum begriff der folter zu kommen, ist ein ambivalenter versuch und es ist unmöglich, weil es sich hier nur folgenlos auf das entsetzen eines liberalen staatsverständnisses über die deformation seines staats beziehen kann, die zwangsläufig ist, weil sie in den widersprüchen der kapitalbewegung selbst bedingt ist. in der staatlichen counterbewegung gegen revolutionäre politik, die foltern muß, der imperialistische staat nur deutlich werden. sie wird durch die empörung des verkommenen bürgerlichen antifaschismus nur verschleiert. er ist schon so schwach in seiner korrumpierung in der sozialdemokratie oder im revisionismus gefesselt, daß er sich nicht mal mehr relevant artikulieren kann.

das alte elend - wie er sich dem staat angedient hat in der hoffnung, ihn zu verändern - hat ihn der staat verändert, ihn instrumentalisiert, solange es opportun war, um einer radikalisierung zu entgehen und schließlich liquidiert als einen ausdruck der tradierten bürgerlichen ideologie, bürgerlichen humanismus, bürgerlicher freiheiten, der den erweiterten reproduktionsprozeß des kapitals im bereich der ideologischen staatsapparate stört.
über folter ist nur zu sprechen mit den inhalten und der strategie, die sie abschaffen wird:
denen revolutionärer politik. vom standpunkt des bürgerlichen antifaschismus aus wird das gerede darüber zur klage, die den gefolterten denunziert.
sicher, isolation i s t folter. wie sie der, der ihr ausgesetzt wird, erlebt, ist sie als der langsame und so reflektierbare prozeß der zerstörung revolutionärer identität fürchterlicher als jeder physische schmerz - mit dem wir erfahrung haben.
politisches bewußtsein ist in der falle der warengesellschaft - der falle aus entfremdeter produktion und entfremdetem konsum mit ihren komplexen kulturellen und psychologischen vermittlungen, gegen die sich identität nur entwickeln kann, immer ein prozeß, der erkämpft wird. in der agonie der isolation soll dieser prozeß gebrochen und revidiert werden - durch den entzug seiner bedingung: praxis, bewusster sozialer interaktion, wird dem gefangenen seine geschichte genommen. seine, insofern sie seine bewußte, seine politische geschichte ist.
das ist auch das ende seiner persönlichkeit.
wie geschichte der prozeß ist, der sich in dem sich persönlichkeit konstituiert, verliert er mit ihr sich. nicht weil er sein gedächtnis verliert ( obwohl auch das eine erscheinung ist ), sondern weil die fähigkeit, sie nachzuvollziehen, sie zu reflektieren, sie w i e d e r z u e r k e n n e n, zerstört ist.
er wird unfähig, sich zu dem, was an ihm vollzogen wird, sich vollzieht, zu verhalten.
der apparat wird das verhältnis.
er regrediert und zappelt sich zu tode zwischen den mystifikationen bürgerlicher sozialisation die ihn einholen und ihn, wie er ist - a l l e i n - als totale, feindliche, nicht mehr begreifliche macht belagern.
er wird w e i s s, wie wir gesagt haben, opfer (und so wird er vielleicht auch unschuldig), in dem moment, in dem er aufhört zu kämpfen - nicht mehr kämpfen kann.
wobei das wesen seines elends ist, daß er diesen moment lange kommen sieht und weiß, daß isolation über jahre so eindeutig ist wie ein schuß, -
nur unvorstellbar und auch das gehört zur methode - die unvorstellbarkeit - viel qualvoller.
" der mensch ist im wörtlichsten sinn ein zoon politicon, nicht nur ein geselliges tier, sondern ein tier, das nur in der gesellschaft sich vereinzeln kann. die produktion der vereinzelten einzelnen außerhalb der gesellschaft - eine rarität, die einem durch zufall in die wildnis verschlagenen zivilisierten wohl vorkommen kann, der in sich dynamisch schon die gesellschaftskräfte besitzt - ist ein ebensolches unding als sprachentwicklung ohne z u s a m m e n lebende und zusammen sprechende individuen. " (marx, grundrisse)

wir haben ziemlich lange gebraucht - im trakt, um die methode und die absicht der isolation zu erkennen.
ich würde sagen, die massnahme hat ihre logik in der perspektive des ganzen systems:
den zwang, auf den widerspruch, den es hervorbringt, mit vernichtung reagieren zu müssen, weil es in ihm seine endliche vernichtung begreift.
denn was "umerzogen" werden könnte, zerstört der trakt. er ist kein projekt der zwangssozialisation - obwohl auch die das problem, das sie ist, im gefangenen nicht anders lösen kann als durch seine zerstörung.

der versuch, das ding und die tortur dadrin so zu verstehen und zu rechtfertigen, kommt vom klug, inzwischen justizsenator in hamburg. ganz natürlich - weil er eine korrumpierte l i b e r a l e maske ist - die ihren dreckigen job mit der illusion von werten - die auch umerziehung verlangen würde - verklärt, über die diese gesellschaft nicht mehr verfügt.

ihr grundproblem ist auch in diesem detail des antagonismus, daß umerziehung oder gehirnwäsche als projekt legitimation vom apparat verlangt. das heißt, um es zu unterwerfen muß der apparat das subjekt konstituieren können.

sache zwischen repressivem staatsapp-arat und (gefangenem) revolutionär ist aber, daß beide wissen, daß sie in ihrer unversöhnlichkeit (wie ihrer beziehung) ausdruck der reife der entwicklung sind, in der der widerspruch zwischen produktivkräften und produktionsverhältnis antagonistisch wird, zur letzten krise des kapitals und damit audruck der tendenz, in der die legitimation des bürgerlichen staates zerfallen ist.

die ahnung der potenz dieses zerfalls entwickelt die staatliche vernichtungsstrategie gegen uns. posser als sozialdemokrat meint das - (und er erfuhr sie konkret an der wirkungslosigkeit seiner panischen dementis).
er war gar nicht erst auf umerziehung aus, sondern auf die zerstörung ulrikes und die reibungslose propagandistische verwertung des zerstörten gefangenen im prozeß, die ihm das geständnis verschaffen sollte: der zusammenbruch. als funktionär der staatstragenden partei ist er pragmatischer: das"reibungslose" ritual der macht ist der inhalt, den er vermitteln will, um das loch zu stopfen.
als reibungen auftraten - weil der sache die diskretion, die sie noch braucht, durch die mobilisierung der anwälte entrissen war - verfiel er so etwa analog der wahrheit der sozialdemokratie ihrer käuflichkeit,- schließlich ist die ganze parteispitze brandt schumacher 45 vom amerikanischen kapital gegen das deutsche proletariat gekauft worden - darauf, dem staat einen zeugen zu kaufen. natürlich auf regierungsebene.

(... g e g e n das deutsche proletariat ist vielleicht nicht genau genug. die funktion der sozialdemokratie ist, die initiative des kapitals vermittelt über die klassenorganisationen des proletariats in d e r k r i s e zu sichern.)
also den kronzeugen, den staatszeugen.
der als institution die verfassung des ganzen ideologischen begründungszusammenhangs rechtsstaat allerdings bezeugt, und sicher f ü r unsere politik. auch, wenn er nur ein beiläufiger ausdruck des bruchs ist, in dem unsere bestimmung der staatlichen reaktion auf bewaffnete politik zu begreifen ist. denn die strategische bestimmung ist in dieser phase - die krise des kapitals und die ökonomische krise des staates - deren politische interpretation jede guerillaaktion ist - durch die kontinuität des angriffs in einem sicher langen und widersprüchlichen prozeß in die endliche politische krise des staates zu verwandeln, den bruch.
darüber werden wir hier noch sprechen.
naja, ich kann auch nicht über den, der gefoltert wird, sprechen. an ihm beweist sich schließlich auch nur in der endlich offenen liquidierung der fiktion des subjektstatus des objekts staatlicher repression, daß die ganze bürgerliche rechtsideologie für den imperialistischen staat lästige antiquitäten sind, wenn sie den verwertungsbedingungen des kapitals nicht mehr entsprechen.
zu reden ist über den der foltert. den staat. und den prozeß, in dem die staatliche counterstrategie auf folter angewiesen ist und sich entsprechend der entwicklung eines neuen faschismus im staatsapparat die technologie, die apparate und immer etwas hinterherhinkend die gesetze - (und schließlich die strukturelle und organisatorische voraussetzung in der massenkommunikation - die reflexe neutralisiert) schafft, die folter institutionell voraussetzt.

wir sagen nochmal :

folter ist k e i n revolutionärer kampfbegriff.

aufklärung darüber hat vielleicht eine schutzfunktion - aber die mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die politik wenden, auf die der staat mit folter reagiert und damit zuletzt gegen die gefangenen selbst, solange das vehikel ihrer politik der moralische reflex derer ist, die in diesem staat noch zu hause sind ( und sei es, weil sie ihn als revisionisten übernehmen wollen).
das heißt, die mobilisierung muss gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der propaganda bewaffneter politik vermittelt ist -

i h r e moral und strategie propagiert, was immer heißt selbst zur bewaffneten aktion kommt.



Am 6.6.1975 fand in Frankfurt zum Prozeß in Stammheim gegen die RAF eine Podiumsdiskussion statt. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Diskussion um den Begriff "neuer Faschismus oder bürgerlicher Rechtsstaat?" und der Versuch, zur Stadtguerilla eine Position zu formulieren. Universitätspräsident Krupp hatte es abgelehnt, einen Hörsaal in der Uni für diese Veranstaltung zur Verfügung zu stellen mit der Begründung, es bestehe die Möglichkeit, daß dort gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat "p o l e m i s i e r t" werde. Die Uni war mit Bullen umstellt, als sich 1500 Genossen zu der Diskussion im Studentenhaus trafen. Alle Beiträge wurden auf Tonband aufgenommen - sie werden als Broschüre erscheinen.



FOTO VON HOLGER MEINS NACH DER OBDUKTION - (Dieses Foto - es ist keine Montage - wurde bislang in der BRD unterdrückt...)

# Leserbrief zum Artikel der WWA über die Lorenzentführung

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift PARDON finden wir, auf der zweiten Seite im ganzseitigen Format, eine Karikatur zur Entführung von Peter Lorenz - eine Type mit zotteligen Haaren, eine Maschinenpistole in der Hand und einen Stern auf der Brust mit der Inschrift "RAF&Co". Der Kopf dieses Menschen läßt sich wie ein Deckel abnehmen, ein kleines Männchen, mit dem Profil Hitlers, steigt aus dem Hals der RAF-Figur. Hitler, die politische Personifizierung des deutschen Imperialismus in der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise ist also der wahre Gehalt derjenigen Genossen, die heute schon den bewaffneten Kampf in unserer friedlichen Republik aufgenommen haben.
Das "Sozialistische Büro" erklärt zu der Lorenz-Entführung, daß die wildgewordenen Kleinbürger von "2.Juni&Co" in Wirklichkeit das Geschäft der Reaktion betreiben. Das "Büro" erklärt auch, daß es sich bei diesen Linken nur um Linke handelt, die sich für Linke halten, aber in Wirklichkeit nicht links sind. Nichts Neues. Was schreibt in dieser Situation die WWA, die sich so sehr dafür eingesetzt hat, die Zusammenhänge zwischen westdeutschem Kapital und der Konterrevolution in Chile zu erhellen und die überhaupt für alle bewaffneten Kämpfe außerhalb der BRD so viel Verständnis hat? Bemüht sie sich wenigstens, die Herkunft und Entwicklung der linken Stadtguerilla zu verstehen, die Auswirkungen der bewaffneten Aktionen in der BRD auf die politische Lage hier zu analysieren?- NEIN! Dafür stellt sie eine Behauptung in den luftleeren Raum. Die Lorenz-Entführung sei für Westdeutschlands Linke eine schädliche Angelegenheit, da die "aufkommende Massenbewegung gegen das Terrorurteil des Bundesverfassungsgerichtes" (§218) damit abgeblockt wurde. Wie ist das möglich? Akzeptiert die Bevölkerung - oder der weibliche Teil davon - das Urteil seit der Entführung von Lorenz? Oder lehnen die Massen zwar das Urteil ab, aber Aktionen dagegen werden mit Rücksicht auf Peter Lorenz abgeblasen? Macht euch doch nicht lächerlich.

Ihr beklagt euch, daß ihr in der ganzen Zeit nur Zuschauer der Aktion wart. Wolltet ihr bei der Entführung mithelfen? Wolltet ihr vorher eine allgemeine Konferenz der Linken einberufen oder wenigstens einen leisen Wink? Ihr beklagt euch bei der Gruppe "2.Juni", daß ihr zu etwas anderem, als zum Zuschauen, unfähig seid. Ihr beklagt euch, daß ihr noch nicht so weit seid, ihr bittet die politischen Kämpfe auf euch zu warten. Und euer Vorschlag ist die Massenmilitanz. Nach dem Entschlafen des Frankfurter Häuserkampfes, nach der Straßenschlacht an der Bockenheimer, in der eine Menge Genossen in ihrem ohnmächtigen Haß den Pflasterstein als Waffe benutzten, nachdem also die Massenmilitanz nur noch das letzte Aufbegehren gegen die Zerstörung unseres Lebens war - da der politische Inhalt dieser Kämpfe seine Grenze erreicht hatte - nachdem die Straßenkämpfe bei dem FVV in Wirklichkeit nur noch von einem kleinen Teil wirklich militant geführt wurde, danach predigt die WWA in ihrer Hilflosigkeit die Massenmilitanz. Hat nicht gerade der Häuserkampf gezeigt, wir hilflos eine Massenbewegung in verschärften Klassenkämpfen ist, die die Guerilla nicht in der Hinterhand hat?
Die "Brigate rosse" in Italien haben mit denselben Vorwürfen wie die Guerillagruppen hier zu tun, obwohl der italienischen Arbeitern wohl kaum ein Hang zum Pazifismus nachzuweisen ist. Sie beschrieben ihre Auffassung vom bewaffneten Kampf in einem Interview im September 1971: "Die brasilianischen Genossen meinen, daß der Ursprung der sozialdemokratischen Rückwendung der kommunistischen Parteien in der Unfähigkeit ihrer Organisation zu suchen ist, dem Niveau der Auseinandersetzungen zu begegnen, das die fortgeschrittene Bourgeoisie der Arbeiterklasse aufzwingt. Es ist also nicht der 'Verrat' der Führer die Ursache von allem, sondern vielmehr die strukturelle Unangepaßtheit der Kräfte, derer sie sich bedienen, d.h. ihrer Organisation. Das haben die bewaffneten Organisationen in den Metropolen zur Kenntnis genommen, die von Anfang an so aufgebaut sind, daß sie der Auseinandersetzung auf allen Ebenen gewachsen sind."

Der dickste Hammer in eurem Artikel ist aber der, daß die Bourgeoisie jetzt endlich den Vorwand für die Aufrüstung im Innern gefunden habe, den sie seit dem John-Deere Streik und dem Ford-Strik so fieberhaft gesucht habe. IDIOTEN!!! Wenn die Bourgeoisie solche Vorwände nötig hätte, dann wäre ein zentrales Moment in dem Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat das Finden von Vorwänden. So etwas zu behaupten, ohne auch nur einen einzigen Beleg dazu vorzuweisen - ohne Zahlen, Fakten, Untersuchungen - ohne jede Grundlage, das ist so abgrundtief verlogen und so offensichtlich nur Rechtfertigung für die eigene Unfähigkeit - das zeigt nur, daß ihr glaubt, ihr könntet ewig wie die Made im Speck leben.
Wo sind eure Kämpfe oder Untersuchungen über Werkschutz, innere Aufrüstung? Was habt ihr darüber je mehr gebracht, als die Kommentierung von Zeitungsartikeln? Einmal eine chronologische Aufstellung zur Geschichte des Werkschutzes.
Auf der nächsten Seite der WWA wird das Fiasko mit Brigitte Heinrich beschrieben. Fünfzig Leutchen demonstrierten in Mainz dagegen, daß die deutsche Bourgeoisie einfach jemand im Knast verfaulen lassen kann, der ihr nicht in den Kram paßt - daß Brigitte Heinrich sich je in irgendeiner Form an bewaffneten Aktionen beteiligt hätte, glaubt doch in Frankfurt kein Mensch. Aber bestimmt wären tausende nach Mainz geströmt, wenn der "2.Juni" nicht mit seiner Aktion alle vernünftigen Menschen vor solchen Demonstrationen abgeschreckt hatte.
Der bewaffnete Kampf steht seit 1789 auf der Tagesordnung, und so ist die Organisierung bewaffneter Kämpfe für einen Revolutionär nie verfrüht, sondern höchstens technisch und politisch unzureichend organisiert.

Theodor
Theodor Reizmichnicht
6 Frankfurt
xstraße






**Unterstützt das Komitee :**
**"Für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile"**

Warum ein spezielles Komitee für die Freiheit der gefangenen Frauen in Chile ?
Das Schicksal der Frauen ist besonders grausam. Die Repression der Junta trifft seit einiger Zeit in verstärktem Maße die Frauen. Es handelte sich um Frauen, die schon durch ihre politische Aktivität zur Zeit der UP bekannt sind. Außerdem sind es Frauen, durch deren Verhaftung und Folterung Informationen über den Widerstand erpreßt werden sollen. Diese Frauen werden auch als Geiseln benutzt zur Erpressung ihrer inhaftierten oder gesuchten Männer. Auch Folterungen von Kindern werden zu diesem Zweck durchgeführt. Oft ist es ganz einfach auch eine unvorsichtige Meinungsäußerung, die Frauen ins Gefängnis bringt.
In den Gefängnissen sind die Frauen den grauenvollsten Folterungen ausgesetzt. Der sexuelle Sadismus der Wärter und Folterspezialisten trifft sie in besonderer Weise. Es gibt keine einzige Frau, die nicht mindestens einmal vergewaltigt worden wäre. Medizinische Hilfe bei Verletzungen und Schwangerschaften gibt es nicht. Zur Vergewaltigung werden auch dressierte Hunde eingesetzt , wie im Fall der 23-jährigen Maria Lopez, die man zudem solange hungern ließ, bis sie den Mörtel ihrer Zellenwände aß und wahnsinnig wurde.

In den letzten Wochen , vor allem in verschiedenen Stadten wie Frankfurt, Bochum, Tübingen etc., während der Solidaritätswoche für die politischen Gefangenen in Chile, ist die Einsicht gewachsen, wie wichtig es ist, ganz speziell die chilenischen Frauen im Widerstand zu unterstützen und sich für die von der Junta gefangen gehaltenen Frauen einzusetzen. Das geschah zB durch Informations- und Solidaritätsveranstaltungen, Flugblätter, Briefaktionen etc, womit verstärkter Druck auf die Junta ausgeübt wurde. Deren Reaktion zeigt, daß es für diese Arbeit reale Erfolgschancen gibt. Auf Druck der Frauenbewegungen in den verschiednen Ländern (England, Frankreich) wurden in den letzten Monaten viele, sehr gefährdete Frauen freigelassen oder zumindest ihre Verhaftung und ihr Aufenthaltsort bestätigt (zB der von Gladys Diaz )
Dabei wuchs auch unter den Frauengruppen in der BRD das Interesse, sich speziell mit den Erfahrungen auseinanderzusetzen, die die chilenichen Frauen im Klassenkampf in Chile gemacht haben. Denn es ist schon erstaunlich, wie schnell mit dem Übergang von der Frei-Regierung auf die Allende-Regierung die Frauen in der Klassenauseinandersetzung eine zentrale Rolle zu spielen begannen - sowohl auf der Seite der Bourgeoisie , wie auf der Seite der Arbeiterklasse und der Bauern und des Volkes.
Aus diesen beiden Motiven heraus haben sich am 1o.Mai verschiedene Gruppen getroffen , um die Solidaritätsarbeit mit den chilenischen Frauen im Rahmen eines nationalen Komitees zu beginnen. Insgesamt beteiligen sich bisher Gruppen aus 14 Städten. Einige der beteiligten Gruppen hatten schon gewisse Erfahrungen gemacht - man hatte bereits Informationsveranstaltungen gemacht oder Stipendien oder Arbeitsplätze besorgt, was Voraussetzungen für die Einreise in die BRD sind. Das Ziel ist, durch möglichst schnelle Arbeit, Frauen zu retten, die in Lebensgefahr sind .
Daraus ergibt sich, daß das Komitee einen möglichst breiten Raum für die Beteiligung verschiedenster Gruppen , Organisationen und Einzelindividuen bieten muß, um effektiv im Sinne wirksamer Befreiungsaktionen arbeiten zu können. So bemühen wir uns um Zusammenarbeit mit Amnesty International, JuSo's, kirchlichen Hilfsorganisationen etc. .Deshalb ist ein Komitee, das sich speziell um die gefangenen chilenischen Frauen kümmert, kein Parallelismus, im Gegenteil: konzentriert man die Arbeit, kann vermehrt Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. zB darüber, daß es in Chile zwei Kategorien von Gefangenen gibt: die anerkannten und die nicht-anerkannten, zu denen viele Frauen gehören. Auch soll versucht werden, die politische Debatte und Auseinandersetzung über die chilenische Erfahrung und die besondere Rolle der Frauen mit den beteiligten Gruppen und Frauen weiterzutreiben.

**Zur Arbeit des Komitees :**
Wir haben eine Liste von gefangenen Frauen zusammengestellt, die stets auf den neusten Stand gebracht wird, Die verwendeten Listen von Gefangenen sind: OPRECH, Amnesty International, Chile-Komitee Berlin, und die von verschiedenen politischen Parteien. Außerdem ist eine Liste über Bescheinigungen für Arbeitserlaubnis anzufertigen ( damit nicht in zwei Städten gleichzeitig für dieselbe Chilenin gesucht wird).

(2) Patenschaften
Wie schon im Aufruf für das Komitee vorgeschlagen, sollen die verschiedenen Gruppen eine Frau betreuen, d.h. ganz speziell für diese Frau in der BRD Öffentlichkeitsarbeit machen (Briefe an Presse, an entsprechende Berufsorganisationen, die zur Solidarität aufgefordert werden ). Frauengruppen, die sich überwiegend mit Film ( oder Gewerkschaftsarbeit etc.) beschäftigen, sollten also am besten eine inhaftierte Filmerin (Gewerkschaftlerin etc.) zur Betreuung übernehmen.
Um auf die Junta Druck auszuüben und die Freilassung der Frauen zu fordern, sollen Briefe an die Junta ,Ministerien, KZ`s und Komitee por la Paz geschickt werden. Natürlich muß auch an die Genossinnen geschrieben werden. Oft muß dafür erst ihr Aufenthaltsort herausgefunden werden. Es sollte auch versucht werden, mit den Eltern oder den Verwandten in Kontakt zu kommen.
(3) Briefaktionen
Unabhängig von den Patenschaften sollen sich die einzelnen Gruppen auch weiterhin um die anderen genannten Frauen kümmern, d.h. Briefe an die bekannten Stellen in Chile schreiben, in denen die Freilassung der Frauen der Frauen gefordert wird. Beispiel: für Gladys Diaz wurde von den Berliner Genossinnen schon ein Arbeitsplatz besorgt. Doch die Junta verweigert weiter ihre Freilassung ihre Freilassung. Gladys Diaz,34, ist Mitglied des MIR und war unter Allende die Präsidentin der Gewerkschaft der Rundfunk-Journalisten. Sie wurde am 2o.2.75 zusammen mit ihrem 6-jährigen Sohn vom Geheimdienst DINA verhaftet und gefoltert. Deshalb ist massenhafter Protest wichtig ! Schreibt viele Briefe ! Die Adresse ihres Gefängnisses ist: Tres Alamos - Departamental con Vicuna Mackenna
Santiago de Chile
Die Adresse des Innenministers :
General Cesar Benavides
Ministerio del Interior
Edificio Diego Portales
Santiago de Chile
(4) Verschicken von Material über Chile, zB Folterberichte oder über die Zeit der UP. Wichtig ist es auch, die Diskussion über die Rolle der Frauen in Chile anzuleiern.

Falls Ihr Lust habt, Genossinnen, Euch an der Solidaritätsarbeit zu beteiligen, schreibt an das Postfach der WWA, die leiten das dann weiter.

Um zu zeigen, daß unsere Kampagne nicht sinnlos ist, drucken wir hier eine der Antworten ab, diewir von den chilenisch en Frauen erhalten haben:
"Santiago de Chile, 6-Mai 75

Meine Freunde Paul und Nadine,
gerade habe ich euren Brief bekommen, - so schön, so anregend, so warm.
Gleichzeitig mit meinem Dank will ich euch sagen, daßß das Unglück, die Leiden und die Ungerechtigkeit nicht meine eigenen Privilegien sind.
Alle arbeitenden Männer und Frauen erleiden heute in meinem Land unter dieser oder einer anderen Form dasgleiche Unglück.
Aber wir wissen, daß wir nicht alleine sind. Wir wissen, daß wir in der ganzen Welt Freunde haben, Freunde wie Paul und Nadine, die an uns denken und sich für uns mobilisieren.

Herzlichst

Im Knast in Zweibrücken sind die RAF - Genossen, Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke, und seit neuestem auch Lutz Taufer, der in Stockholm festgenommen worden ist.

# NACH Regeln der ärztlichen Kunst...



POLIZEI
Für legalen AUFRUF zur GEWALT
Hebel drücken!

Am 28.5.75 wurde der Beschluß des Landgerichts Kaiserslautern vom 14.4.75, Grashof, Grundmann und Jünschke (alle JVA Zweibrücken) "auf ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand zu untersuchen" (durchs staatliche Gesundheitsamt Zweibrücken) in die Tat umgesetzt. Verantwortlich für den Beschluß zeichneten Dr. Stiefenhöfer, vorsitzender Richter am Landgericht K'lautern und Rubel und Halfmann, beide Richter am Landgericht K'lautern. Zur Begründung wurde angeführt: "Es ist beabsichtigt, den Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich vor Gericht zur Anklage zu äußern". Deshalb soll zunächst festgestellt werden, ob ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand eine solche Anhörung zuläßt, auch wenn diese (angesichts der umfangreichen Anklage) mehrere Stunden bzw. Tage in Anspruch nehmen sollte. Die Anordnung beruht auf §81a StPO".

Mit anderen Worten: das Gericht befürchtet - nach dreieinhalb Jahren U-Haft, davon fast drei Jahre in totaler Isolation; nach zwei Hungerstreiks gegen diese Form der Vernichtungshaft, der letzte über 140 Tage; und schließlich, nachdem die Anklageschrift bereits über ein Jahr lang vorliegt, jedoch noch immer kein Termin verbindlich in Sicht ist - die Zweibrücken-drei könnten nicht mehr ganz fit sein. Gegen dieses fürsorgliche Verhalten spricht jedoch eindeutig die Tatsache, daß dasselbe Gericht bis heute alle von den Gefangenen nach Beendigung des letzten Hungerstreiks gestellten Anträge auf Generaluntersuchung durch einen Arzt des Vertrauens verschleppt hat. Wie schon aus der Begründung im obigen Beschluß hervorgeht, beschränkt sich das Interesse der Vernichtungsjustiz ohnehin lediglich auf "mehrere Stunden bzw. Tage", die die Äußerungen zur Anklage in Anspruch nehmen könnten. Dahinter steht die Konstruktion der Bundesanwaltschaft (auch wenn in diesem Verfahren nicht(mehr)offiziell zuständig), der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF sei ein Selbstverstümmelungsmanöver, sollte die Prozeßunfähigkeit herbeiführen. Obwohl durch die entsprechenden Änderungen der StPO seit 1.Jan.75 die Möglichkeit besteht, das Verfahren auch ohne Anwesenheit der Angeklagten durchzuziehen (wozu nicht der geringst Anlaß, außer in den Hirnen der Staatsschutzagenten, besteht), wollten sich Stiefenhöfer und Co. doppelt rückversichern. Das Gesundheitsamt wird beauftragt, eine Zwangsuntersuchung vorzunehmen - §81a läßt "zur Feststellung von Tatsachen..., die für das Verfahren von Bedeutung sind" "

dies zu, ... wenn kein Nachteil für seine (des Beschuldigten) Gesundheit zu befürchten sind." - Um fürs Gericht ein Gutachten anzufertigen. Es können "Blutproben und andere körperliche Eingriffe... nach den Regeln der ärztlichen Kunst" vorgenommen werden.

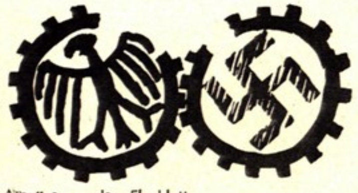
Die Regeln der ärztlichen Kunst sahen so aus: als sich die drei weigerten, freiwillig an der Prozedur teilzunehmen, warfen sich (es lief nacheinander ab) jeweils 10 Schließer die versammelte Schlägermafia - drauf und verschleppten sie in die (seit dem Hungerstreik bestehende) "Intensivstation" und dort auf ein hergerichtetes "Intensivbett": dort Fesselung mit breiten Lederriemen ans Bett (Unterschenkel, Brust, Arme), die Füße wurden noch mal extra mit Riemen festgezogen. Rückenlage. Der gesamte Körper wurde von 10 Mann fixiert: zwei am Kopfende hielten den Kopf permanent an den Haaren runter; an jedem Arm zwei Mann, die die Arme über die Bettkante runterhebelten und durch diverse Kunstgriffe völlig leblos drehten (quetschten); zwei auf der Brust; zwei an den Beinen. Sodann schritt ein Herr vom Gesundheitsamt, der seinen Namen nicht nennen wollte ("den können ja ihre Anwälte rauskriegen") - weißer Kittel und bisher im Hintergrund - zur Tat: fragte den sich heftig in den Riemen Windenden (man konnte kaum was sehen, soviele Grüne über einem), ob man derzeit Beschwerden hätte, frühere Krankheiten usw. Kommentierte die ausgesprochene Abneigung gegen diese Untersuchung sowie den Wunsch zur Hölle zu gehen, mit der Bemerkung: "Wie ich sehe, verfügen sie über ungeheure Kräfte". Um dem Patienten das Sprechen, mühsam genug, zu ersparen, drückte man ihm noch schnell ein Kissen ins Gesicht - das blieb auch drauf, zwanzig Minuten. Sodann: Blutentnahme in beiden Armbeugen, mehrmaliges Danebenstechen. Ob Blut entnommen oder was reingespritzt wurde, ließ sich nicht feststellen. Daß gestochen wurde, merkte man erst hinterher, an den Pflastern. Als zweite und letzte Maßnahme: EKG. Rasieren der Brust wurde erwogen, dann ließ mans sein und brachte die Elektroden ohne weiteres an. Unterm Kissen: Erstickungsangst; insgesamt: total ausgeliefert, gefühllos am ganzen Körper. Der Zeiger am EKG muß Amok gelaufen sein: Herztätigkeit rasend. Danach Entfesselung usw. Das ganze vor den Augen des eifrig Notizen machenden pol. Inspektors Bouquet. Als jetzt - bei Grashof - das EKG-Gerät umfiel und der Arzt sich in die äußerste Ecke zurückzog, sich neben dem pol. Inspektor verschanzte, warf sich die ganze Meute von hinten erneut auf ihn, riß ihm Arme, Beine und Kopf in alle möglichen Stellungen und zerrte ihn auf den Boden. Dann faßten alle zu, und unter Fußtritten gegen Kopf und Oberkörper gings denselben Weg zurück. Beim Verlassen des Zimmers im Tiefflug mit dem Kopf gegen Stahlrahmen der Tür des "Intensiv-Zimmers". Dabei halb bewußtlos. Dann über den Gang (jeder durfte einmal zutreten - mit entsprechenden Begleitkommentaren) bis zur Zelle. Tür auf und wie ein Kartoffelsack unters Waschbecken/gegen Bettkante. Wieder mit dem Kopf zuerst.

Zwei Stunden später Einlieferung ins Katholische Krankenhaus von Zweibrücken zwecks Röntgen des Schädels und der Nackenwirbel wegen Verdachts auf Wirbelbruch/Schädelfraktur. Seitdem Halsmanschette tragen und Schwierigkeiten, den Kopf zu bewegen, Auflage für den Kopf beim Schlafen zu finden. Die ganze hintere Partie, Kopf und Nacken, ist taub, ohne Gefühl. Schwierigkeiten beim Sprechen, beim Kauen, Kiefer geschwollen. Und - wie bei den anderen auch - Prellungen an Schultern, Schürfwunden und Hämatome vom Danebenstechen bei der Blutentnahme.

Meinte einer der Knechte: Du bist ja noch länger hier! Allerdings, noch ist da der anstehende Prozeß. Und klar, daß die Rache für Stockholm da drin war und für ne Menge anderes. Und: die Schläge, Tritte, die Schüsse: immer ist der Kopf ihr Ziel. Der Prozeß kann jetzt - nachdem ihn die Gefangenen dreieinhalb Jahre verzögert haben - anfangen. Der gesundheitliche Zustand der Angeklagten läßt es zu, daß sie sich zur Anklage äußern.

28.5.75

# Nicht verunsichern LASSEN



Auszüge aus dem Flugblatt:
ES IST NICHT UNSERE SACHE, DEN BULLEN BEI DEM KAMPF GEGEN DIE GUERILLA ZU HELFEN !

Durch die Guerrillaaktion, der Entführung von Peter Lorenz und der Befreiung von fünf Genossen mußte der Staatsapparat eine Niederlage einstecken, die er mit seiner nachfolgenden faschistischen Jagd zu beantworten suchte. Brutal und offen in Berlin, heimlich und schmierig in Flensburg, Hamburg, Bremen, Frankfurt und München.

Am 6.3.75 starteten die Bullen bei 200 Genossen und bei einigen Anwälten eine informelle Befragungsaktion. Sie erschienen an der Wohnungstür und benahmen sich wie Fernsehbullen.

1. Sie fragten z.B. nach dem Alibi für die Zeit der Aktion der Bewegung des 2.Juni.
2. Sie versuchten die Ausweis- und Kfz-Papiere zu sehen.
3. Sie versuchten, ohne Gewalt und Durchsuchungsbefehl in die Wohnung zu kommen.

Auf diese äußerlich harmlos aufgezogene Methode fielen viele Genossen rein !

Deshalb nochmal :

1. Mit den Bullen nicht reden, auch keine "Nebensächlichkeiten"! Keine Alibiaussagen, denn ohne es zu wissen, belasten sie andere.
2. Bei Befragung an der Wohnungstür die Bullen nicht reinlassen ! Tür zu !
3. Bei Personalfeststellung nur e i n Papier vorzeigen, entweder Personalausweis oder Paß.
4. Kfz-Schein und Führerschein nur im Auto vorzeigen.

Immer daran denken, daß die Bullen einen aufs Kreuz legen wollen. Inhaltliches Entgegenkommen ist kein Mittel, sie loszuwerden, sondern bringt sie dazu, noch weiterzubohren.

Es sind von jetzt an öfters solche informellen Befragungen zu erwarten. Gehört zu der neuen Bullenstrategie gegen die Guerilla. Sie versuchen, die Fische nicht nur zu fangen, sondern durch Vergiften des Wassers zu vernichten. Darum sich auf solche Situationen vorbereiten, Maßnahmen mit Genossen diskutieren, sich mit den Erfahrungen von Genossen auseinandersetzen. Sich klarmachen, daß es richtig ist, wenn massenweise die Bullen abgewiesen werden, auch wenn sie mit Drohungen kommen wie: wir nehmen Sie mit, falls Sie keine Aussagen machen.

Auszüge aus einem Flugblatt über Ralph Stein

Am 14. April wurde unser Genosse Ralph Stein um 4 Uhr morgens in seiner Wohnung festgenommen und wird seit dem im Gefängnis Köln-Ossendorf festgehalten. Der Haftbefehl, der bereits im Januar ausgestellt wurde, basiert auf der Aussage eines Jungen und eines Mädchens, die am 26.November 74 im Rahmen der bundesweiten Polizeiaktion "Winterreise" festgenommen wurden (diese auf Aussage des Denunzianten Jürgen Bodeux hin. Sie haben Ralph Stein beschuldigt, sie zu einem Waffenversteck geführt zu haben. Ralph Stein war aktives Mitglied der Gewerkschaft IG Metall und der Bürgerinitiative in Nippes, einem Arbeiterviertel in Köln. Beim Fordstreik in Köln war er aktiv und ist nach Beendigung des Streiks entlassen worden. Als Mitglied der Schwarzkreuz- Rote Hilfe korrespondierte er mit inhaftierten Genossen. Das Postfach der "Befreiung" lief auf seinen Namen.

Zeigt euch solidarisch, indem ihr ihm schreibt (JVA 5 Köln 30, Rochusstr.350.) Weitere Informationen über Ralph Stein über c/o R.Aurand, 5 Köln 30, Tieckstr.49.

## Presseerklärung der Regionalkonferenz der ROTEN HILFEN NRW

In Bezug auf den Artikel im "Express am Sonntag" vom 11.5. "Wahnwitziger Terror - Sowjetraketen auf Stuttgart" erklären wir:

Mit dieser Drohung sollen angeblich 2 000 000 DM erpresst und den Roten Hilfen zugeleitet werden. Diese Meldung ist eine faschistische Provokation, um die Bevölkerung in Panik zu versetzen und die Illegalisierung der RHs vorzubereiten. Die Aktionen der revolutionären Linken richten sich niemals gegen das Volk. Beispiele solcher faschistischer Aktionen und Provokationen gibt es genug: die Bombendrohung auf Stuttgart, die Bombe im Bremer Hauptbahnhof, die Raketendrohung auf das Fußballstadion in Stuttgart während der Fußballweltmeisterschaft, Bombenanschläge auf die Mailänder Landwirtschaftsbank und auf einen Personenzug in Bologna. Was haben alle diese Aktionen gemeinsam ? Im Gegensatz zur Aktion der Guerilla, die sich ausschließlich gegen die Herrschenden und ihre Interessenvertreter richten, sind faschistische Aktionen ausschließlich gegen das Volk gerichtet.

Warum sollen die Roten Hilfen illegalisiert werden ? Die RHs sind die einzigen Gruppen, die versuchen, die Isolation durch den Knast aufzubrechen, die noch solidarisch sind, indem sie Briefe schreiben, Anwälte besorgen, Informationen verbreiten, die die Presse unterschlägt und diese Aktivitäten passen den Herrschenden nicht, weil sie die Gefangenen als von der Bewegung losgelöste Einzelpersonen darstellen und verurteilen wollen.

## SPANIEN



Zur Zeit finden in San Sebastian und Madrid Prozesse gegen diese Genossen statt. Ihnen wird vorgeworfen, am 13. Sept. 1974 einen Sprengkörper in die Cafeteria Rolando in Madrid gelegt zu haben. 11 Menschen wurden dabei getötet, 72 verletzt. Bis heute hat keine Organisation die Verantwortung übernommen. 3 Tage später wurden die Genossen festgenommen. E s ist inzwischen bewiesen, daß die ganze Aktion nichts als eine infame Verleumdung gegenüber einer Gruppe revolutionärer Genossen ist. Tatsachen beweisen, daß dieses Attentat eine faschistische Provokation war. Es ist gekennzeichnet von demselben mörderischen Brandmal, wie die letzten Provokationen in Italien. Das Attentat zeigt die konterrevolutionäre Gewalt, die keine Unterschiede macht und gewissenlos unschuldige Menschenleben aufs Spiel setzt. Revolutionäre Gewalt dagegen, richtet sich niemals gegen das Volk!

Den Angeklagten Genossen droht die Todesstrafe.

Seit sie im Gefängnis sitzen, werden sie bestialisch gefoltert.

einer von 1100

haus drei/hinter dem fenster
mit gebeugtem kopf
setzt er lüsterklemmen zusammen:
über fünfzig/rotes hemd
obere schneidezähne fehlen.
freundlich grüßt er
den kommunisten
beim einzelhofgang -
wird er dabei nicht gesehn.
wird er entlassen
kehrt er bald zurück -
über fünfzig.
eine mark zwanzig am tag:
lüster- und haarklemmen
druckknöpfe und tüten.
wer so freundlich grüßt
ist - noch - nicht kaputt.

der harte kern

der harte kern
- einer kirsche
zum beispiel -
ist immer ungenießbar
er wird ausgespuckt
bei gutem boden
wird ein baum
aus ihm

peter-paul zahl
schutzimpfung
gedichte
rotbuch verlag berlin
seit 1972 in isolationshaft
knastadresse: z.zt. 5 köln 30
rochusstr. 350

(NZZ 1. 10.) Vizepräsident Humphrey: „Die Vereinigten Staaten haben Soldaten in Vietnam stehen, weil die eigene Sicherheit der Vereinigten Staaten auf dem Spiel steht. Der Feind muß wissen, daß wir niemals aufgeben und dort bleiben werden, bis *das Geschäft* erledigt ist." (NZZ 1. 10.) –





# Portugal

## "Wo ist der Weg wo ist die Richtung - Ich seh da unten eine Lichtung . . . ."

## - Was Portugal für mich heißt -

Zunächst bin ich auf Portugal recht zufällig gestoßen - es war einfach im letzten Sommer die Frage, wo man seinen Urlaub verbringen sollte, nun also, warum nicht dort, vielleich ein bißchen das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Eine Weile Algarve am Strand, eine Weile Lissabon, eine Weile auf dem Land. Es zeigte sich: es ist nicht schwer, in Portugal Leute kennenzulernen, die einem ein wenig dabei helfen, die Augen aufzumachen, auch wenn man kein Bündel von "Kontaktadressen" mitbringt. Und wir machten immerhin die Augen auf, daß es bei der Rückkehr nach Frankfurt klar war, daß man nicht einfach so tun konnte, als sei nichts gewesen: so entstand die Portugal-Gruppe. Nicht nur wir in den Diskussionen in der Gruppe wurden ständig durch das überrannt, was sich dann weiter abspielte - so ging es auch Spinola, so ging es der Kommunistischen Partei, deren "Sofortprogramm", beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag vom 20.Oktober wenig später durch sehr viel radikalere Maßnahmen gegenstandslos wurde, so ging es vor allem auch unserer deutschen Presse, die überhaupt nicht mehr hinterherkam, so ging es aber vor allem den linken Gruppen hier, für die es ausgemachte Sache war, daß der 25.April nur ein neues Gewand bürgerlicher Herrschaft und für die die MFA ein repressives Organ zur Annäherung Portugals an den westeuropäischen Kapitalismus bedeutete. Das sage ich gar nicht hämisch. Man kann und muß aber daraus lernen: wie sehr man mit vorgestanzten, scheinbar aus geschichtlicher Erfahrung gewonnenen Einschätzungen so ungeheuer an der Realität vorbeischießen kann, und auch: daß der Begriff "Dynamik der Massenbewegung" nicht nur so ein hohles Wort ist, daß diese Dynamik sich stärker erweist als Kalkül und Ableitungen.

Wenn wir auch dauernd durch die Entwicklung (28.September - Spinolas Abgang - Entwicklung der Volksinitiativen - die große autonome Demonstration vom 7.Februar, - der 11.März, die Nationalisierungen - der Revolutionsrat - die Erstarkung des linken Flügels der MFA - das Anwachsen der Arbeiterkommissionen, der revolutionären Räte, der Landbesetzungen bis hin jetzt zum von der MFA-Spitze propagierten Aufbau der Rätedemokratie ) überrascht wurden, so haben wir doch an zweierlei seit Beginn der Gruppe festgehalten: erstens an einem grundsätzlichen Optimismus hinsichtlich der revolutionären Entwicklung, zweitens an einer im wesentlichen positiven Einschätzung der MFA für eine nicht allzu kurz zu bemessende Übergangsperiode. Soweit zu übersehen ist, haben wir diese Grundannahmen innerhalb der westdeutschen Linken nur mit dem KB geteilt, dessen Organ "Arbeiterkampf in jeder Ausgabe sehr nützliche Informationen und Analysen über Portugal geliefert hat.

Ein Genosse in Lissabon hat uns gesagt:"Es ist immer die Gefahr, aus einem Minimum an Information ein Maximum an Analyse zu machen", und das ist in der Tat ein großes Problem: einerseits will man diese Gefahr vermeiden, zumal man sieht, zu was für irrwitzigen Ergebnissen das führen kann, andererseits kann man die Informationen, die einem ja täglich durch die Presse serviert werden, nur richtig verarbeiten, wenn man ein (stets korrigierbares !) Bild von den Kräfteverhältnissen, den wesentlichen Problemen, den jeweiligen Hauptgegnern einer revolutionären Entwicklung usw.hat.

Portugal hat für uns den ungeheuren Vorteil - etwa gegenüber Chile, etwa gegenüber Vietnam oder Kuba - daß man relativ einfach dorthin fahren kann - man mag das als "Polittourismus" beschimpfen, ich glaube aber, daß eine solche Reise das beste Heilmittel gegen Dogmatismus ist. Wenn man eine revolutionäre Umwälzung nicht in erster Linie unter theoretischen oder machtstrategischen Gesichtspunkten sieht, sondern als eine Angelegenheit von Menschen, die in diesem Prozeß agieren, die durch ihn verändert werden, deren Verhältnisse zueinander und deren materielle Existenz auf neue Füße gestellt werden, dann ist das Dabeisein durch nichts ersetzbar.

Meine zweite Reise nach Portugal - zu den Wahlen und zum 1.Mai - zusammen mit Genossen aus der Gruppe, sollte auch der Vorbereitung einer "Portugal-Woche" in Frankfurt im Mai dienen. So fuhren wir diesmal unter anderen Vorzeichen, gezielter. Wir hatten zuvor in Frankfurt zwei Offiziere der "Dynamisierungskampagne" der MFA kennengelernt, wir hatten die Adressen der wichtigsten Gruppen der revolutionären Linken, wir wollten - zwei Wochen standen nur zur Verfügung - insbesondere die Arbeit und die strategischen Vorstellungen dieser Gruppen und zum zweiten Beispiele des Aufbaus der "poder popular" kennenlernen, zum anderen natürlich anwesend sein bei den Massenversammlungen in den letzten Tagen vor der Wahl und zum 1.Mai. Gerade weil wir so relativ "offen" hinfuhren- d.h. ohne eindeutige Sympathie für eine bestimmte Organisation und ohne eine fertige Analyse - waren wir in den ersten Tagen sehr verwirrt durch die Vielschichtigkeit der politischen Realität, immer bereit, uns den Standpunkt dessen zueigen zu machen, mit dem wir gerade sprachen oder ein Interview machten. Aber nach und nach kristallisierten sich für uns folgende Thesen heraus, die wir auch in den Veranstaltungen der "Portugal-Woche" vertraten und die zu revidieren bis jetzt, da ich dies schreibe - auch wenn seither wieder viel passiert ist- kein Anlaß besteht:

1) die MFA ist für eine Übergangsperiode der Garant des revolutionären Prozesses. Sie hat eine wichtige Funktion darin, den Prozeß gegen einen reaktionären Umsturz, gegen ausländische Intervention, aber auch gegen eine sozialdemokratische Lösung und gegen eine KP-Vorherrschaft zu schützen und zu verteidigen. Daher ist es notwendig, wenn sie trotz ihrer internen Widersprüchlichkeit als Einheit für einen gewissen Zeitraum bestehen bleibt.

2) In diesem Windschatten der MFA ist der Aufbau und die Koordinierung autonomer , räte-ähnlicher Organismen in Betrieben, in Dörfern, Stadtteilen und der Armee vordringlich. Sie allein können die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterklasse und der revolutionären Linken überwinden, den Bewußtseinsprozeß mit vorantreiben und gemeinsam mit der MFA bewaffnete Verteidigungskomitees aufbauen (statt diffuser, unkontrollierter "Volksbewaffnung"). Ein großes Problem dabei ist die Beschränkung auf Partialinteressen, daher ist überbetriebliche und überregionale Koordinierung wichtig.

In diesem Prozeß spielen all die Gruppen eine große Rolle, die sich aktiv ohne parteipolitisch-sektiererische Interessen an dem Aufbau der autonomen Organe beteiligen, was - in unterschiedlichem Maße - für die LUAR, die MES, die FSP, die PRP-BR (Rev.Brigaden) und möglicherweise auch für die ML-Organisation UDP gilt, wobei deren Wahlerfolge, sofern sie an der Wahl teilgenommen haben (MES, FSP, UDP) wenig aussagen.

--------------

Wenn man - wenn auch nur für kurze Zeit - die Offenheit, die Begeisterung, die Aufbruchstimmung, die Phantasie, die Angstfreiheit in Portugal erlebt hat, ist die Rückkehr in die Bundesrepublik bedrückend. Wenn du Polizisten in Lissabon siehst, weißt du, daß sie keine Macht haben, daß sie ein bißchen gelangweilt dastehen, wenn du Militärpolizisten siehst, die Macht haben, weißt du, daß sie vermutlich Genossen sind. Du steigst aus am Flughafen von Faro, du siehst anders aus als die anderen deutschen Touristen, die da ankommen; der Militärpolizist mit Leopardenuniform und Knarre auf dem Rücken macht dir, ein bißchen verstohlen, die Faust Beim Abflug wirst du nur gefragt, ob du portugiesisches Geld dabei hast; mit der kurzen Durchsuchung der Koffer nach Geld kannst du dich identifizieren, denn du weißt, welche Gefahr in der Kapitalflucht steckt. Du liest in den Tagen vorm ersten Mai in durchweg allen Zeitungen von der <u>Befreiung</u> Saigons, nicht vom "Fall". Du siehst in den Zeitungen, die angeblich alle KP-beherrscht sind, seitenlange Kommuniques oder Aktionsberichte von revolutionären Gruppen, auch denen der ML. Du siehst, wie die Leute aus den Trams springen, um sich die neueste Nachmittagszeitung zu kaufen, du siehst , wie Jugendliche auf einen vorbeifahrenden Panzerwagen klettern und ein Stück mitfahren. Du siehst wie Genossen aus allen möglichen Ländern vorm "präventiv" besetzten Zentralgebäude der MFA aus- und eingehen, um Informationen, Plakate, Flugschriften zu holen, du siehst, wie der Soldat, der den Eingang dieses Hauses bewacht, die Hände in den Taschen läßt, wenn der Flottenchef, Admiral Coutinho, hineingeht; du siehst, wie Mario Soarez, als er das Haus betritt, seinen Personalausweis abgeben muß wie jeder andere. Du siehst den - natürlich besetzten - Sitz der PRP-BR (eine Organisation, von der jeder weiß, daß sie bewaffnet ist)zwanzig Meter entfernt von der MFA-Zentrale in derselben Straße, du siehst, wie PRP-BR-Genossen und MFA-Leute gemeinsam ihren Vormittagskaffee trinken und die neuesten Ereignisse durchsprechen, du erfährst, daß der "zweite Mann" der LUAR am Tag, bevor er nach Frankfurt kam , einige Stunden mit Coutinho strategische Probleme diskutiert hat.

Und du erlebst, daß all diese Leute vor dem Land Angst haben, in das du grade zurückfährst: vor der Bundesrepublik, mehr noch vielleicht, als vor den USA. Das ist ein merkwürdiges Gefühl, ein ganz klein bißchen ähnlich vielleicht, wie es die deutschen Emigranten in den dreißiger Jahren gehabt haben müssen . "BRD-Imperialismus" - dieser Begriff nimmt plötzlich sehr konkrete Formen an.

So nach und nach verdichtet sich das, was Portugal für mich heißt, wird es mehr, als die "Beschäftigung" mit irgendeinem Land, in dem sich eine Revolution abspielt. Die Geschichte ist voller schlechter Beispiele dafür, was es heißen kann, sich auf die Revolution in einem anderen Land allzusehr zu beziehen: Rußland, Cuba, China ...enttäuschte Abkehr oder fatale Identifikation. Aber vielleicht ist das ein Vorgriff, vielleicht stellt sich für Portugal das Problem noch gar nicht: denn dort hat sich noch nichts etabliert, es gibt kein "System", kein "Modell", sondern "nur" einen Prozeß. Mir scheint, es ist ungefährlicher, sich mit einer Entwicklung zu identifizieren, als mit einer etablierten Macht; mit einer Entwicklung, die eine Richtung hat: eine sozialistische Basisdemokratie, ein "eigener Weg".

Die portugiesischen Genossen betonen, soweit sie nicht Dogmatiker sind, so häufig diesen eigenen Weg, und das hat schon viel Verwirrung ausgelöst. Eigentlich heißt es nicht mehr und nicht weniger, als daß keinerlei Importierung eines Modells angestrebt wird, schon gar nicht des moskaubeherrschten Ostblockmodells. Aber auch nicht jene ominöse Art von "Dritte-Welt-Sozialismus" in seinen unterschiedlichsten Spielarten von Algerien über Nasser-Ägypten bis zu Peru. Bis jetzt gesehen, stellt dieser Weg zweierlei in Frage: zum einen, daß einzig eine Avantgarde-Partei zur Revolution führen könne (Eine MIR gibt es nicht in Portugal, und möglicherweise ist das gut so !) Zum anderen, daß die Gewehre der bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie nicht immer in die gleiche Richtung zielen: in Richtung Proletariat. Vielleicht liegt die größte, durch Portugal hervorgerufene Verunsicherung des Imperialismus darin, daß er sich auf seine Armeen nicht mehr so bedingungslos verlassen kann, daß er allemal noch eine Armee in einen grausamen Kolonialkrieg schicken kann, daß aber die Rückkehr dieser Armee zu einem unkalkulierbaren Risiko wird. Dieses Erlebnis ist für die Bourgeoisie so unfaßlich, daß ihre Presse - teilweise bis heute hin - die Rolle der MFA völlig verkannt hat, und das ist gut so.

Ja, was kann man denn nun tun ? Haben wir nicht genug Schwierigkeiten mit uns selbst, hier ? Natürlich kann man auch für Portugal rufen, daß die beste Form der Solidarität Klassenkampf im eigenen Land ist, und das gilt hier vielleicht direkter, unmittelbarer als jemals in den vergangenen Jahren. Und doch wissen wir nicht recht, was wir mit der Parole anfangen sollen. Etwas tun, bevor es zu spät ist. Auch die scheinbar ganz kleinen Sachen sind wichtig. Gespräche dort, wo man arbeitet, ein Flugblatt. Eine Veranstaltung zu Portugal, in einer Schule, in der Uni oder sonstwo. Es gibt sehr gute Filme, die vieles konkreter machen, als wenn man nur redet. Und dann gibt es viele Zentren von Portugiesen, gerade auch in kleineren Städten, meist von der Caritas eingerichtet, der katholischen Kirche, sehr häufig Zentren der Reaktion, des Antikommunismus. Mit dem Genossen der LUAR, der in Frankfurt war, haben wir verabredet, daß in Lissabon ein portugiesisch-deutsches Kontaktzentrum errichtet wird, wo außer der LUAR auch die MES, die FSP und evt. die PRP-BR mitmachen sollen, offiziell, in Verbindung mit der MFA. Das soll nach Möglichkeit noch vor den Sommerferien anfangen zu arbeiten.

### Der wütende Hund von Sergio Godinho

Lieber ein wütender Hund sein,
als ein Schaf, das zu dem
Schäfer "ja" sagt, den ganzen Tag,
und das ihm Wolle, Fleisch und
Leben gibt und dazu mit dem
Hintern wackelt.
Lieber kein Schaf sein,
lieber ein wütender Hund, der weiß,
wo er zupackt, mit wachsamen
Augen, die Füße auf dem Boden.
<u>Refrain</u>: es lebe, es lebe der wütende
Hund, mit gesträubtem Fell,
gefletschten Zähnen, und der Nase im
Wind. Wütender Hund, wütender Hund,
Achtung!

Lieber ein wütender Hund sein,
als ein Krebs, der vorwärts und
rückwärts geht und sich gähnend
räkelt, und bei dem, wenn er spricht,
man nur das Gurgeln im Hals hört.
Lieber kein Krebs sein,
lieber ein wütender Hund, der weiß,
wo er zupackt, mit wachsamen Augen...

Lieber ein Hund sein, als eine Sardine,
abgepackt, in einer Dose eingeklemmt,
gut erzogen, schon bereit, gegessen,
verschluckt, verdaut und ausgeschieden zu werden.
Lieber keine Sardine sein,
lieber ein wütender Hund sein,
der weiß, wo er zupackt, der die
Faschisten packt, sie verarscht
mit wachsamen Augen, die Füße
auf dem Boden ......

Lieber ein wütender Hund
der die Zähne zeigt,
immer bereit zuzubeißen
und die Antwort zu geben,
auf alle und jede unter der
Kruste versteckte Faulheit
unter der Kruste der
schönen Ideen
die versteckte Katze mit dem
Schwanz draußen.

Nach einem Urlaub in Lissabon... kommt niemand einfach so davon

SARTRE EM PORTUGAL

# Ansätze von Gegenmacht: Poder-

Soldatenräte

Mieterräte

Landbesetzungen

Arbeiterkommissionen

Der portugiesische Revolutionsprozeß ist begleitet von einer Zersetzung des bürgerlichen Staatsapparates. Die portugiesische Bourgeoisie ist noch nicht geschlagen, sie ist aber in einer Defensivsituation. Die staatlichen Institutionen, die vormals der politische und machtmäßige Ausdruck des Bürgertums waren, sind durch die Massenbewegung von unten z.T. aufgelöst, zumindest aber desorientiert. Sie sind außerdem für die Tatsachen, die diese Basismobilisierung schafft, zu träge und schwerfällig. Ihre gesetzlichen, verwaltungsrechtlichen Richtlinien, Vorschriften, Satzungen etc. stammen aus der vorrevolutionären Zeit. Sie werden durch die tägliche Praxis mehr und mehr aufgehoben.

Die basisdemokratische Mobilisierung ist nicht nur eine revolutionäre Alternative zur bürgerlichen Organisationsform des Staates - sie ist zugleich das politische und organisatorische Gegenstück zu den überlieferten oder nach dem 25. April neû gegründeten Parteien. Auch schon deshalb, weil diese Parteien die staatlichen Institutionen nicht aufheben, sondern in ihrem Sinne übernehmen und reformieren wollen. Hier gewinnt die Absicht der Linken in der MFA, sich nicht auf die Parteiapparate zu stützen, sondern über sie hinweg sich direkt auf die Selbstorganisation der Arbeiter, Landarbeiter, Mieterkommissionen usw. zu beziehen, eine ganz konkrete Dimension. Für die Basisdemokratie selbst ist diese Politik zugleich ein Garant dafür, daß sich ihre Ansätze heute zu einer tatsächlichen Gegenmacht entwickeln können.

Neben den Selbstorganisationsansätzen von unten werden auch von oben, von der MFA, neue revolutionäre Organe geschaffen, die unabhängig von den parlamentarischen Institutionen (wie provisorische Regierung, Verfassungsgebende Versammlung) existieren und diese sogar kontrollieren (Revolutionsrat). Auch andere Funktionen werden z.t. von der MFA übernommen: So intervenieren die Militärs (Copcon) bei politischen Auseinandersetzungen an Stelle der - weiter bestehenden - Polizei, meistens, um die revolutionären Kräfte zu unterstützen.
Diese Rolle können die Militärs nur deshalb spielen, weil sich die Streitkräfte selbst in einem umfassenden Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß befinden, der durch die Bildung von Soldatenräten und die Zerstörung der militärischen Hierarchie tendenziell auf die Schaffung eines Volksheeres hinzielt. Dieser Prozeß ist Resultat und zugleich auch Bedingung der sich entwickelnden Massenbewegung. Dies kommt zum Ausdruck beim Selbstverständnis der Soldaten des RAL 1, der am weitesten lir stehenden Armeeeinheit, von den Arbeitern "Kaserne des Volkes" genannt.

## RAL 1-Interview mit der französischen Zeitschrift „Revolution" Nr. 89 vom 11.4.75

"Die Soldaten des RAL 1 sind sich vollkommen darüber bewußt, daß sie an der Spitze der Kämpfe stehen, wir müssen aber gut begreifen, daß unsere Situation eine relativ außergewöhnliche ist. Die autonome Soldatenbewegung ist das Produkt der Entwicklung der Klassenkämpfe. Es gibt eine enge Verbindung zwischen der Entwicklung der Initiative und Autonomie der Arbeiterbewegung und der Entwicklung der autonomen Soldatenbewegung. Die Bewegung der Soldaten widmet der Aufrechterhaltung dieser engen Verbindung sehr viel Aufmerksamkeit...
Konkret realisiert sich die Verbindung zwischen Arbeiter- und Soldatenbewegung in dem kontinuierlichen Kontakt der Soldatenräte mit den Arbeiterkommissionen, Räten von Stadtteilbewohnern und Landbesetzern. Die Arbeiterkommissionen entstanden nach dem 25. April neben den gewerkschaftlichen Strukturen aus den Arbeiterkämpfen in den Betrieben, die sich dadurch auszeichnen, daß sie von Anfang an auch das politische Bewußtsein der Arbeiter ausdrückten mit Forderungen, die vereinheitlichend und verallgemeinerbar für die gesamte portugiesische Arbeiterklasse waren. Wie einerseits die ökonomische Forderung nach Mindestlohn und Lohnfortzahlung bei Urlaub und Krankheit und andererseits die politische Forderung nach der Entlassung von Faschisten aus der Betriebsleitung und der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, außerdem Forderungen, die die kapitalistische Arbeitsorganisation angreifen, wie Abschaffung von Akkordarbeit und Überstundenarbeit.

Im agrarischen Bereich entwickelt sich die Basisbewegung durch kollektive Landbesetzungen und die Gründung von Kooperativen. Beides wird von der MFA unterstützt (s. Bericht über die "Kommune Roter Stern")

Weitere bedeutsame Masseninitiativen und Ansätze von Selbstorganisation findet man in den Kämpfen "Moradores" (Stadtteilbewohner). Am Ausgangspunkt dieser Kämpfe steht das enorme Defizit an sozialen Einrichtungen, das der faschistische Staat hinterlassen hat. Aber auch nach dem 25.April sind die staatlichen Institutionen unfähig, ein umfassendes Konzept von Sozialpolitik zu entwickeln oder gar zu realisieren; dies liegt einmal an der ökonomischen Krise der portugiesischen Wirtschaft, aber auch an der Instabilität der politischen Machtverhältnisse. Die Befriedigung ihrer sozialen Bedürfnisse müssen die proletarischen Massen also selber organisieren.
Voraussetzung für die Einrichtung von Volkskliniken, Schulen etc. war die Beschaffung von Raum, was zu der massenhaften Hausbesetzungsbewegung in ganz Portugal führte. Dabei kam es zu Konflikten mit den bürgerlichen Besitz- und Machtverhältnissen und den Institutionen, die sie verteidigen. Dazu ein Beispiel aus Lissabon: Die Bewohnerkommission eines Vorortes besetzt ein Haus; der Besitzer erreicht bei der Justiz, daß das Haus von der Polizei brutal geräumt wird; später besetzen die "Moradores" zum zweiten Mal das Haus, nachdem sie sich vorher der Unterstützung des Copcon versichert haben, das verspricht, die Besetzung vor der Polizei zu schützen. (s. ID Nr. 82, Interview mit Hausbesetzern)
Ein anderes Beispiel für die Auseinandersetzung zwischen staatlichen Institutionen und Basisorganisationen findet man im Kampf für menschenwürdige Wohnungen zum Ausdruck. So fordert die "Intercommisoes de moradores" (gemeinsame Kommission der Bewohner von verschiedenen Elendsvierteln hauptsächlich) von der staatlichen Wohnungsbaubehörde Unterstützung für ein Wohnungsbauprojekt, bei dem Charakter und Art der Durchführung von den in der Intercommisoes organisierten Bewohnern selbst bestimmt werden soll. So fordern sie die entschädigungslose Enteignung von Grundstücken für das Projekt, Begrenzung der Miethöhe auf 10% des Lohns, die Einstellung arbeitsloser Bauarbeiter und für sich selbst die Entscheidung über den zu bauenden Haustyp. (s. Arbeiterkampf Nr. 61, S. 13 Mieterräte in Portugal)
Diese Forderungen an die staatlichen Baubehörden zeigen, wie stark schon heute Basisorganisationen den Anspruch stellen, das Handeln staatlicher Organe zu beeinflussen.



Um solche sozialen Projekte herum entwickelt sich auf Stadtteilebene eine Organisationsstruktur der Bevölkerung, die dahin tendiert, die Beschränktheit auf soziale Selbsthilfe zu durchbrechen. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Organisationsstruktur der "Commisao de moradores" von Olivais-Sul, die sie sich nach der Besetzung eines Hauses gegeben hat. So hat die Plenarversammlung der Kommission die Konstituierung von 6 Arbeitsgruppen beschlossen: a) für antifaschistische Verteidigung, b) für Preis- und Qualitätskontrolle von Produkten, c) für Arbeit und Gesundheit, d) für Kindergärten, Kinderkrippen und Schulräume e) zur Verteidigung aller Rechte der Bewohner, f) für Kultur und Erholung. (aus Diario de Noticias vom 8.5.75, S. 6)

All diese Basisorganisationen, Räte, Kommissionen sind Ansätze einer alternativen Lebensorganisation, die der kapitalistischen Ordnung und Logik zuwiderläuft und ihnen eine eigene autonome proletarische Form und Logik entgegensetzt. Diese Organisationsansätze zielen hin auf die Entwicklung der poder popular, der Volksmacht, d.h. der Bedingung für die Eroberung der politischen Macht und den Aufbau eines alternativen gesellschaftlichen Blockes, der nicht in bloß subjektivem Bewußtsein, sondern bereits in der konkreten Organisierung einer "Macht des Volkes" zum Audruck kommen soll.




Antifaschistische Verteidigung heißt heute ständige Wachsamkeit gegenüber konterrevolutionären Putschversuchen, Aufstellung von Alarmsystemen und Einsatzplänen, Kontaktaufnahme mit Soldatenräten, um evtl. eine Bewaffnung zu ermöglichen. In den Dörfern an der spanischen Grenze gibt es "Wachsamkeitskomitees zum Schutz vor faschistischen Anschlägen und vor Infiltration.

Allerdings sind die Ansätze der Poder Popular in Portugal sowohl im Bewußtsein der Massen als auch im konkret existierenden Organisationszusammenhang erst schwach entwickelt. Daher ist eins der schwierigsten Probleme die Koordinierung dieser verschiedenen Basisorganismen, das Herausbrechen aus ihrer Isolation und ihr Zusammenschluß auf lokaler und auch nationaler Ebene.
Weitere Schwierigkeiten für die Poder Popular - Ansätze entstehen daraus, daß die großen reformistischen und revisionistischen Parteien diesen autonomen Prozeß nicht wollen. Die Sozialistische Partei hat sich inzwischen eindeutig für ein parlamentarisches System ausgesprochen, während die Kommunistische Partei undurchsichtiger taktiert. Aber auch sie ist natürlich nicht an einer Stärkung der Basis auf Kosten der Parteien interessiert, da es ihr Ziel ist, auf der Ebene von Staats- und Gewerkschaftsapparat ihre Macht auszudehnen. So versucht sie, die Entstehung von autonomen Organisationen - besonders in der Fabrik, ihrem traditionellen Tätigkeitsfeld - zu verhindern, und wenn ihr dies nicht gelingt, sie durch Unterwanderung zu kontrollieren. So hat sie versucht, die Arbeiterkommissionen zu einem gewerkschaftlichen Organ zu reduzieren, also rein auf die Fabrik bezogen und mit nur ökonomischen Inhalten.

Auch die "Parteiaufbauer" verstehen die Räteorganisationen höchstens als geeignetes Rekrutierungsterrain. Revolutionäre linke Organisationen wie LUAR, MES, FSP und PRP-BR und - was besonders wichtig ist - Teile der MFA wie Copcon-Chef Carvalho und Rosa Coutinho, Mitglied des Revolutionsrates, haben die revolutionäre Bedeutung, die diese Basisorganisationen bekommen können, erkannt und intervenieren in der Richtung, sie in "Sowjets", d.h. Organe der Volksmacht zu transformieren.

Das Beispiel Chile hat gezeigt, daß in dem Maße, wie sich die Ansätze von Poder Popular entwickeln, die Polarisierung im Klassenkampf fortschreitet und die Bourgeoisie ihre gesamte ökonomische und politische Macht einsetzt, um den revolutionären Prozeß zu sabotieren. Deshalb ist es auch für Portugal notwendig, die Poder Popular so schnell wie möglich weiter zu entwickeln, um die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie endgültig zu brechen.



# PODER POPULAR

## "O Terra a quem a TRABALHA"

## DIE ERDE GEHÖRT DENEN, DIE SIE BEBAUEN

Der Trennungsstrich zwischen Nord- und Südportugal läßt sich in zweierlei Hinsicht ziehen: politisch-ideologisch und auf agrarstruktureller Ebene. Im Norden wird hauptsächlich Wein auf Tausenden von kleinen Parzellen angebaut, während im Süden fast ausschließlich Korkeichen und Eukalyptuskulturen, in großen Grundbesitzen (Latifundien) zusammengefaßt, zu finden sind. Der extensive, verschwenderische Anbau von Monokulturen hat bislang die notwendige optimale Ausnutzung des Bodens verhindert. So wurden bisher kaum oder nur in unzureichendem Maße lebenswichtige Grundnahrungsmittel angebaut. Das heißt für Portugal: Import dieser Güter, womit die nur wenig vorhandenen Devisenreserven für Investitionen auf industriellem Sektor nicht verwendet werden können.

Schon unter Spinola wurde ein Gesetz erlassen, das als erster Schritt zu einer Agrarreform angesehen werden kann, dessen Anwendungsmöglichkeit und Auswirkung damals sicherlich nicht voll erkannt (und auch nicht beabsichtigt) wurde. Es besagt, daß jeder, der Land oder Arbeitsplätze ungenutzt läßt, Wirtschaftssabotage begeht und deshalb bestraft wird. In der Praxis sah das bis jetzt so aus: Es wurden Erkundigungen über Betriebe, die noch Arbeitsplätze freihaben, und über Agrikulturen, die nicht bebaut werden, eingezogen. Die Besitzer werden aufgefordert, soundsoviel Arbeitskräfte einzustellen. Sie nehmen diese Arbeiter auf, weigern sich jedoch, ihnen Lohn zu zahlen. Lohn zahlt dann die I.R.A. (Instituto da Reforma Agrária), eine staatliche Institution. Jetzt tritt das Gesetz in Kraft, die Lohnzahlungsweigerung ist Wirtschaftssabotage. Die Ernte wird einbehalten, der Staat spricht den Bauern das Land zur Bebauung zu (indirekte Enteignung). Der Staat unterstützt den Aufbau der neuen Kooperativen mit einem 3-monatigen Kredit.

Ein neues Gesetz zur Agrarreform, das seit Anfang Mai in Diskussion ist, wendet sich schon expliziter gegen die Großgrundbesitzer. Zukünftig sollen Ländereien über 500ha unbewässert und über 50ha bewässert enteignet werden. Die Frage ob überhaupt und wenn in welchem Ausmaße entschädigt werden soll, ist offensichtlich noch nicht beantwortet.

Die Kooperative "Estrella vermelha" (Kommune Roter Stern) Die e.v. liegt ca. 50km östlich von Santiago do cacem im Alentejo. Der 2.100 ha große (Spiegel Nr.23) Besitz gehört der Familie Barreiros, die außerdem noch über 200 000 ha Land ihr eigen nennt (nicht mehr lange). Herr Barreiros kam nur gelegentlich zur Fasanenjagd hierher, sein Domizil liegt im Lissaboner Prominentenviertel. Der Verkauf von Kork aus diesem einen Landbesitz brachte ihm spielend eine halbe Mio. DM ein (jährlich).

### Ablauf der Besetzung

Die Initiative ging von Landarbeitern und Kleinbauern der umliegenden Bezirke Abela, Ermidas und S.Domingos aus. Im Februar 75, nachdem man von dem total verwilderten Zustand dieses Besitzes der MFA berichtet hatte, fingen die Landarbeiter mit der "Urbarmachung" (Entfernung von Dickicht und Büschen) unter eigener Regie an. Viele der 120 Arbeiter (mittlerweile ist die Zahl auf 250 angestiegen) sind PC-Sympathisanten oder sogar alte PC-Parteimitglieder, von denen auch der direkte Kontakt zur MFA hergestellt wurde, und die auch jetzt führende Positionen in den verschiedenen Kommissionen innehaben. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, diese Besetzung sei von der PC-Parteispitze von oben herab diktiert worden.

### Organisation

Nach der Besetzung kamen Soldaten der MFA. Sie waren zufrieden mit der geleisteten Arbeit und sagten Unterstützung zu. Seitdem finden zweimal monatlich Treffs mit Vertretern der MFA statt, die einmal monatlich "Inspektion der Lage" an Ort und Stelle macht. Von den Bauern und Landarbeitern wurden drei Kommissionen jeweils á 5 Personen gewählt, die sich in Comissao tecnica (Reperaturen), comissao comercial (An- und Verkauf), comissao administrativa (allgemeine Probleme, Verbindung zu MFA und zu anderen koops) aufgliedern.

Einmal wöchentlich wird in den alten Räumen des Gutshofes eine Vollversammlung abgehalten, auf der die gesamten anliegenden Probleme diskutiert werden. Bisher erhielten Männer (16 DM pro Tag) und Frauen (12 DM) unterschiedlichen Lohn; seit kurzem bewilligte Kredit der I.R.A. ermöglicht jetzt gleiche Lohnzahlung für alle. Der erwirtschaftete Gewinn (Kork an die UdSSR für 700.000 DM verkauft) wird für 1) Kauf von Rohmaterial, 2) Rückzahlung der Kredite und 3) Lohnauszahlung verwendet.




### Längerfristige Ziele

Die Latifundienbesitzer im Alentejo, die Rinder verhungern und fruchtbaren Boden ungenutzt lassen, haben wie die Großgrundbesitzer in Spanien nie ein "echtes " kapitalistisches" Bewußtsein entwickelt. Marktgesetze wie Akkumulation, Reinvestition und Profitmaximierung sind ihnen fremd geblieben (ganz zu schweigen von den Existenzbedürfnissen ihrer Abhängigen). Das Land mußte nur soviel abwerfen, wie zur Aufrechterhaltung ihres luxuriösen Lebensstils benötigt wurde. Diese feudal-mittelalterliche Ausbeutung des Bodens muß sich in eine den Grundbedürfnissen des portugiesischen Volkes angepaßte Agrarstruktur umwandeln, um den Wunsch, unabhängiger zu werden auf landwirtschaftlicher Ebene zunächst realisieren zu können. So ist die Entscheidung richtig, nach Besetzungen und Enteignungen die vorgefundenen Agrikulturen nicht einfach zu übernehmen, sondern diese zu Gunsten anderer lebensnotwendigen Kulturen zu ersetzen. In der e.v. hat man damit schon begonnen, riesige Korkeichenwälder zu roden. Hier sollen bald Rinder, Schafe, Schweine und Zieger weiden; angebaut werden soll weiterhin: Tomaten, Getreide, Mais, Pfeffer und Reis. Der in der Nähe liegende Stausee ist bislang zur Bewässerung der gesamten 2.100 ha noch nicht genutzt worden.

Weiterhin ist der Bau einer Schule für die Kinder der Kooperative, deren Schulweg manchmal noch über 5km beträgt, geplant, sowie eine landwirtschaftliche Fachschule, um den Bedarf an qualifizierten Spezialisten selbst zu decken. Geplant ist eine Art Agrarstadt mit 6.000 Arbeitern und Bauern.

# LEERE VILLA-BESETZUNG-KLINIK-neue Medizin!

Cova da Piedade ist ein Arbeitervorort von Lissabon, auf der anderen Seite des Rio Tejo. In der Umgebung liegen einige der wichtigsten Fabriken Portugals: Lisnave (Schiffbau) und Siderurgia Nacional (Stahlwerk). Im Zentrum von Cova da Piedade steht seit Jahren eine große Privatvilla leer, ein Prachtbau aus dem letzten Jahrhundert. Anfang März wird die Villa besetzt, die Initiative ging von der LUAR aus. Hier soll eine Clinico Popular entstehen. Warum gerade eine Klinik?

Die medizinische Versorgung in Portugal ist äußerst schlecht. Die Ärzte ballen sich in der Hauptstadt, kaum jemand will aus Land, wo es keine "Kultur" und kaum eine Infrastruktur gibt - und wo man nichts verdienen kann. Das "Land" beginnt sc jenseits des Tejo, im Industriegürtel.

Wie macht man sowas, eine Volksklinik? Wie bei all diesen Aktionen wird nicht lange diskutiert und geplant; die Zeit drängt. So entsteht alles auf einmal: der Umbau der Villa, der Aufbau ambulanter, bald auch stationärer Behandlung, die Beschaffung von Medikamenten und medizinischen Geräten, die Propaganda in der Bevölkerung. Ein Militanter der LUAR, ein Arbeiter, wird mit der politischen und technischen "Leitung" betraut. In kürzester Zeit melden sich 19 Ärzte, die abwechselnd nach Zeitplan in der Klinik arbeiten - umsonst. Alle haben noch irgendwoanders einen Job, machen dies also in der"Freizeit". Medikamente werden gespendet, lastwagenweise, alle Arten durcheinander - von Werkskrankenstationen, von sympathisierenden Ärzten und Apothekern. Gespendet wird auch die medizinische Einrichtung 30 Krankenbetten kommen aus Holland, das Gesundheitszentrum von Lisnave stellt ein Röntengerät zur Verfügung.

Die Klinik soll hauptsächlich für Kinder und Frauen sein; im ersten Stock entsteht eine Entbindungsstation (früher war dort der Speisesalon der "Herrschaften"); zwei Kinder sind hier schon geboren. Das Wartezimmer ist gerammelt voll - aber es herrscht nicht das "peinliche Schweigen". Mißtrauen gibt es offenbar nicht, und das ist schon erstaunlich genug - waren doch jahrzehntelang die Ärzte entrückte Mitglieder der herrschenden Klasse. Die Patienten zahlen nichts - weder für die Behandlung noch für Medikamente. Aber auch die Art der Behandlung unterscheidet sich von "normalen" Krankenhäusern; hier besteht die Möglichkeit, eine nicht-bürgerliche Medizin zu entwickeln. Das beginnt mit der Einrichtung einer Beratungsstelle für Hygiene, Verhütungsmittel, Familienplanung, Sportmedizin. Nicht nur der Patient soll untersucht werden, sondern auch die Ursachen seiner Krankheit.

Bis die Sache wirklich "steht", die Renovierung und Einrichtung abgeschlossen ist usw., will die LUAR noch die Kontrolle behalten. Dann soll eine Vollversammlung aus den Stadtteilbewohnern und den bisherigen Patienten abgehalten werden, auf der eine Kommission gewählt wird, die alle Entscheidungen trifft.

Die technischen Arbeiten besorgen Arbeiter in ihrer Freizeit und einige chilenische Flüchtlingsfamilien, die von einem antifaschistischen Komitee bezahlt werden; sie sollen später auch in der Klinik wohnen. Übrigens sind auch Räume zur Unterbringung ausländischer Ärzte geplant.

Nun kann man sagen, schön und gut, eine Klinik, der auch noch ein paar andere gefolgt sind, aber das sind doch Einzelfälle, auf ganze Land gesehen, bringt das doch wenig. Genau da liegt der Punkt, der für alle diese Aneignungsaktionen zutrifft, ob es sich um Landbesetzungen, Fabrikbesetzungen, Wohnhäuserbesetzungen, Kliniken, Sozialzentren oder sonstewas handelt: sie haben zum einen große Bedeutung in sich, sie schaffen politische Basen, sie verkörpern ein erwachendes Selbst- und Machtbewußtsein, sie sind Lernbeispiele dafür, wie man sich autonom organisiert und seine Probleme bewältigt - und das ist bei dem aus jahrzehntelanger Abhängigkeit resultierenden autoritären Bewußtsein der Portugiesen besonders bedeutsam.

Aber zum anderen beeinflussen sie unmittelbar die allgemeine politische Struktur, sind Vorkämpfer für eine Neuorganisierung aller Lebensbereiche und stoßen die MFA und den Revolutionsrat nach vorn. Bleiben wir bei der Volksklinik und ihren Nachfolgeaktionen: das hat entscheidend den Aufbau der Service Nacional Saude (SNS), eines staatlichen Gesundheitsdienstes vorangetrieben, der später auch solche autonomen Kliniken finanzieren soll. Das kann eine bürokratische Einvernahme solcher Volksinitiativen von oben bedeuten. Es kann aber auch heißen, daß die Erfahrungen von Selbstverwaltung, von Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Patienten, von einer inhaltlich anderen Medizin, von einem neuen Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten verallgemeinert werden. Daran wird sich erweisen, was das Wechselverhältnis "Volk - MFA - Volk" wirklich heißt. Darum ist es so wichtig, daß diese Initiativen von Poder Popular sich zunächst einmal autonom entwickeln (d.h. auch ohne staatliche Gelder), um die staatliche Gesamtplanung, ob im medizinischen Bereich oder anderswo, vor vollendete Tatsachen zu stellen.




Dieser Park ist für alle - RAUS MIT DER EUROPÄISCHEN BOURGEOISIE

Wir haben in der Portugal-Woche in Frankfurt für ein EKG-Gerät für die Clinico Popular in Cova da Piedade gesammelt. Der Kaufpreis hat sich als teurer erwiesen, als wir zunächst annahmen (ca. 20 000 DM), so daß wir noch längst nicht genügend Geld beisammen haben. Wir bitten um Spenden auf dieses Konto Bank f. Gemeinwirtschaft, Frankfurt, Nr. 1553 301300 Kennwort: Portugal/Volksklinik.

# PS-Republica-BRD

Die Solidarität der Demokraten feierte wieder einmal eine Sternstunde. Brandt, Palme, Mitterand, Carstens, die SPD Hessen-Süd und Kai Uwe v.Hassel fanden sich in einer Forderung: Unterstützung für Portugals verfolgte Demokraten! Die Linken wollen die Pressefreiheit abschaffen! ( Wenn man weiß, wie unter dem Schweigen der meisten nun `solidarischen Demokraten` in Portugal bis vor 13 Monaten wirkliche Demokraten wirklich verfolgt wurden, kann man wiedereinmal sehen wie weit der Zynismus unserer Politiker geht.)

Was ist geschehen ? Ein schon lange schwelender Konflikt zwischen der Redaktion und den Druckern der Zeitung `Republica` ist offen ausgebrochen. Die `Republica` war bis zum 25.April ein Organ der breiten anti-faschistischen Stimmung, praktisch die Zeitung des CDE (= antifaschistische Sammlungsbewegung). Nach dem Auseinanderfallen des antifaschistischen Blocks geriet die Zeitung immer mehr unter die Kontrolle der sozialistischen Partei von Soares`. In den letzten Monaten wurden 18 Redakteure, die nicht zur PS gehörten, aus dem Blatt gedrängt. Dieser völlig auf PS-Linie eingeschworenen Redaktion stehen die Handarbeiter ,dh. vor allem die Drucker, in ihrer Mehrheit gegenüber. Über diese Drucker wurde in der BRD-Presse immer nur als straff organisierte PC-Kampftruppe berichtet. Als Gegeninformation ein Ausschnitt aus einem Brief von einer in Lissabon arbeitenden Genossin:

" Es ist eine verdammte Lüge, daß die `Republica`-Arbeiter, wie angeblich alle Arbeiter in den Massenmedien, alle PC-Mitglieder seien, und daß sie alle Massenmedien generalstabsmäßig aufrollen würden. Die PS hat auch einen neuen `Beweis`: Radio Renascenca, der katholische Sender Portugals, ist besetzt und in Selbstverwaltung übergegangen. Ich arbeite mit den `Republica`-Arbeitern engstens zusammen und habe auch mit den Renascenca-Leuten lange gesprochen. Sie gehören alle Parteien links von der PS an, die Mehrheit scheint sich parteilich sogar noch nicht gebunden zu haben, manche tragen auch noch aus Protest ihr PS-Abzeichen, weil die Partei sie gerade ausschließen will. Die sich versteckenden Republica- Arbeiter werden beschützt und finanziell unterstützt von einer Organisation, deren Standhaftigkeit gegen alle reformistischen und stalinistischen Konzepte ihr unlängst in der BRD und in Westberlin selbst überprüfen konntet."( gemeint ist die Luar).

Am 2.Mai kommt es zum ersten offenen Krach. Die Druckern weigern sich, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem sie einseitig die Intersyndical für die Zwischenfälle des 1.Mai verantwortlich gemacht wird. (PS-Soares war nach einer Reihe von Provokationen der PS-Demonstranten von Intersyndical-Ordnern am Betreten der Rednerbühne gehindert worden.) Die Redaktion wendet sich über die PS an die Öffentlichkeit und beklagt die Gefahr für die Pressefreiheit. Für sie ist Pressefreiheit eine klare Sache: die Freiheit des Herausgebers und der Redaktion, zu schreiben, was sie wollen, und die `Freiheit` der Arbeiter, gefälligst zu drucken, was ihnen vorgelegt wird. Die Arbeiter fordern Mitspracherecht an der inhaltlichen Gestaltung der Zeitung, sie fordern Berichte



Wir stehen fest a ; dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grund - ORDNUNG

über die Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse. Für die PS ist dies erneut ein Beweis für ihre These der Übernahme der gesamten Massenmedien durch die PC. Dieser Einfluß der PC besteht bis zu einem gewissen Grade real, aber sogenannte PC-kontrollierte Zeitungen berichten dennoch unverfälscht über alle Aktionen des Volkes.( zB nach dem 1.Mai seitenlange Berichte über die Kundgebungen und Aktionen der verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken, Abdruck auch scharfer anti-PC-Positionen, etc.- man stelle sich vor, die Rundschau oder die Frankfurter Allgemeine würden auf einer halben Seite die Organisationsdebatte des RK darstellen-das ungefähr wären portugiesische Zustände.)

Der Konflikt des 2.Mai führt zu einer vage gehaltenen Kompromißformel .Die gewählte Arbeiterkommission soll mit der Direktion in einen Dialog über die Linie des Blattes eintreten. Am 16.Mai kommt dann der entscheidende Konflikt: Die Redaktion bringt einen sehr langen Artikel über die Rückkehr einer PCP/ML -Delegation aus China. Die Wichtigkeit, die die PS der PCP/ML beimißt, erklärt sich weniger aus der Präsens dieser `Partei` in den Arbeiterkämpfen, denn da hat sie keine Bedeutung, sondern aus der gemeinsamen Frontstellung gegen die PCP. So ist auch dieser Artikel weniger Bericht, als Hetze gegen Moskau`s angebliche Pläne, Portugal zu versklaven. Nach Diskussionen weigert sich die Mehrheit der Arbeiter, diesen Artikel zu drucken - sie besetzen die Druckerei und erklären den Chefredakteur für abgesetzt. Die Mehrheit der Redaktion solidarisiert sich mit dem abgewählten Chefredakteur, die PS beginnt Demonstrationen vor dem besetzten Gebäude zu organisieren. Zeitweise versammeln sich bis zu 50.000 Menschen unter Führung von Soares vor der `Republica.

Die Maoisten der MRPP beteiligen sich unter so schönen Parolen wie " Die Zeitung gehört dem Volk, nicht Moskau`, die Arbeiter werden als Sozialimperialisten beschimpft.

Es beginnt nun eine Offensive der PS, die nicht überraschend kommt, und die das eigentlich Wichtige an der ganzen Affaire ist: Soares muß und will sich so schnell wie möglich seinen Wahlsieg in der Münze politischer Macht bezahlen lassen. Die `Republica` wird der Aufhänger dazu. Die ursprünglichen Forderungen - Wiedererscheinen der Republica, Eindämmung des PC-Einflusses in den Massenmedien- werden bald ergänzt durch die eigentlich wichtigen Forderungen: Parlamentswahlen, Gemeindewahlen, Gewerkschaftswahlen.

Man darf sich von den 38 % Stimmen der PS nicht täuschen lassen, sie wurde aus den verschiedensten ,teilweise sehr diffusen Gründen gewählt und hat auch keine der PC vergleichbare Organisation. Zwischen ihren linken, teilweise sehr radikalen Sprüchen im Wahlkampf und ihrer objektiven Funktion klaffen Welten. Viele PS-Wähler sind in den Arbeiterkommisionen, Mieterräten etc. gemeinsam mit Genossen der revolutionären Linken. Diese Selbstorganisationsformen des Volkes sind für die PS eine direkte Gefahr Die Basis beteiligt sich an Kämpfen, gegen die die rechte Führung klar opponieren muß und die sie nicht tolerieren kann. Die revolutionäre Linke Portugals weiß, daß es eine der Schicksals

Mario, amigo, am Geld solls nicht liegen - für unsere FREIHEIT ist mir nichts zu teuer!

fragen des portugiesischen Prozesses ist, ob es gelingt, möglichst schnell, die PS-Basis von der rechten Führung abzulösen. Die Formen des poder popular bieten dazu die Möglichkeit. Heute werden Selbstverwaltung und Rätemodelle bereits innerhalb der MFA diskutiert. Die Sprecher der Linken in der MFA, Rosa Coutinho und Otello de Carvalho, haben öffentlich erklärt, daß sie in den ANsätzen des `poder popular` die Keimzellen der revolutionären Organisierung des portugiesischen Staates sehen, und sich damit also gegen den bürgerlichen Parlamentarismus ausgesprochen.

Soares` Reaktion auf die `Republica`Affäre müssen auf diesem Hintergrund gesehen und diskutiert werden. Sein Ziel ist es, möglichst schnell eine parlamentarische Parteiendemokratie zu institutionalisieren, in der für direkte Ba sis-Demokratie kein Platz ist, mehr noch: Über seine Auslandskontakte international die Athmosphäre zu schaffen, in der alle räte-demokratischen Versuche als Mißachtung des Wählerwillens und damit als antidemokratisch gelten. Ge-nau also die Athmosphäre, in der die verschiedensten ausländischen Interventions- und Erpressungsstrategien brauchen. Man ruft: " Achtung PC- Diktatur " und begründet damit den Kampt gegen alle revolutionären Initiativen der Basis. Man sagt: " Pressefreiheit!" und meint damit die bürgerlichen Freiheiten des Herausgebers und den Kampf gegen jede Arbeiterkontrolle. Soares` Parole:" Sozialismus ja - Diktatur Nein!", diese Parole, bei der Maoisten so begeistert mitsingen, heißt : " bürgerlicher Parlamentarismus ,ja - revolutionärer Prozeß, Nein !" Endziel ist dann,gemäß der Strategie der europäischen Sozialdemokratie das portugiesische Volk mit einer "offenen Gesellschaft" à la BRD zu beglücken.




# Rede zur Eröffnung der Portugalwoche in Frankfurt

Um zu bestimmen, was Solidarität für uns praktisch heißen könnte, über einen allgemeinen und vagen Internationalismus hinaus, muß man genauer bestimmen, welche Rolle die Bundesrepublik für den Prozeß in Portugal spielt. Es ist mittlerweile bekannt, daß deutsches Kapital in den letzten Jahren die meisten ausländischen Investitionen in Portugal getätigt hat, daß die ökonomische Bedeutung der BRD für Portugal noch vor der der USA steht, und daß die Bundeswehr einen Luftwaffenstützpunkt in Beja in Südportugal unterhält.

Noch wichtiger aber ist - und dies wäre ebenfalls eine zu diskutierende These - daß die BRD mehr und mehr zu dem Garanten imperialistischer Interessen überhaupt sich entwickelt und daß sie heute schon für die instabilen kapitalistischen Systeme Südeuropas eine Rolle spielt, die der der USA für Lateinamerika vergleichbar ist. Schon heute ist klar, daß der revolutionäre Prozeß in Portugal den Zerfall kapitalistischer Herrschaft in Spanien, Italien und Griechenland beeinflußt und beschleunigt. Nicht umsonst sind tausende von Spaniern trotz der für sie damit verbundenen Gefahren zum 1.Mai nach Lissabon gefahren und haben an der großen Kundgebung im Stadion des 1.Mai teilgenommen. Es geht also nicht allein um die direkte Bedrohung ökonomischer Interessen in Portugal und Angola, es geht nicht allein darum, daß der NATO durch den faktischen Verlust des Azoren-Stützpunkts ein Zacken aus der Krone gebrochen wird - es geht heute viel allgemeiner darum, die immer größere Einschnürung des Operationsfeldes imperialistischer Politik zu verhindern, und hierzu ist gegenwärtig - zumindest was Europa betrifft - nur die BRD in der Lage.




Für Xuxualismus in Freiheit neue portugiesische Schreibweise für Sozialismus à la Mario.

Wir haben im Laufe dieses einen Jahres gesehen, wie unsicher und schwankend die BRD auf die Entwicklung in Portugal reagiert hat, wie wenig sie in der Lage war, die Dynamik der vom Faschismus befreiten Massen und die dadurch bewirkte Radikalisierung der Militärbewegung einzuschätzen. Diese Entwicklung lief nach keinem Programm ab und zwang die Kommentatoren der bürgerlichen Presse zu immer neuen demagogischen Verrenkungen.

Sehr grob aber lassen sich zwei Strategien möglicher Intervention unterscheiden.

Die erste Strategie war die eines rechten Putsches von innen, wobei die Frage, ob die BRD oder USA nun direkt and den Umsturzversuchen vom 28.September und 11.März beteiligt war, kaum zu beantworten, aber auch nicht so wichtig ist. Denn jedenfalls wäre ein Spinola der zuverlässigste Bündnispartner für die Integration Portugals in das kapitalistische Europa gewesen. Diese Strategie ist so gründlich gescheitert, daß ein erneuter Versuch dieser Art in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Die portugiesische Reaktion ist militärisch und politisch so schwach und andererseits der zu erwartende Widerstand so stark, daß ein erneuter militärischer Umsturzversuch - auch wenn er von außen, also insbesondere durch die BRD massiv unterstützt würde, jedenfalls auf absehbare Zeit eher eine Dynamisierung der Revolution zur Folge haben würde, wie es schon nach dem 28.September und dem 11.März der Fall war : PORTUGAL WIRD NICHT EUROPAS CHILE SEIN !

Die zweite, neuere Strategie ist die der "sozialdemokratischen Intervention", auf die mittlerweile anscheinend auch die Kräfte bauen, die sonst - hier - der Sozialdemokratie nicht so grün sind.

Die "sozialdemokratische Intervention", die sich in Portugal auf die PPD und zumindest die Führung der PS stützen kann und mit ihr Hand in Hand arbeitet, geht mit zwei einfachen Methoden vor: massive antikommunistische Propaganda und Spaltung der Militärbewegung und der revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse einerseits, ökonomische Integration andererseits, wofür die gegenwärtige portugiesische Wirtschaftskrise die besten Voraussetzungen bietet. Die Sozialdemokratie ist nicht - wie es für die BRD hier viele sagen, das "kleinere Übel", sondern ist, was Portugal und auch Spanien betrifft, die große aktuelle Gefahr. Das kann man sehr anschaulich erleben, wenn man sieht, wie sich die SPD-Delegationen im Ritz-Hotel in Lissabon die Klinke in die Hand geben, wie sie manipulieren, Druck ausüben, Geschenke machen, neue Tageszeitungen, wie jetzt das Jo rnal Novo aus dem Boden stampfen usw.

Wir müssen in unserer Politik mehr und mehr begreifen, daß es auch eine europäische Perspektive gibt, daß auch dieser ganze Wust von innerer Sicherheit und Repression bei uns nur erklärbar und nur bekämpfbar ist auf dem Hintergrund der europäischen Rolle der Bundesrepublik, daß sich die Repression nicht nur gegen eine sozialistische Opposition hier, sondern ebensosehr gegen die aktuellen und virtuellen Kämpfe des Proletariats in Südeuropa richtet. Und schließlich - und das ist vielleicht die wichtigste Erfahrung, die man auf einer Reise nach Portugal macht - schließlich ist es notwendig für uns, einen größeren Optimismus zu bekommen, zu sehen, daß die Befreiung, die soziale Revolution nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.

# Im portugiesischen Stahlwerk




Vítimas da crise geral do capitalismo

## Wie Arbeiterkontrolle gemacht wird:

Am Beispiel einer Betriebsversammlung in der Siderurgia Nacional, im Rahmen der Dynamisierungs-Kampagne der MFA.

Die Siderurgia Nacional in Seixal ist das größte Stahlwerk Portugals. Von hier kommen 60-70% der Gesamtjahresproduktion des Landes (1Mio Tonnen Stahl/Jahr). 4500 Arbeiter. Die Arbeiter dieser Region haben bei den Rechtsputschversuchen die Brücke über den Tejo von dieser Seite aus kontrolliert, z.T. mit Waffen.

Der Betrieb ist gerade nationalisiert worden, von der Regierung wurden Verwaltungskommissionen eingesetzt.

Wir versuchen bewußt, den Verlauf der Versammlung genau wiederzugeben und haben darauf geachtet, die Aussagen nicht durch Kommentare, Einschränkungen oder Streichungen soziologisch zu bereinigen - oder wichtiges von scheinbar Unwichtigem zu trennen. Gerade wenn sich der Prozeß der Arbeiterkontrolle konkret entwickelt - und nicht allgemein, dann sind die besonderen Fragen wichtig und nicht die allgemeinen.

Auf dem Podium: 2 Vertreter der Verwaltungskommissionen, 1 Vertreter der Intersindical, 2 MFA-Offiziere.

Es sind mehr Arbeiter gekommen als bei der letzten Betriebsversammlung, nicht zuletzt, weil die MFA anwesend ist.

Intersindicalvertreter eröffnet: "Zunächst stellen wir mit Bedauern fest, daß die Arbeiterkommission nicht auf dem Podium anwesend ist. Das Bruttosozialprodukt beträgt umgerechnet 9000 Esc. pro Beschäftigter, d.h. 2500 Escud. pro Kopf pro Monat. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage müßen wir davon ausgehen, daß keine Lohnsteigerungen mehr möglich sind, denn sie würden eine Preissteigerung nach sich ziehen. - Wir können sagen, daß die Verwaltungskommissionen die jetzt hier begonnen haben zu arbeiten einen Fortschritt auf dem Weg zur Sozialisierung des Betriebes bedeuten (90 Tage nach der Nationalisierung müssen diese Verwaltungskommissionen der Regierung ein Neues Statut vorlegen).

Arbeiter: Wir schlagen vor, daß die Verwaltungskommissionen folgendermaßen besetzt werden: 2 leitende Angestellte, die von der Regierung benannt und von der Belegschaft gebilligt werden. 2 leitende Angestellte, die vom Betrieb gewählt werden, davon einer von der Gewerkschaft, einer von den Arbeiterkommissionen.

Arbeiter: Die Verstaatlichung war eine große Freude für uns, aber - wir wollen die Produktion kontrollieren. Warum soll das nicht über die revolutionären Räte geschehen? Unterstützt die MFA diese Räte?

Der zweite wichtige Punkt sind die Säuberungen. Hier muß noch viel geschehen. Derjenige, der eingangs geredet hat, hat viel dazu beigetragen, daß dieser Betrieb nicht rentabel gearbeitet hat. Wenn solche Leute offen uns gegenüber sind, wenn sie mit offenen Karten spielen, sind wir bereit, sie zu tolerieren.

Arbeiter: Die Arbeiterkommissionen haben sich bisher geweigert mit den Gewerkschaftskommissionen zusammenzuarbeiten. Ich frage also: Welche Aufgabe hat also die Gewerkschaftskommission?

Intersindical: Es ist Platz für alle da. Die Gewerkschaftskommissionen haben bisher nicht viel gemacht, sie wollte die A.ko. nicht beleidigen. Beide sollten sich näher kommen.

MFA: Wir intervenieren hier nicht innerbetrieblich.

Arbeiterko: Kommen nach vorn, viel Beifall.

Dies ist eine Aufklärungsveranstaltung der MFA und deshalb ist es nicht der Moment, der MFA innerbe trieb liche Kämpfe zu erklären, das ist eine Sache, die die Arbeiter unter sich diskutieren müssen, deshalb nehmen wir hier nicht Stellung. (Sie treten ab)

(mittags war ein Betriebsunfall, einige verlassen die Versammlung, um Blut für den Kollegen zu spenden.)

Arbeiter: Früher konnten nur diejenigen Delegierte wählen die einen extra Ausweis haben. Bezahlen tun alle den Gewerkschaftsbeitrag. Warum soll diese alte Regelung weiter bestehen?

Verw.ko.: Die Gewerkschaftsdelegierten haben sich entschlossen, daß das bis zum 31.1. des nächsten Jahres erst mal weiter so bleibt.

Arbeiter: Viele hier haben gesagt, daß ich ein Scheißkerl bin. Ich bin froh, daß die MFA da ist, und daß ich hier mal vor allen was sagen kann. Bei der letzten Versammlung hat einer vorgeschlagen, daß alle den gleichen Lohn kriegen sollen. Ich meine, das gibt es doch in keinem anderen Land, das geht doch nicht.

Es erhebt sich ein Wutanfall, man lacht ihn aus und zeigt ihm nen Vogel.

MFA: Jetzt nach der Verstaatlichung werden die Profite für Lohnzahlungen benutzt und zwar für die, die am wenigsten haben. Lohnunterschiede kann man nicht von heut auf morgen abschaffen. Auch in Cuba, wo es noch keinen richtigen Sozialismus gibt, gibt's noch Lohnunterschiede

Arbeiter: Die Gewerkschaft vertritt nicht die Arbeiter, das würde sie erst tun, wenn die Gewerkschaftsvertreter nicht nur immer an sich selbst denken würden, sondern an die Arbeiter.

Arbeiter: Ich finde, die Stechuhr gehört abgeschafft, ich bin allerdings auch dafür, daß es ein Strafsystem für die geben muß, die immer krank feiern. Es gibt zu viele Opportunisten. Bisher gab es ja keine Lohnfortzahlung in solchen Fällen, aber jetzt ist sie ja wohl eingeführt. Man muß aber auch sagen, daß viele tatsächlich krank sind, denn die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Von 4.5oo Arbeitern arbeiten nur 15o unter idealen Sicherheitsvorkehrungen.

Arbeiter: (wendet sich mit dem Gesicht zur Fahne hinter den Podium) Erst mal finde ich, sollten wir nicht immer mit dem Gesicht zur Fahne sprechen. Ich spreche mit dem Gesicht zur Fahne, weil sie jetzt zum ersten Mal frei ist. In der Siderurgie Nacional gab es Säuberungen d.h. die Leute haben die Plätze gewechselt und 300 - 400 Esc. mehr bekommen. Ich frage mich, ob das gut ist für die Arbeiterklasse.

Arbeiter: Die Gewerkschaftsvertreter kommen nur einmal zu uns, um den Beitrag abzuholen, jetzt reden sie von Demokratie. Die Bosse sind die alten geblieben, weiß das die MFA denn nicht? Es gab Leute, die 160 000 Esc. verdient haben und diese Leute haben gegen mich geschimpft, wo ich 6000 verdiene. Das sei zu viel. Solange es noch Faschisten in der Verwaltung gibt, solange kann man nicht weitergehen.

MFA: Es gab schon vor dem 11. März eine 2. Säuberungswelle. Aber wir müssen alles gut bedenken: einige sind nur Opfer gewesen und sie haben jetzt große Probleme in ihrer Familie.



Arbeiter: Warum ist in einem Sektor die Produktion so zurück gegangen? Vor dem 25.April haben wir es nicht gewußt und jetzt wissen wir's auch nicht - es hat zwar eine Mitteilung gegeben, aber die erklärt nichts. So geht das nicht weiter, daß ihr da oben das alles allein ausmauschelt!

Verw.ko.: Sie ist wegen finanzieller Schwierigkeiten zurückgegangen. Bis zur Nationalisierung wurde 1 Milliar de investiert und 1 Milliarde für Reparaturen ausgegeben Im Moment wollen wir keine Hauptausgaben mehr machen - Na ja, ich meine, es ist nicht so rentabel, was zu produzieren, wo man nicht weiß, ob es sich auch verkaufen läßt.

Arbeiter: Ich habe eine persönliche Frage über einen, der war vom PIDE. Der fiel zwar unter die Säuberung, kriegt jetzt aber einen Posten in Porto und noch mehr Lohn.

Verw.ko.: Da haben wir keine Informationen.

Arbeiter: Warum werden immer noch außerbetriebliche Techniker herangeholt? Die Arbeiter sind bereit technische Aufgaben selbst zu übernehmen, das geht schneller, billiger und schafft uns Arbeit. Wenn das nicht möglich ist, gibt es doch keinen Sozialismus!

Verw.ko.: Also, was mich betrifft, ich wäre natürlich grundsätzlich dafür. Das wird alles in Zukunft sowieso einfach, denn die Fabrik gehört ja den Arbeitern.

Arbeiter: Aber wenn Sie schon gewählt sind, müssen Sie doch Ideen entwickelt haben, wie das Problem mit den Fremdaufträgen zu lösen ist, oder wollen Sie uns genauso ausbeuten, wie die von früher?

Verw.ko.: Man sollte dies alles doch auf der nächsten Betriebsversammlung weiterdiskutieren, wo jetzt die MFA hier ist. Soviel kann ich aber sagen: in Zukunft werden die Reparaturaufträge, soweit das möglich ist, von Vertriebsmannschaften der Siderurgia übernommen und nicht nach auswärts vergeben.

(Viel Beifall, eine wichtige Zusage ist gemacht)



Arbeiterin: Genau dazu muß ich noch sagen: es gibt in diesem Betrieb eine Wäscherei, die voll eingerichtet ist, da wurde viel reininvestiert. Aber diese Wäscherei ist geschlossen, die Wäsche wird in eine Fremdwäscherei weggegeben. Da arbeite ich. Das ist doch Scheiße, - ich will zu diesem Betrieb gehören.

Arbeiter: (Der auf der letzten Versammlung gleichen Lohn für alle gefordert hat) Am gleichen Tag, wo hier die Versammlung der Arbeiter beschloß, den Mindestlohn auf 8 000 Esc. und den Höchstlohn auf 20 000 Esc. festzusetzen, hat die MFA Lohnforderungen in verstaatlichten Betrieben als Boykott erklärt. Was soll das heißen?

MFA: Wir nennen nur das einen Ökonom. Boykott, wenn Lohnforderungen in einem Betrieb gestellt werden, der kurz vor der Nationalisierung steht. Die Folge ist nämlich, daß der Kapitalist den Lohnforderungen natürlich nachgibt. Boykott ist auch, wenn bei der Schiffsgesellschaft, z.B. bei den Schiffsarbeitern, wo die Schiffe Rohstoffe an die S.N. liefern, die Forderung einer 40 Std.Woche erhoben wird. Diese Arbeiter gehören schon zu den höchstbezahlten (1 000 DM umgerechnet). Da für die Rohstofflieferung 56 Std. gearbeitet werden muß, müssen dann bei einer 40 Std.Woche, 16 Std. als Überstunden bezahlt werden. Die Folge für die S.N. liegt auf der Hand.

Arbeiter: Eine Frage an die MFA: Warum werden die Rohstoffe noch aus den USA importiert und nicht aus dem Ostblock oder Europa?

Ver.ko.: Erst muß der Ofen repariert werden und jetzt lohnt es sich nicht, zu importieren, weil die Nachfrage um 30% zurückgegangen sind. Wir verkaufen allerdings schon an Polen, Rumänien und CSSR und an Lybien und Algerien soll auch geliefert werden. Die Verw.ko. erarbeiten gerade einen Bericht über die wirtschaftliche Verflechtung, Investitionen wirtschaftlicher Gestaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dieser Bericht wird an alle Arbeiter verteilt.

MFA: Die Fragen der Arbeiter richten sich alle an die Betriebsleitung: Wenn die Arbeiter hier wenig mit der MFA reden, dann zeigt das nur, daß sie wissen, auf welcher Seite der Barrikade die MFA steht.

Einer der wichtigsten Punkte für die nächste Zeit wird wiederum die Säuberung sein, denn sie betrifft nicht nur die Menschen, sondern auch die Strukturen, sie trifft nicht nur auf die da ganz oben zu, sondern auch auf die Mittelschicht. Bei der Frage der Entschädigung bei Enteignungen müssen wir die Unterschiede sehen. Bei Großbetrieben wie hier gibt es keine Entschädigung für den Kapitalisten. Anders ist es aber z.B. bei Kleinaktionären in verstaatlichten Banken. Die Arbeiter dieses Betriebes sind stets sehr wachsam gegen die Reaktion gewesen. Sie sollen es bleiben!



# Produktionsschlacht

PROBLEME VON PORTUGAL ALS ÜBERGANGS-GESELLSCHAFT : KRISE, PRODUKTIONSSCHLACHT UND KONTROLLE DER ARBEITER ÜBER DIE PRODUKTION

Wenn die Leute nichts zu fressen haben, steht es schlimm um die Revolution!
Das ist eine Erfahrung, die sich zuletzt in Chile bewahrheitet hat, wo die Krise, produ ziert vom internationalen Kapital, Grundlage des faschistischen Putsches war.
Für ein Portugal im revolutionären Prozeß bedeutet die ökonomische Krise, daß sich die Weichen für die Zukunft stellen. Hier, wie überall dort, wo die Zerstörung alter Strukturen der Ausbeutung nicht eindeutig vom sogenannten fortschrittlichen Kapital aufgefangen werden kann, zeichnet sich ein Produktionsrückgang ab. Dieser ist die Folge aus zwei Momenten , die mit dem revolutionären Prozeß seit dem 25.April einhergehen:
zum einen hat von der neuen Arbeiterbewegung ein Angriff auf das gesamte Kapitalverhältnis begonnen. Die Industrie- und Landarbeiter stecken ihre Energie ins Kämpfen und Diskutieren und nicht mehr in die pure Anstrengung kapitalistischer Warenproduktion, d.h. eine politisch bewußte Arbeiterbewegung, die sich nicht mehr mit Lohnforderungen und neuen Herren zufriedengibt, die Kontrolle über die Produktion will, ist nicht mehr beliebig auspreßbar oder produktiv im Sinne kapitalistischer Mehrwertproduktion .
zum andern reagiert auf eben diese Entwicklung das internationale Kapital - im Fall Portugal - mit zwei Techniken, den Abtrünnling im Süden Europas heimzuholen: ökonomischer Boykott (USA-Imperialismus) , "Entwicklungshilfe" (BRD-Imperialismus) .
Diese Entwicklungshilfe ist zwar angekündigt, vorerst läßt man den Aspiranten aber noch ein bißchen zappeln Das Kapital zieht sich zurück, um dann unter besseren Konditionen wieder reinschlagen zu können,. In der durchaus flexiblen , "partnerschaftlichen" Strategie des BRD-Imperialismus ist die Krisensituation in Portugal ein angemessenes Einfallstor für eine sozialdemokratische Lösung.
Gerade wenn man um die Gefahr einer solchen Lösung weiß, wird man feststellen, daß in der gegenwärtigen Lage in Portugal zumindest die Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus für den revolutionären Prozeß notwendig, ja allebenswichtig ist, das bedeutet in der ökonomischen Krise, daß ein Widerspruch entsteht, zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der autonomen Arbeiterbewegung , wie sie in den Kämpfen artikuliert werden, und den Notwendigkeiten der nationalen Produktion.

Das ist das Problem.
Die PC, Regierung und Teile der MFA versuchen, einen Produktionsrückgang aufzufangen, indem sie zur Produktionsschlacht läuten. Von den beiden Bedingungen, die diesen Rückgang provoziert haben (Angriff auf die kapitalistische Arbeitsorganisation und Strategie des internationalen Kapitals) nehmen sie sich die zweite heraus und begründen damit die Notwendigkeit technokratische Strukturen einzuführen, über die ermöglicht würde, den Produktionsabfall aufzufangen, so suggerieren daß Arbeitsintensivierung die Löcher füllen könne, die Kapitalflucht etc. gerissen haben.
Wenn zur Produktionsschlacht in einer Übergangsgesellschaft geblasen wird, leuchten in unseren Köpfen sofort die roten Warnlämpchen auf. Wir haben die historische Erfahrung der Russischen Revolution mehr oder weniger im Kopf, haben aber alle miterlebt, mit welchen Formen und mit welchen Konsequenzen für eine Arbeiterbewegung die Militarisierung der Produktion in der DDR durchgezogen wurde. Das war nicht nur Mehrarbeit, sondern eine neue Form von Ausbeutung , mit "Helden der Arbeit" , d.h. neuer sozialistisch verbrämter Konkurenz und das hieß, Ersticken aller autonomer Kämpfe, Ausverkauf der Revolution an den revisionistischen Weg oder schlimmeres.
In Bezug auf den revolutionären Prozeß in Portugal sollten wir allerdings vorsichtig sein, wegen dieser Erfahrung das, was unter dem Schlagwort „Produktionsschlacht" zusammengefaßt ist, als bloßen Versuch zu sehen




die Arbeiterbewegung zu drosseln, wir sollten sehen, daß diese Strategie nicht bloß eine typische PC-Machenschaft ist, sondern daß sie gerade deshalb gefährlich werden kann , weil sie auf ein sehr reales Problem antwortet: auf die Gefahr des Produktionsrückgangs nämlich, der neben Gründen wie Kapitalflucht eben nicht zuletzt immer dann eintritt, wenn bei noch kapitalistisch bestimmter Produktivität der Kampf der Arbeiter über die Lohnebene hinausgeht und zum Angriff auf die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation wird, wie in Portugal geschehen.
Gerade diese Qualität der Kämpfe hat der Revolution in Portugal eine Lebenschance gegeben, hat nicht zuletzt die Radikalisierung von Teilen der MFA bewirkt und hat die Möglichkeit eröffnet, daß das ökonomische Überleben Portugals nicht in die Hand einer bürokratisch verordneten Produktionsschlacht gegeben wird.
Wenn es nämlich gelingt, daß sich die Kämpfe der Industrie- und Landarbeiter nicht nur auf der Ebene des einzelnen Betriebs oder auf Branchenebene radikalisieren - wie bisher geschehen - sondern wenn sich in ihnen ein Bewußtsein von der nationalen Ebene der Ökonomie, ihren Strukturen und auch ihren Notwendigkeiten herausbildet, wenn sich Organe von Poder Popular zu Organen von Produktionskontrolle entwickeln, die auf der Ebene von Nationalökonomie (etwa über Interkommissionen) bestimmen, was produziert wird, wie und für wen dann könnte Produktionsschlacht etwas anderes bedeuten als das was oben beschrieben wurde.
(Aus der 176igsten Nummer der französischen Zeitung "Politique Hebdo" : "Wie aber können die Arbeiter für die Produktionsschlacht mobilisiert werden, ohne daß ihnen die reale Macht gegeben wird, selbst über notwendige Opfer zu entscheiden?")
Einsicht in die Notwendigkeit, ein Produktionsniveau zu sichern und Entfaltung von Produktionskontrolle sind zwei Seiten, die sich sicher nur über so etwas wie einen kulturrevolutionären Prozeß vermitteln lassen. Dabei würde sich sicher auch das verändern, was Produktivität der portugiesischen Wirtschaft bisher war, eine Produktivität, die durch kapitalistische Rationalität bestimmt war .
Der innere Markt ist absolut kolonialisiert. Weite Teile der Landwirtschaft liegen brach, es wurde zum Beispiel Kork angebaut für den Export und damit verhindert, daß sich eine landwirtschaftliche Selbstversorgung entwickeln konnte. In der Landwirtschaftskooperative "Roter Stern" hat schon begonnen, was Selbstbestimmung der Produzenten über ihre Produkte bedeuten kann.
Die Arbeiter drosselten die Korkproduktion und begannen Getreide anzubauen,. Für die Landwirtschaft ist eine Umstrukturierung der Produktion möglich, eine weitgehende Selbstversorgung Portugals an landwirtschaftlichen Konsumgütern ist möglich und auch nötig, Produktionskontrolle und kollektive Formen von Arbeitsorganisation können sich entfalten. Schwieriger wird eine entsprechende Vorstellung für die große Industrie, die weiterhin für den Weltmarkt produz ieren muß , wo ein Aufknacken der kapitalistischen Form der Arbeitsorganisation nicht denkbar scheint.
Das Verhältnis von kapitalistischer Produktivität und neuen Formen der Arbeitsorganisation bezeichnet das Problem einer Übergangsgesellschaft, für deren Analyse es keine marxsche Methode gibt, es gibt nur Erfahrungen und Modelle. Man hört, daß sich die Portugiesen bald an diesem bald an jenem Modell orientieren . Das letzte Gerücht: Kuba. Schwierig wird eine solche Orientierung auch dadurch, daß man Erfahrungen bald so, bald anders auswerten kann. Eins unterstellen wir aber: Wenn sich der Kampf als radikaler und widersprüchlicher Prozeß trotz Krise und imperialistischer Gefahr weiter entwickeln kann , wenn der Arbeiterklasse Zeit bleibt, zu experimentieren, so heißt das zugleich, daß sich ihre Fantasie entfalten kann , und diese Fantasie ist allerdings eine Produktivkraft.

# ANGOLA
## ein neues Vietnam -?-

In Angola herrscht offener Krieg. In Luanda und im Nordosten des Landes hat es in den vergangenen Wochen fast 10 000 Tote gegeben. Die Zeitungen schreiben, es handele sich um Bürgerkrieg oder sogar "Bruderkrieg der drei rivalisierenden Befreiungsorganisationen: der MPLA, der FNLA, und der UNITA". Das portugiesische Militär in Angola - immerhin noch 25 000 Mann - verhält sich "neutral"...
Ein Appell, den linksradikale Organisationen - wie LUAR, MES und FSP - am 13. Mai an den Revolutionsrat der MFA richteten, verweist auf die tatsächlichen Vorgänge in Angola.
Die MFA wird aufgefordert, "die spinolistische, neokolonialistische Lobby" in den dort stationierten Streitkräften, vom hohen Kommisaar, Silva Cardoso, bis zu den niederen Offiziersrängen hin aufzulösen und zu entfernen. Dasselbe gilt für den Minister der "interterritorialen Koordination", Almeida Santos, und die zahlreichen ehemaligen PIDE-Agenten, die bislang unbehelligt bliegen. Die FNLA und die Unita sollen gemeinsam von der Armee und der MPLA entwaffnet werden. Die Geheimabkommen dieser "Befreiungsbewegungen" mit dem CIA und der PIDE (vor dem 25.April 74) sind zu veröffentlichen...
Diese Forderungen wurden druch eine Anti-Imperialismus-Woche (31.Mai -4.Juni) mit Massenkundgebungen und Demonstrationen in Lissabon unterstützt.
LUAR, MES, FSP, später schlossen sich auch die MDP und die PCP an, Delegationen der PLO, der lateinamerikanischen "Koordinationsjunta"(MIR/ERP/ELN/MLN), der baskischen ETA, der FRELIMO, PAIGC und MPLA, - feierten den Sieg der indochinesischen Revolutionäre und warnten zugleich vor der Gefahr eines neuen Vietnam in Angola!
Der 25.April 74 und die darauf folgende Entwicklung, stehen in engem Zusammenhang mit dem antikolonialen Kampf in Guinea-Bissao, Mozambique und Angola. Die 13 Jahre Guerillakrigg zerrütteten die ohnehin rückständiege Wirtschaftsstruktur Portugals. Die heutigen ökonomischen Schwierigkeiten sind ein Vermächtnis des Kolonialkrieges und des Staatsbankrotts unter Caetano Ende 1973.
Der Krieg zerstörte auch das alte Selbstverständnis und die Loyalität der Armee. Es ist ja bekannt, daß sich mit der Aufblähung der Streitkräfte auf 200 000 auch die soziale Zusammensetzung des Offizierscorps veränderte. Die Söhne von Pächtern, Kleinbauern, aus städtischen, kleinbürgerlichen Familien wurden eingezogen. Teilnehmer der Portugiesischen Studentenrevolte 1968/69/70 kamen in die Armee. Die Armee wurde zu einer Art Volkshochschule für Jugendliche ohne sonstige Bildungsmöglichkeiten. Dies betraf auch die politische Bildung. Zur Pflichtlektüre der Anti-Guerilla-Ausbildung gehörten Schriften von Cabral, Castro, Debray und Che Guevara um "Die Strategie des Gegners kennenzulernen". Soldaten und Offiziere mußten gegen die Bevölkerung kämpfen, deren soziale und politische Unterdrückungssituation in vielem an die eigenen innerportugiesischen Verhältnisse erinnerte.
Ramiro Correira, Mitglied des Revolutionsrates und Leiter der "kulturellen Dynamisierungskampagne" auf dem Land, faßt seine dort gemachten Erfahrungen zusammen:
"Die meisten Regionen Portugals befinden sich nicht in einem Zustand, der dem Typus einer Kolonialgesellschaft entsprich cht!" (in: Politique hebdo -Nr. 172/75)
In der Entphase der Auseinandersetzung mit den Befreiungsbewegungen wurde dann der letzte patriotische, "lusitanische" Vorwand des Krieges ad absurdum geführt. Die Soldaten erhielten zum Teil direkt von den internationalen Konsortien - Cabora Bassa-Projekt, in Cabinda, im Lobito-Eisenerz-Distrikt etc - ihre Verpflegung, Ausrüstung, Munition und den Sold. Für den Politisierungs- und Radikalisierungsprozeß der Armee sind so in Schwarzafrika die ersten entscheidenden Weichen gestellt worden(.
Gleichermassen wichtig, wenn auch verwickelter, ist die ökonomische Interdependenz zwischen Portugal und seinen (ehemaligen) Kolonien. Man muß dazu - und zum Verständnis der aktuellen Auseinandersetzungen in Angola - Momente der "Vorgeschichte" rekonstruieren: Interne Unterentwicklung in Portugal und ein "Ultra-Kolonialismus" (Perry Anderson) in Schwarzafrika bedingten einander. Das Land mit der niedrigsten Kapitalakkumulation in West- und Südeuropa, war in seinen Kolonien auf das Zwangsarbeitssystem, die primitivste und extremste Form kolonialer Ausbeutung, angewiesen. In "terms of trade" ausgedrückt, hieß das: Durch den "Verleih" von mosambiqueschen Arbeitern an Südafrika und Rhodesien und den Außenhandelsüberschuß, den Angola von 1930 bis 1967 erwirtschaftete, wurde die notorisch defizitäre



Dieses System wurde durch einen Protektionismus, der ein Einfließen von Fremdkapital ins "Mutterland" und seine "Überseeprovinzen" ungemein erschwerte, eingefroren.

Salazars fossile Politik paßte nach dem zweiten Weltkrieg durchaus nicht mehr in das Rohstoffkonzept des "modernen" westlichen Kapitalismus. Im Fall von Angola war das besonders störend, denn dort gibt es fast alles, was an Mineralien, Eisen- und NE-Erzen interessant ist: Erdöl, Diamanten, Gold, Kupfer, Mangan, Uran. Daneben agrarische Monokulturen: Kaffee (heute ausschließlich für "Maxwell" und Nescafé"), Baumwolle, Sisal. Südafrika suchte einen kontinentalen Markt für international noch nicht konkurrenzfähige Industrieprodukte.

Die USA, Japan, die BRD und Frankreich klopften an die Tür. Zunächst "subversiv". Über ein "American Comitee for Africa" wurde 1954 in Leopoldsville (heutiges Kinshasa) die UPNA ("Union des nordangolesischen Volkes") unter Holden Roberto aufgezogen, dem späteren FNLA-Führer. Die UPNA war eine rassistische und tribalistische Rechtsorganisation, die deklassierte Flüchtlinge des nordangolesischen Bakongo-Stammes rekrutierte. Sie war und ist seit ihrer Gründung mit den CIA-Leuten in Kongo/Zaire liiert. Zuerst mit Adoula, dann mit Mobutu (Holden Robertos Schwager). Diese CIA-Subversion war Bestandteil einer klaren politischen Strategie. Die alten Kolonien sollten "Dekolonisiert" werden, die Direktherrschaft der Belgier im Kongo und der Portugiesen in Angola sollte einer formalen nationalen Unabhängigkeit weichen.

Die internationalen Kapitalgesellschaften wollten sich die Region zur ökonomischen und neokolonialen Durchdringung aufschließen. Die Salazaristen haben das sehr wohl durchschaut:

"Was einmal freier Zugang aller zu den kolonialen Märkten hieß, heißt heute Entkolonisierung. Und auf dem frei zugänglichen Markt, für den die moderne Terminologie den Ausdruck politisch unabhängiges Territorium setzt, besteht dann die sogenannte Geleichheit des Zugangs - de facto - in der Vorherrschaft jener Mächte, deren finanzielle und industrielle Mittel übermächtig genug zur Ausschaltung fast aller Konkurrenten sind... Damit beantworten wir schon die Frage, wessen Interessen gedient sei, wenn wirtschaftlich schwächere Besitzer von Überseegebieten sich dazu bewegen lassen, diesen politische Autonomie zu verleihen..."! (in: A. Moreira: Portugiesische Überseepolitik/ Lisboa, 1963).

Das Festhalten an den Kolonien war die conditio sine qua non des erstarrten faschistischen Repressionssystems und der "Grossen Acht", der beherrschenden portugiesischen Familienkonzerne. Es heißt darum auch in derselben Studie: "Das Schicksal Portugals wird heute in Angola entschieden". Der Sturm der MPLA auf das politische Gefängnis von Luanda und der anschließende Aufstand der Zwangsarbeiter auf den Kaffeeplantagen, beendete diese "Kolonialidylle". Salazar wurde in einen Guerillakrieg verwickelt, der das Regime - auf sich gestellt - nicht finanzieren konnte. Es opferte seine "Selbständigkeit", um sich die Kolonien und damit das eigene Überleben zu erhalten. Das Investitionsgesetz von 1937 war jetzt nur noch Makulatur. Die Multis eroberten sich Angola: Die CHASE MANHATTEN-Bank zusammen mit der GULF-OIL die Cabinda-Enklave mit einer Jahresförderung von 155.000 barrels Erdöl. (Soll sich 1975/76 verdoppeln - und damit die Gesamtförderung Nigerias erreichen.).

"Im Nordosten des Landes sucht die südafrikanische "DE Beers"-Gruppe nach Gold und Diamanten und hat aus Sicherheitsgründen auf dem Gelände eine modern ausgerüstete Armee mit Düsenflugzeugen aufgestellt. Die Schürfrechte für 81% des angolanischen Territoriums werden von DIAMANG kontrolliert, einer Gesellschaft, mit englischen, amerikanischen, belgischen und südafrikanischen Geldgebern. - Der angolanische Kaffeeanbau wird






zu 80% von der CADA gesteuert, die Aktienmehrheit findet sich in den Händen einer französischen Bank". (FR vom 12.4.75)

Beim Mangan-, Kupfer- und Uranabbau kooperieren amerikanische, japanische und westdeutsche Gesellschaften. Die "Companhia Mineira do Lobito" im Südwesten, wird zwar von portugiesischen Strohmännern geleitet, doch zu 90% von Krupp kontrolliert. usw.usf. Die westlichen Dekolonisierer schlossen ihrerseits Kompromisse. Auf den Befreiungskampf der MPLA hatten sie keinen Einfluß (ebensowenig auf die PAIGC, die 1963, - und die FRELIMO, die 1964 die ersten Angriffe eröffnete). Ende 1961 griffen zwar FNLA-Einheiten vom Kongo aus in die Kämpfe ein; Holden Robertos Kampfaufruf ließ aber keinen Zweifel offen: "Bakongos - Tötet alle Weißen, alle Mischlinge, alle, die Lesen und Schreiben können - und alle Mitglieder der MPLA!" (nach: Politique Hebdo/Nr. 176/75)

Die FNLA, als nationale "Befreiungsbewegung" gegen den alten portugiesischen Kolonialismus initiiert, wurde zum internen Repressionsinstrument gegen die MPLA umfunktioniert. Für die "Angolisierung" des Krieges nach der "Unabhängigkeit" dieser schwarzafrikanischen Region waren schon 1961 alle Voraussetzungen geschaffen. (Der belgische Kongo - die Liquidierung Lumumbas, die Ausschaltung des von Brüssel gesteuerten Tshombe und die Einsetzung der CIA-Kreatur Mobutu - lieferten das Modell!)

**Wie vermittelten sich die Auseinandersetzungen in den Kolonien zur innerportugiesischen Entwicklung?** Robin Blackburn (in New Left Review/Nr. 87-88/74): faßt für die Periode von 1961 bis zum April-Putsch zusammen: "Um sein Kolonialreich zu verteidigen, wurde der portugiesische Kapitalismus gezwungen, die Kolonisierung von vielen Sektoren seiner eigenen Industrie zuzulassen".

Der "Modernisierungs"- und Industrialisierungsprozeß im vergangenen Jahrzent war gleichermaßen ein Produkt multinationaler Investitionen (nachdem der Protektionismus aufgegeben werden mußte), ITT, Timex, Ford, Hoechst, Grundig, Siemens, Renault, British Leyland, Hitashi u.a. nutzen das Reservoir eines Überangebotes an wohlfeilsten Arbeitskräften. Einige der "Großen Acht" fusionierten mit den Multis, so die portugiesische CUF mit holländischen und schwedischen Werften zur LISNAVE, der weltgrößten Reparaturwerft... Die Landbevölkerung wurde "freigesetzt" (ihr Anteil sank von 43% 1960 auf 31% 1970). Die Industriearbeiterschaft wuchs (von 25% auf 36%) - aber nicht schnell genug. Zur Zeit des "portugiesischen Wirtschaftswunders" mußten eineinhalb Millionen Arbeitsemigranten in die EG-Länder gehen - ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. Portugal wurde selbst zum Objekt neo-kolonialistischer Ausbeutung - ohne eigene Produktionsmittelindustrie, ohne entwickelten inneren Markt und ohne einen eigentlichen kolonialen Absatzmarkt, da das Zwangsarbeitssystem dort unangetastet blieb. Die Exportrelationen zu den Kolonien fielen in diesem Jahrzehnt kontinuierlich. Ab 1967 konnte via Angola die portugiesische Handelsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden. Die Konterrevolution fraß ihre eigenen Väter!

Multis, "moderne" portugiesische Kapitalisten und ihnen verbundene Persönlichkeiten vom Range Spinolas wollten die alten Fesseln des Salazar-Caetano-Regimes abstreifen. Die nackte, politische Repression, das katastrophale Ausbildungssystem etc. waren zu schlechte Voraussetzungen für eine Integration in die EG und das westliche Wirtschaftssystem. Ihr anfängliches Bündnis mit der MFA läßt das Mißtrauen vieler Linker gegenüber dem 25.April 74 als begründet erscheinen.

Die Radikalisierung in der MFA war ein Reflex der sich entwickelnden Massenbewegung in Portugal und der nationalen Befreiung in Afrika. Die Revolutionierung im Inneren und die tatsächliche Dekolonisierung im Äußeren bestimmen den portugiesischen Prozeß. Die Ausschaltung der Spinolisten nach dem 28.September 74 und dem 11.März 75, bedeutet zugleich eine Niederlage für alle föderativen, panportugiesischen Phantasien, wie sie Spinola in seinem Buch "Portugal und seine Zukunft", vertrat. Die scheinbare Progressivität der "antidiktatorischen Demokraten" und der neokolonialistisch orientierten Gegner des "Ultra-Kolonialismus" war entlarvt. Ihre Parteigänger sind in der Defensive, doch noch nicht geschlagen. Soares' sozialdemokratische Offensive im Inneren, Cardosos und Santos "Neutralität" in Angola zeigen das. Die Absetzung der letzteren ist eine Machtfrage, die die MFA bis jetzt nicht eindeutig lösen konnte...

Dabei ist die Strategie der Westmächte und internationalen Konsortien dort leicht durchschaubar. Man hat aus der portugiesischen und vietnamesischen Erfahrung direkter militärischer Intervention gelernt. Die FNLA wurde sofort nach dem 25.April 74 auf 32.000 Mann aufgestockt (zwei Drittel der FNLA bestehen ohnehin aus kongolesisch-zairischen Einheiten) und modernst aufgerüstet. Mobutu, der CIA - und - chinesische Militärkredite und 150 Instrukteure, machten es möglich. Die FNLA überschritt die Grenzen von Zaire nach Angola, und beteiligte sich "wieder" am Unabhängigkeitskampf - siehe 1961! Angriffsziel - die angeblich "ostblockorientierte " MPLA, die in fact genauso wenig "russifiziert" ist, wie die FRELIMO, die PAIGC, die PFLOam arabischen Golf, die PLO im Nahen Osten, die FNL in Vietman usw. - sondern von dort her ihre Waffen beziehen, nachdem die Eingleisigkeit chinesischer Außenpolitik zu einem Lieferstop aus Peking geführt hatte. Die MPLA hat die Hauptlast des Befreiungskrieges getragen, durch sie sind die angolesischen Massen politisiert und in Basis- und Revolutionskomitees organisiert worden. Sie ist die alleinige sozialistische Alternative zu einem formal unabhängigen Regime à la Mobutu. Das Mittel der FNLA dagegen ist der nackte Terror, die Liquidierung aller erreichbaren MPLA-Mitglieder und -Sympathisanten, die Einschüchterung des Volkes durch wahllose Erschießungen, Überfälle auf Hospitäler usw. Das in konzertierter Aktion mit der "dritten, neutralen, vermittelnden" Kraft, der UNITA, gegründet vom ehemaligen "Außenminister" der FNLA-"Exilregierung", Dr. Savimbi, und vormals aus PIDE-Mitteln finanziert. Die UNITA, zahlenmäßig und militärisch unerheblich, läuft als "Alternative" zu den beiden "großen Rivalen und als Vekikel zur politischen Desorientierung in einer Situation der Angst und Unsicherheit. Ein ähnlicher Versuch ist die Neugründung einer Befreiungsfront für die Enklave Cabinda (FLEC) durch die ehemaligen FNLA-Mitglieder und PIDE-, bzw. CIA-Agenten Alexandre Taty und Stevenson Barber, die die nationale Unabhängigkeit und Loslösung Cabindas von Angola betreiben. (Ein Apperçu zu dieser neokolonialistischen Strategie ist das Auftauchen einer "Befreiungsbewegung für die Azoren", nachdem die Lissabonner Regierung den USA die Zwischenlandung dort im Falle eines erneuten Nahostkrieges untersagt hat. - Auf den Azoren gibt es nur Portugiesen!)...



Während der Portugal-Woche hier in Frankfurt sagte Camillo Mortagua von der LUAR in einem Interview mit dem Diskus, dem Informationsdienst und der WWA: "Unsere Position zur Dritten Welt ist klar. Unser Prozeß hängt direkt davon ab, was in den ehemaligen Kolonien passiert. Angola ist der neuralgische Punkt. Wenn Angola zum Sozialismus kommt und wir gute Beziehungen aufbauen können (in Mozambique und Guinea ist das gut gelaufen), auch der Rohstoffe wegen, können wir selbst bei einem Boykott des Westens vorwärtskommen. Wenn das klappt, können auch unsere Beziehungen zu den arabischen und afrikanischen Ländern gut werden".

In Angola wird aktuell ein neues Vietnam inszeniert. Von seinem Ausgang hängen nicht allein Umwälzung und Übergreifen auf Zaire oder konterrevolutionäre Befriedung in dieser Region ab, sondern auch die Chancen des portugiesischen Revolutionsprozesses selbst.

# GOLPEAR EL GOLPE

## –Gegen den Putsch putschen–

### Militanter Antifaschismus in Portugal und Italien

Heute wird der Faschismus anders gemacht als vor fünfzig Jahren. Die bürgerliche Reaktion kann nicht mehr mit denselben Waffen opperieren, wie damals, um das selbe Ziel, nämlich den militärischen Sieg im Klassenkampf, zu erreichen.
Damals konnte sich die Reaktion durchsetzen, als ein starkes und aufstandartiges Anwachsen der Klassenkämpfe (bis zur punktuellen Machtergreifung) zerschlagen wurde, breite Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums und halbproletarischer Massen gegen die Demokratie aktiviert und auf Betreiben des Großkapitals arbeiterfeindliche Freikorps gebildet wurden. So wurde der bürgerlich - demokratische Staat zersetzt und dem Faschismus übereignet.

Damals war das imperialistische System durch die Auswirkungen des ersten Weltkrieges soweit geschwächt und zerrissen, das jeder reaktionäre Prozeß mehr auf den inneren als auf den äußeren Rückhalt zählen mußte.
Heute ist die Situation wesentlich anders. Die Arbeiterklasse hat in Europa - wenn auch in den verschiedenen Ländern ungleichmäßig - eine ganz andere politische und materielle Stärke, die Krise des imperialistischen Systems verläuft nicht plötzlich und zusammenbruchartig, sondern zieht sich langfristig hin und die Veränderungen in der Klassenstruktur sowie die politische Polarisierung machen es sehr schwer und in vielen Ländern praktisch unmöglich, eine breite faschistische Massenbasis zu gewinnen; selbst die Vereinheitlichung der Bourgeoisie ist auf Grund widersprüchlicher Interessen (z.B. zwischen mehr autonomen und mehr US-abhängigen Fraktionen) schwieriger geworden. Natürlich wird dadurch das Problem der Reaktion des Kapitals auf anwachsende Klassenkämpfe (siehe Portugal, Italien, Spanien, Griechenlans etc) nicht aus der Welt geschafft, sondern im Gegenteil verschärft, nur haben sich bestimmte Bedingungen tiefgreifend verändert: der Auslöser liegt immer mehr in den Händen der internationalen, d.h. imperialistischen Bourgeoisie und ihrer bewaffneten Werkzeuge (z.B. NATO) und die Rolle der regulären Streitkräfte (Armee, Polizei, Geheimdienste usw.) und des offiziellen staatlichen Repressionsapparates steht im Vordergrund, während die Initiativen und die Entscheidungen innerhalb der einzelnen Staaten, sowie das Gewicht irregulärer faschistischer Banden mehr und mehr ins zweite Glied zurücktreten müssen.

Daher ist es heute für das Aufkommen und die Fortentwicklung jedes revolutionären Prozesses so wichtig, den Zusammenhang zwischen der Krise des US-Imperialismus und seinen aggressiven Reaktionen darauf zu erkennen, und für die Zerschlagung, bzw. stufenweise Überwindung der Abhängigkeit vom US-Imperialismus (Austritt aus der NATO, Vertreibung amerikanischer Militärpräsenz etc.) zu kämpfen.
Nicht weniger wichtig ist es, die zunehmende politische Reaktivierung der Armeen zu sehen : In Ländern wie Italien, BRD, Frankreich, England usw. ist die Armee in der letzten Zeit in den Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen und Bestrebungen geraten und umgekehrt hat der Einfluß der Militärs auf die Politik stark zugenommen.

**Nato Übung WINTEX 75**

„Für bestimmte Kasernen muß von einer möglichen Desertionsquote von über 50% ausgegangen werden."

Herr General ! Ich hatte Ihnen ja gesagt, daß es falsch ist, nur 50% Deserteure einzuberechnen!

Aber Sie in ihrem grenzenlosen Optimismus wollten mir ja nicht glauben . . . . .

Halt's Maul und schieb weiter



Wenn wir heute die beiden neuralgischen Punkte innerhalb der Krise der imperialistischen Südeuropaflanke betrachten - nämlich Portugal und Italien, in denen die Klassenkämpfe zwar einen verschieden entwickelten und konsolidierten, aber jedenfalls sehr deutlich (für die Bourgeoisie) bedrohlichen Charakter angenommen haben und das Problem der Regierungsbeteiligung revisionistischer KPen entweder schon Wirklichkeit ist oder auf der Tagesordnung steht -dann wird klar, wie wenig akademisch und wie dringlich die Diskussion über die Formen der bürgerlichen Reaktion und die Antwortmöglichkeiten der Arbeiterklasse und des Proletariats darauf ist.
In Portugal hat die Entwicklung der letzten Tage (dieses Manuskript wurde am 17.3.75 abgeschlossen) zum zweiten Mal in verhältnismäßig kurzer Zeit (28.9.74 und 11.3.75) gezeigt, wie ein Putschversuch der Bourgeoisie siegreich erstickt und geschlagen werden kann. In Italien ist die Diskussion um die Möglichkeit eines reaktionären Putsches seit Jahren ein zentrales Thema in der Auseinandersetzung der revolutionären und konterrevolutionären Kräfte:




Ansätze dazu hat es schon mehrfach gegeben (Dezember 70: nächtliche Besetzung [handwritten insertion: des Innenministeriums] durch Faschisten und militärische Einheiten; 1974 : mindestens dreimal im Verlauf des Jahres Generalalarm in den Kasernen und putschähnliche Übungen) und wenn die Bourgeoisie selbst besonders unausgereifte Putschentwicklungen bestimmter militärischer und politischer Kreise (Carabinieri-General De Lorenze 64, die verschiedenen faschistischen Gruppen wie "Rosa dei Venti"; Geheimdienst-General Miceli, usw.) stoppt und aufdeckt, so zeugt das keineswegs etwa von der demokratischen Gesinnung dieser bürgerlichen Kräfte sondern nur von deren Überzeugung, daß ein mißlungener Putsch (siehe Portugal...) sehr teuer zu stehen kommt und besonders in einem Land wie Italien mit einer so stark entwickelten Klassenbewegung wohl unweigerlich eine derartige Antwort darauf in Gang setzen würde, daß weitere Versuche zur Rückeroberung verlorener Positionen für immer unmöglich würden.

So hat also die Diskussion um bürgerliche Putschpolitik und deren Bekämpfung nicht vor allem bei den inneren Widersprüchen der Armeen - bzw. ihrer Führungsschichten - anzusetzen, sondern in erster Linie bei dem Verhältnis, daß die Klassenkämpfe und die Klassenbewegung dazu entwickeln und dem Zusammenhang mit dem US-Imperialismus und dessen Komplizen, z.B. BRD.
Die innere Situation und die inneren Widersprüche der Armeen können zwar wichtige Voraussetzungen entwickeln, aber entscheident ist, was die Masseninitiative vor allem der Arbeiterklasse und der übrigen proletarischen Schichten , besonders Soldaten, Schüler und Studenten, hervorbringt.
Denn wenn innerhalb der Klassenkämpfe, durch direkte Mobilisierung und Eingreifen der Massen, schon geschlagene Breschen ausgeweitet oder neue aufgerissen werden, dann kann auch die innere Dynamik und Widersprüchlichkeit im Militärapparat ihre große Bedeutung haben und einen entscheidenden Beitrag leisten; wenn umgekehrt die Masseninitiative vorwiegend als Ergänzung oder verstärkender Druck gegenüber der einen oder der anderen militärischen Fraktion verstanden wird und sich deren Logik und Dynamik unterordnet, ist es wohl unvermeidlich, daß anstelle der Klasseninteressen des Proletariats korporative Anliegen bestimmter Militärs zum Bezugspunkt werden.
In den letzten Tagen haben die Massen in Portugal und in Italien auf verschiedenen Ebenen aber gleichermaßen aufschlußreich und "wegweisend" gezeigt, wie das Proletariat der bürgerlichen Reaktion die Stirn bieten kann.
In Portugal haben die aufständischen Militärs, hinter denen die inneren und internationalen Kapitalisten standen, die gerne nach dem mißglückten Steinwurf die Hand zurückgezogen hätten und die aus Spinola einen Spinochet machen wollten, in kürzester Zeit gemerkt, daß sie auf Granit bissen. Manchen schien die Haltung der Armee nach dem Erstarken der gemäßigten Kräfte innerhalb der MFA wenige Tage vor dem 11. März und der künstlich erzeugten Ungewißheit durch Gerüchte über Umbesetzungen wichtiger Kommandostellen für einen reaktionären Schlag jetzt am günstigsten. Daß die bestimmt zahlreich vorhandenen latenten Putschanhänger gar nicht erst auf den Plan treten konnten, ist nicht allein, und nicht einmal in erster Linie der Loyalität des einen oder anderen Regiments zu verdanken, sondern der unmittelbaren und sofortigen Massenmobilisierung - die allerdings auf breite und zunehmend radikalisierte Vorarbeit aufbauen konnte. Lautsprecherwagen der Linksparteien, der Gewerkschaften, der revolutionären Gruppen riefen die Arbeiter aus den Fabriken und die Schüler aus den Schulen. "Es wieder so zu machen wie am 28.September" war die allgemeine Losung und gemeint war damit, sich massenhaft auf die Straße zu begeben, Barrikaden zu errichten, gemeinsam mit den Soldaten Streifen zu bilden und verdächtige Passanten anzuhalten und zu durchsuchen; den ganzen Tag zu demonstrieren und dadurch ständig in der ganzen Stadt auf Abruf


Partisanen zur Zeit des Mussolini-Faschismus

bereit zu sein; auch auf bloße Gerüchte imperialistischer Interventionen hin sofort die nötigen Straßensperren und milizartigen Formationen zu bilden; die notorischen politischen und ökonomischen Anführer der Reaktion zu identifizieren und festzunehmen, an der Flucht zu hindern und durch Besetzung ihrer Häuser unschädlich zu machen - alles das war mit dem "28. September" gemeint "golpear el golpe": was ein Teil der revolutionären und linksreformistischen Kräfte in Chile rechtzeitig erkannt, aber nicht mehr adäquat zu realisieren vermocht hatte, das haben die Volksmassen in Portugal, mit den Arbeitern aus einigen großen Fabriken(Lisnave, TAP, usw.) und anderen wichtigen Arbeitsstätten (Banken!) an der Spitze und in einem ständig sich verbesserndem Verhältnis zu den Soldaten in diesen Tagen praktiziert. Dabei waren wesentlich qualitative Sprünge gegenüber dem 28. September da: diesmal demonstrierten die Soldaten massenhaft und bewaffnet mit den Arbeitern und Studenten und begannen Soldatenräte zu bilden (womit zum ersten Mal die proletarische Massenbasis des Heeres autonom und organisiert in den revolutionären Prozeß eingreift und die Voraussetzung zu einer von der inneren Entwicklung der MFA weitgehend unabhängigen Verbindung zum Proletariat schafft). Diesmal begnügten sich die demonstrierenden Massen nicht mehr mit der Bekundung ihres Willens, "am 25.April" festzuhalten, sondern riefen nach Bewaffnung, nach Vertreibung der NATO, nach Bestrafung und Enteignung der Faschisten und Kapitalisten, nach Verbot der Organisierung rechtsgerichteter Parteien und Gruppen, die eindeutig hinter der Putschinitiative gestanden hatten. Da wurde nichts an die Streitkräfte deligiert: die Kasernen der Putschisten wurden umringt, die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen usw. selbst durchgeführt oder zumindest direkt kontrolliert , die putschverbundenen Botschaften (USA, BRD) entsprechend "besucht", die Villen einiger Reaktionäre unbewohnbar gemacht... die Säuberung durfte nicht auf später verschoben oder irgendeiner institutionellen Vermittlung verlassen werden.
Auch der KP gegenüber, die vor dem reaktionären Schlag eindringlich gewarnt hatte (so sehr, daß sie zum Unterschied zu anderen revisionistischen KPen auf die ausgewogene Verdammung ultrarechter und ultralinker Provokationen verzichtete, was dann die italienische "Unita" nachholte), wußte die Masseninitiative die Entwicklung zu forcieren und dadurch - von der Autonomie eines praktisch durchgesetzten Klassenstandpunktes aus - einen entsprechenden taktischen Druck auszuüben der die KP Portugals entschieden zur heute am weitesten linksstehenden revisionistischen KP gemacht hat. So hatten die Initiativen zu Verhinderung rechter Parteigründungen etwa in Oporto und Setubal, bei weitem nicht nur "Extremisten" revolutionärer Formationen auf den Plan gerufen; und wenn sich Soares in seiner Haut als 5. Kolonne der NATO heute so unwohl fühlt, daß vielleicht in den nächsten Tagen mit seinem Regierungsaustritt zu rechnen ist (weil es unmöglich ist, der NATO gegenüber die Verteidugung unhaltbarer Positionen zu garantieren, ), so kann man bestimmt nicht sagen, daß die KP sich nicht redlich bemüht hätte, diesen Konflikt zu vermeiden - aber da waren eben stärkere und radikalere Kräfte im Spiel.



Portugal: „TOD DEM FASCHISMUS !!!"
„DAS VOLK IST WACHSAM !"




MAILAND, 7. März '75: Nicht nur Delegierte, sondern alle Arbeiter demonstrierten gegen die Faschisten und die Gewerkschaften müßten noch nachträglich einen Generalstreik ausrufen.

Was in Italien am 7.März 75 in Mailand passiert ist, hat gewiß nicht dieselbe historische Bedeutung, bedeutet aber doch ungeheuer viel für den Stand und die Weiterentwicklung des Klassenkampfes in diesem Lande.
Hier kurz die Ereignisse: die Faschisten der "Fronte della gioventu" (MSI-Jugendorganisation) wollen am 8.3. in Mailand eine Kundgebung halten, nachdem wochenlang faschistische Gewalttaten und Provokationen mit Schwerpunkt in Rom, die von der Polizei deutlich geduldet und gefördert wurden, die revolutionären Kräfte gezwungen hatten, den antifaschistischen Kampf auch auf der Ebene der direkten und gewaltsamen Auseinandersetzung starkt zu intensivieren. Dabei ist gerade, mit Unterstützung zahlreicher Fabrikräte, Partisanenvertretern, Basiseinheiten linker Parteien (die KPI ist offiziell dagegen,), eine Kampagne der revolutionären Linken in Gang mit Massenunterstützung, ein Volksbegehren zur Illegalisierung der faschistischen MSI und aller ihrer Organisationen einzubringen und dadurch alle Parteien zu zwingen, dazu Stellung zu nehmen.

schongut, schongut!

Die revisionistischen und reformistischen Linksparteien sind wegen der geplanten Faschistenkundgebung sehr besorgt, weil sie u.a. wissen, daß sie eine massenhafte Antwort und damit unweigerlich schwere Zusammenstöße hervorrufen würde, die jeder institutionellen und reformistischen Vermittlung entgleiten. Daher beantragen sie beim Stadtpräfekten, die Kundgebung zu verbieten, doch der beschränkt sich darauf, sie für Samstag zu verbieten und damit auf Freitag vorzuverlegen. In dieser Situation beschließen KPIund Gewerkschaften, Arbeiterdelegationen aus den Fabriken zu rufen, um gegen die faschistische Kundgebung bei den Behörden zu protestieren, die Kundgebung zu verhindern und die Lokale antifaschistischer Organisationen vor faschistischen Überfällen zu schützen. Durch die starke antifaschistische Mobilisierung der vorhergehenden Tage stehen diese Organisationen unter einem deutlichen Handlungszwang.
In weniger als drei Stunden verbreitet sich der Aufruf zur Entsendung von Delegationen, und die massenhafte Antwort darauf ist: die Arbeiter praktisch sämtliche Mailänder Betriebe ( mit Ausnahme der Alfa Romea, die sich in Kurzarbeit befindet und daher leer steht) beschließen, nicht bloß Delegationen zu entsenden, sondern massenhaft das ganze Stadtzentrum zu besetzen und damit die faschistische Kundgebung zu verhindern. Da vorauszusehen ist, daß es zu Zusammenstößen mit Faschisten und der Polizei kommen wird, gehen die Arbeiter nicht, ohne sich entsprechend auszurüsten; Hämmer und Schraubenschlüssel und andere Metallteile werden mitgenommen; Fabrik für Fabrik erreichen sie in organisierter Form, mehr oder weniger militärisch formiert, das Stadtzentrum und säubern systematisch alle Zugangsstraßen; m ehrere Stunden lang bleibt die Innenstadt besetzt, Polizei und Faschisten sind gegenüber etwa 50 000 Arbeitern machtlos und lassen sich nicht blicken. Die Diskussion unter den Arbeitern zeigt, daß dieser plötzliche und spontan ausgeweitete Generalstreik gegen die Faschisten zugleich als Generalprobe verstanden wird, wie man auf jegliche Art von reaktionären Initiativen antworten kann – und es werden alle Einzelheiten bis zu den "technischen Problemen" (was tun, wenn die Telefonverbindungen unterbrochen wären?) besprochen. "Vorbeugen ist besser als unterdrücken", meinen die Arbeiter, und beziehen sich damit auf den Kampf gegen die Faschisten, und auch deren Vertreibung aus der demokratischen Legalität, und auf die ständige Bereitschaft, gegen Putschinitiativen gerüstet zu sein: Nicht nur durch bestimmte, besondere Vorsichtsmaßnahmen, die für exponierte Genossen immer dann angewandt werden, wenn aus den Kasernen bedenkliche Nachrichten kommen, sondern vor allem durch die klare Vorbereitung, was in einem solchen Fall zu tun ist, wie man sofort eine massenhafte Antwort gibt: "Alle auf die Straße!", Generalstreik, nicht auf zentrale Direktiven warten, die vielfach nicht kommen können, keinen defätistischen Gerüchten Glauben schenken, sich an Partei- und Gewerkschaftssitzen massenhaft konzentrieren und aus den Fabr iken organisiert herauskommen,sofort Kontakt mit den Soldaten suchen und militärische Einheiten zum Überlaufen bringen, jedenfalls die ganze Kraft für die Antwort auf den ersten Ansturm verwenden, weil sich dort entscheidet, ob der Widerstand siegt usw.

Dazu noch ein paar politische Überlegungen. Wirksam kann ein solcher Kampf geführt werden, wenn schon vor dem "Ernstfall" ein klares politisches Bewußtsein darüber vorhanden ist. "Lotta Continua" arbeitet in Italien seit langem daran, den Putsch und die Antwort auf den Putsch aus dem Bereich der "Phantasiepolitik" in die realistische Diskussion der Massen und die konkrete Arbeit der revolutionären Avantgarden zu holen, obwohl immer noch manche Kräfte auch der genannten revolutionären Linken glauben, daß dieses Problem nicht so vordringlich sei. Aber gerade die schweren Verluste in Chile haben gezeigt, was es kosten kann, wenn man politisch vor allem, aber auch militärisch und organisatorisch nicht gerüstet ist, wenn nicht klar ist, daß der Widerstand vor allem sofort und als Massenwiderstand ("golpear el golpe", den Putsch ersticken) geführt wird, womöglich auch hier durch eine solche Vorbereitung wie in Portugal (28.9.74), daß die bürgerliche Reaktion gar nicht erst richtig aufkommen kann. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, daß der präventive Kampf geführt wird, um sowohl die bewaffnete n Handlanger der Bourgeoisie, die irregulären (Faschisten) und die regulären (Polizei, Militär), ständig zu bekämpfen, als auch die politische Vertretung, die ihren Einsatz legitimieren und hoffähig machen kann (die Christdemokraten, die Spinolas, die Strauß, die Fanfanis...) als Putschkräfte zu entlarven und entsprechend scharf anzugreifen. "MSI fouri legge, a morte la DC che lo protegge" (Verbot der Faschisten, Tod der Christdemokratie, die sie schützt) meint heute in Italien gerade das.
Ebenso wichtig ist es, daß aus gescheiterten Ansätzen der bürgerliche n Reaktion nicht etwa minimalistische Konsequenzen gezogen werden ( wie es z.B. die Reformisten aller Art in Italien machen, die in der Aufdeckung bisheriger reaktionärer Pläne die Bestätigung für deren Isolierung und Ungefährlichkeit erblicken): unerbittliche Säuberung und Aufdeckung aller Querverbindungen der internationalen und der internen, muß jedem gescheiterten Schlag und jeder verhinderten Attacke sofort folgen, wie es die Ereignisse in Portugal und Italien zeigen.
Der Schwerpunkt einer wirksamen revolutionären Arbeit aber liegt in der politischen Arbeit im Heer. Keine revolutionäre Organisation, die als solche gelten will, kann darauf verzichten, den Klassenkampf in der Armee, und zwar mit spezifischer Ausrichtung auf die Fähigkeit, vor allem unter der Masse der Wehrpflichtigen – aber immer mehr auch unter Berufssoldaten und allen militärischen Kadern (Polizei inbegriffen) – eine durchschlagende Antwort auf jede reaktionäre Verwendung der Streitkräfte zu entwickeln. Hier kann nicht näher darauf eingegangen werden, was sich in den letzten Jahren aus der Erfahrung und der Reflexion über die Arbeit der "proletari in divisa" ("Proletarier in Uniform", die von Lotta Continua initiierte Organisation der revolutionären wehrpflichtigen Soldaten in Italien) ergeben hat: zentral dabei sind zwei Punkte, nämlich die Verankerung auf Massenebene (also nicht durch konspiratives Handeln, sondern durch eine richtige Massenlinie) und die konkrete Verbindung zur Arbeiterklasse,d.h. die Entwicklung gemeinsamer Organisationsformen. Das nimmt heute in Italien u.a. die Form an vonSoldatentreffen, an denen Arbeiter teilnehmen, oder von Versammlungen der Fabrikräte unter Teilnahme von Soldaten, oder der Teilnahme von Soldaten an Demonstrationen, Solidaritätserklärungen bei Streiks, usw. Wenn die Soldaten sich organisieren und sich das Recht nehmen, auch in der Kaserne zu kämpfen, dann weiß die Arbeiterklasse, auf wen sie zählen kann.

aus einem Bericht eines Genossen von Lotta Continua



Immer öfter beteiligen sich auch Soldaten an den Demos

# Italien: Chronik der politischen Morde:

**16. April 75/Mailand:**
Claudio Varalli von Faschisten erschos

**17. April 75/Mailand:**
Giannino Zibecchi von einem Bullenaut überfahren

**17. April 75/Turin:**
Tonino Micciché von einem Faschisten erschossen

**18. April/Florenz:**
Rodolfo Boschi von einem Bullen erschossen

**23. Mai 75/Mailand:**
Alberto Basili von Faschisten erstochen

**13. Juni 75/Reggio Emilia:**
Alceste Campanile von Faschisten erschossen

# ..pagherete tutto!



## ...ihr werdet für alles bezahlen!

Der 25. April ist in Italien (wie in Portugal) der Tag der Befreiung vom Faschismus. Dieses Jahr, der dreißigste Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, war gekennzeichnet von Morden der Faschisten und der Bullen und einer einwöchigen Massenmobilisierung gegen den Faschismus.

Mittwoch, 16. April:
Der 17-jährige Genosse Claudio Varalli von "Movimento Studentesco" wurde während einer Demonstration in Mailand von einem Faschisten erschossen. Die Polizei ließ den faschistischen Mörder entkommen.
Donnerstag, 17. April:
7o 000 Menschen demonstrieren in Mailand gegen den Mord an Claudio Varalli. Während der Demonstration, bei der das Zentralbüro der MSI (Neofaschistische Partei) in Brand gesetzt wurde, wird der 26-jährige Genosse Gianni Zibecchi von einem Einsatzwagen der Carabinieri (Bürgerkriegspolizei) überfahren und getötet. Gianni Zibecchi, ebenfalls von "Movimento Studentesco", stand mit mehreren Genossen auf dem Bürgersteig, als der Wagen mit großer Geschwindigkeit in die Demonstranten hineinfuhr.





Ein Bulle fährt mit seinem Lastwagen bewußt auf die Demonstranten zu... ... und genau in diesem Moment überrollt er Claudio Varalli.
Diese Photos, die kurz nacheinander aufgenommen wurden, daß der Bulle absichtlich in die Demonstranten gefahren ist – es also kein Unfall war!

In Turin wird der Lotta Continua-Genosse Tonino Micciche von einem Faschisten erschossen. Er war 23 Jahre alt, arbeitete bei FIAT und war ein **führender** Genosse der politischen Kommision von Lotta Continua.
Neben den 70 000 Menschen in Mailand demonstrieren 8 000 in Turin und Padua, 6 000 in Reggio Emilia, 5 000 in Florenz, 4 000 in Pisa; Studenten und Schüler bleiben dem Unterricht fern.
Freitag, 18. April:
Der 27-jährige Genosse Rodolfo Boschi, Mitglied der PCI, wird in Florenz von einem Zivilbullen nach einer Demonstration erschossen. Die Bullenversion, es sei aus Notwehr geschossen worden, nachdem ein "Unbekannter" zuerst auf die Polizisten geschossen habe, wird von der revisionistischen PCI-Führung kritiklos übernommen, im Gegensatz zur Justiz, die ein Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten einleitete.
In Rom wird der Genosse Sirio Paccino durch den Schuß eines Faschisten in den Rücken getroffen und schwer verletzt. Wahrscheinlich wird er für immer gelähmt bleiben. Der Faschist, der geschossen hat, wird von den Bullen wieder freigelassen; gegen den schwerverletzten Genossen wird Haftbefehl erlassen, die Bullen behaupten , er habe das Büro der MSI überfallen wollen, vor dem er niedergeschossen wurde.
In Bari kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Faschisten und Genossen. Dabei wird von einem Faschisten plötzlich geschossen. Ein 22-jähriger Unbeteiligter wird verletzt. Die Faschisten entkommen.
Von den Gewerkschaften wird ein einstündiger Generalstreik gegen den faschistischen Terror organisiert. An den Schulen und Universitäten wird der Streik fortgeführt.
In allen größeren Städten finden Massendemonstrationen statt.
Samstag, 19. April:
In Cagliari (Sardinien) schießen Faschisten der MSI-Studentenorganisation FUAN in eine Gruppe linker Studenten. Der Genosse Antonio Quartu wird verletzt.
Gleichzeitig demonstrieren in Florenz 10 000 gegen die Ermordung des Genossen Boschi. Auf einer Lotta Continua-Portugal-Demonstration in Rom demonstrieren 80 000 unter der Parole: "Portugal wird nicht das Chile Europas".
Sonntag, 20. April:
100 000 treffen sich in Bologna zum 3osten Jahrestag der Befreiung der Stadt vom Faschismus.

Montag, 21. April:
Tag der Begräbnisse: 100 000 folgen dem Sarg von Gianni Zibecchi, 40 000 folgen dem Sarg von Claudio Varalli in Mailand; zum Begräbnis von Rodolfo Boschi kommen 80 000 nach Florenz; bei dem Begräbnis des Lotta Continua-Genossen Tonino Micciche demonstrieren 20 000 in Turin gegen den Faschismus.
Dienstag den 22. April:
GENERALSTREIK. In ganz Italien finden antifaschistische Demonstrationen statt. Die größte Demonstration mit 200 000 Leuten findet in Mailand statt. An diesem Dienstag demonstrieren in Italien über eine halbe Million Menschen gegen den Faschismus.

Neben den Parolen: "MSI fourilegge, a morte la DC che lo protegge" (Verbot der MSI, Tod der Christdemokratie, die sie schützt); "Oggi e sempre Resistenza" (Heute und immer Widerstand); " Le nostre bandiere oggi sono a lutto, ma pagherete caro, pagherete tutto " (Heute sind unsere Fahnen in Trauer, aber ihr werdet dafür teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen müssen) werden antifaschistische Aktionen, ebenso militant wie die meisten Parolen, durchgeführt. Regionalzentralen der MSI in Mailand und Turin gehen in Flammen auf. Büros der faschistischen CISNAL-Gewerkschaft und der faschistischen Studentenorganisation FUAN und Bars, die als Faschistentreffpunkte bekannt sind, **zerstört wurden.**
Das bemerkenswerteste an den Demonstrationen und Aktionen ist nicht so sehr die quantitative Stärke, sondern die Ausdauer der Genossen, die sich durch die täglichen Morde und den täglichen Terror nicht haben entmutigen lassen. Nach dem Massaker von Brescia – wo die Faschisten am 28. Mai letzten Jahres bei einem Bombenanschlag auf eine gewerkschaftliche Kundgebung acht Menschen töteten – waren die Demonstrationen zwar größer als diesmal, dennoch übertraf die Massenmobilisierung im April die Mobilisierung nach dem Massaker von Brescia.

Die Faschisten wissen, daß sie sowohl bei den diesjährigen Regionalwahlen, als auch bei den im nächsten Jahr stattfindenden Kongreßwahlen einen erheblichen Teil ihrer Stimmen einbüßen werden. Mit Morden und Terror versuchen sie eine Situation zu schaffen, um der Armee, die teils von Faschisten und rechtsgerichteten Christdemokraten beherrscht ist, eine Legitimation zum putschen zu geben (siehe Artikel "Golpear el golpe"). Eine Nachricht von Faschisten an eine Nachrichtenagentur macht dies ganz deutlich: die Faschisten forderten in die Regierung aufgenommen zu werden, sonst würden die Terrorakte weitergehen.
Ähnlich dürfte die Strategie der Christdemokraten sein. Es ist abzusehen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen ähnlich den Faschisten Stimmen einbüßen werden und eventuell zu einer Koalition mit der KP gezwungen sein werden, um weiterhin an der Regierung teilhaben zu können. Wie die Christdemokraten in Chile, die sich durch den Putsch vom 11. September 73, den sie entscheident mitinitiierten, die Machtübernahme erhofften, spekulieren Teile der italienischen Christdemokratie auf einen Putsch des Militärs, der sie vor der vorauszusehenden Wahlniederlage schützen könnte.
Die PCI versucht sich bei den Wählern als Ordnungsfaktor zu profilieren. Sie bezeichnet die Genossen, die MSI-Büros in Brand setzten, als Provokateure. Nach der Ermordung ihres Genossen Boschi in Florenz gab die PCI eine Erklärund ab, die den Bullen als Todesschützen nur in einem Satz erwähnte, die Version der Bullen übernahm, und gegen die "extremistischen Gruppen" hetzte. Die PCI versucht durch ihre Strategie der Abwiegelung und Bändigung der antifaschistischen Kräfte sich den Christdemokraten anzubiedern, um ihr großes Ziel, den " historischen Kompromiß" (Koalition mit den Christdemokraten) zu erreichen. PCI-Chef Berlinguer fordert, "den politischen Kampf auf dem Boden der staatsbürgerlichen Auseinandersetzung zurückzuführen." "In diesem Sinne rufen die Kommunisten im Interesse der antifaschistischen Sache auf zur Entspannung der Gemüter und zur Wachsamkeit".

Nach den Auseinandersetzungen der Woche vom 17.-22. April ziehen die italienischen Genossen den Vergleich zu 1960, als die reaktionäre Regierung Tambroni – eine von den Neofaschisten unterstützte rechts-christdemokratische Regierung – durch Massenkämpfe bekämpft und besiegt wurde.
Reggio Emilia, 13. Juni 75 ( 2 Tage vor den italienischen Regionalwahlen, bei denen – wie zu erwarten war – die linken Parteien, PC und PSI, klar auf Kosten der rechten, insb. der Christdemokraten, gewonnen haben): in der Nacht ist etwas außerhalb der Stadt der Genosse Alceste Campanile ermordet worden – aus ganz kurzer Entfernung durch einen Genickschuß und einen Schuß ins Herz.
Alceste Campanile war 22 Jahre alt, studierte Musik und Theaterwissenschaften in Bologna und arbeitere aktiv in lotta continua. Die Tatsache jedoch, daß er früher einmal in der faschistischen Jugendorganisation war, führte in der bürgerlichen Presse zu wildesten Spekulationen, daß man ihn weiter als Faschisten ausgab und so Andeutungen über die brigade rosse und die NAP als mögliche Täter machen konnte.
Aber er war wirklich ein Genosse geworden, und so ist es offensichtlich, wo die tatsächlichen Mörder zu suchen und zu finden sind: unter den Faschisten !
Den Genossen und Anti-Faschisten ist das auch klar und so wurde als Antwort auf diesen Mord in Reggio Emilia ein Generalstreik ausgerufen und eine Demonstration gemacht, an der vor allem viele Jugendliche teilnahmen.



# Volem viure/Wir wollen leben!

Wir, vier Frankfurter Genossen, waren am 26. März in Sete, einer südfranzösischen Hafenstadt und erlebten dort wie 5o ooo Weinbauern demonstrierten, mit der CRS (kasernierte Polizei, Bürgerkriegswehr) kämpften und bis zum nächsten Morgen alle Straßen- und Bahnlinien rings um die Stadt verbarrikadiert hielten.
Die Angst, wir würden uns den kämpfenden Weinbauern gegenüber genauso verhalten wie die Foto-Imperialisten zu ihren Sehenswürdigkeiten, wurde uns rasch von den Bauern genommen. Sie sahen, daß wir fremd waren und erklärten uns sofort freundlich und geduldig ihre Wut und ihre Kampfziele.
Schon während des ganzen Monats hat es in Südfrankreich Demonstrationen und Aktionen der Weinbauern gegeben. Sie wandten sich vor allem gegen die billigen Weinimporte aus Italien. Die EWG kontrolliert den Weinmarkt der Mitgliedsstaaten. 197o fielen die Zölle für Wein weg, vor allem aus Italien wurden riesige Mengen auf den französischen Markt geworfen.
Mit diesem billigen und meist gepanschten Wein können die kleinen französischen Weinbauern nicht konkurrieren. Das hängt einmal mit den scharfen französischen Reinheitsgesetzen zusammen, zum anderen mit der überkommenen Produktionsweise: die kleinen Bauern, deren Familien seit Generationen Wein produzieren und ihn über die Kooperative vertreiben, haben zu 'ihrem' Wein ein anderes Verhältnis als die großen Gesellschaften, die nach Kräften panschen und zuckern.
Die Bauern verteidigen in ihren Kämpfen auch ihre Produktionsweise. Die Regierung unterstützt den Konzentrationsprozeß der großen Weinproduzenten durch Kredite, die Trusts versuchen den bäuerlichen Kooperativen des Wasser abzugraben.
Für die Bauern aber ist die Kooperative ein wichtiges Instrument. Sie nimmt den Wein zu einem festen Preis, gleichgültig, wo er gewachsen ist. In der Generalversammlung der Kooperative zählt jede Stimme, gleich, ob es sich um einen 'Arbeiter-Bauern' handelt oder einen Winzer, der allein vom Wein lebt.
Der Wein ist für Südfrankreich, was die Kohle einmal für das Ruhrgebiet war. 'Wenn der Wein sich nicht verkauft, geht nichts mehr' sagen die Leute.
Südfrankreich, von Bordeaux über Limoges, Clermont-Ferrand bis Lyon, das ist: Occitanien. 'Volem viure' ist occitanisch und heißt: 'wir wollen leben'. Das sagen nicht bloß die occitanischen Weinbauern, es ist seit Jahrhunderten die Kampfansage der gesamten occitanischen Region gegen die Ausbeutung und Ausplünderung des französischen Südens durch den ökonomischen und politischen französischen Zentralismus.
Die occitanische Sprache und Kultur wurde verboten und verdrängt. Die reichen Bodenschätze der Region wurden und werden in die nördlichen Industriezentren verschleppt und dort weiterverarbeitet; die kleinen Industrien niederkonkurriert und wegrationalisiert; angeheizt durch die wildeste Bodenspekulation wird landwirtschaftliche Nutzfläche in Touristenparks für die Reichen verwandelt. (Wie in La Grande Motte, wo man fast nur deutsche Mercedesse rumstehen sieht.)



Auch herrscht hier die größte Arbeitslosigkeit in Frankreich. Besonders die Jugendlichen 'emigrieren' in den Norden, ganze Dörfer veröden. Außerdem ist der Süden Frankreichs mit riesigen Militarcamps übersäht. Das in Larzac, in dem sich die Bauern seit Jahren gegen eine Erweiterung des an ihre Felder grenzenden Camps wehren, ist das bekannteste.
Die occitanische Bewegung, die seit 1968 stark gewachsen ist, nennt das alles 'innere Kolonisation'.
Immer wieder haben die Bauern zusammen mit den Arbeitern und kleinen Händlern gegen diese Kolonisation gemeinsam gekämpft. Im Jahre 19o7 war es auch schon um Weinimporte gegangen. Eine Million Arbeiter und Bauern waren im Aufstand, die Regierung schickte Truppen, die aber verbrüderten sich mit den Massen.
1962 unterstützte die gesamte Bevölkerung des Departements Aveyron den aktiven Streik der Minenarbeiter von Decazeville. Dies sind nur zwei Daten von vielen. Wir fanden sie auf Transparenten der Bauern bei der Kundgebund am 26. März.
Am 15. März 1975 kam es in ganz Frankreich zu Solidaritätsdemonstrationen für den Larzac. Besonders im Süden gab es dabei heftige Kämpfe mit der CRS. Die Kathedrale von Montpellier



Fischer und Weinbauern diskutieren gemeinsam

wurde von Bauern, Pfarrern und Studenten besetzt, um auf die Lage der Weinbauern hinzuweisen. In der Zeit bis zum 26. März. gab es viele Signale, die auf den 'großen Tag von Occitanien' wiesen. Die Fischer blockierten eine Reihe von Mittelmeerhäfen. Sie forderten billigeres Dieselöl, gezielte Maßnahmen gegen die Meerverseuchung und ließen keine Weinimporte durch. Sie sagten: 'Wir nehmen uns das Meer, die Bauern nehmen sich das Land!'.
Hier und da kommt es zu demonstrativen Straßensperren. Die Regierung in Paris ist zwar beunruhigt, aber nicht sehr. Sète haben die Bauern gewählt, weil viele Importfirmen hier ihre Lager haben und es sich außerdem um eine Arbeiterstadt handelt. Am 25. März belagern 6000 CRSler und Mobilgarde die Innenstadt. Oft müssen sie auf dem Weg nach Sète vor einer gefällten Platane oder anderen Straßensperren umkehren.
Um 15 Uhr am 26. sind etwa 5o ooo Bauern auf der Place Stalingrad. Wir sind ziemlich verwirrt, als die uns völlig unverständliche occitanische Hymne gesungen wird. Dann folgen mehrere, teilswütende Reden der verschiedenen Vorsitzenden und Abgeordneten. Plötzlich tosender Beifall. Wir sehen eine Abordnung der Larzac-Bauern, die mit Transparenten ihre Solidarität mit dem Kampf der Weinbauern ausdrücken. Ein überwältigender Empfang.
Während der Reden ist der Platz von einer gespenstischen Ruhe. Gegen Ende der Kundgebung zieht ein Bauer einen Knüppel aus dem Hosenbein. "So, jetzt geht's auf die Bullen!" meint er und sagt das so, als wäre das sowieso klar. Ein anderer zieht sein Taschenmesser und zeigt damit lachend auf die CRS-Mengen, die die Brücken zur Innenstadt sperren, wo sich die Lagerhallen der Importeure befinden. Ehe wir überlegen können, ob das mit dem Knüppel wohl ernst gemeint war, wird aus der Kundgebung ein Demonstrationszug, wie man ihn nicht so oft erlebt. Aber wir kapieren die Strategie nicht. Ein Drittel, also etwa 17 ooo marschieren zum nahegelegenen Bahnhof. Dann teilt sich der Zug noch einmal. Die eine Hälfte geht zu den Fischern in den Hafen, die anderen in Richtung Ausfallstraße nach Beziers. Wir sind ganz schön enttäuscht, denken an Gewerkschaftstaktik: wie löst man in kürzester Zeit einen riesigen Demonstrationszug auf?
Wir dachten, die gehen jetzt zu ihren Bussen und fahren in aller Ruhe nach Hause. Und dann ging es auf einmal los. Die ganze Stant stank nach Tränengas. Über dem Bahnhof standen schwarze Rauchwolken. Wir hätten gerne gewußt, was eigentlich los war: ein Hafenarbeiter erklärte es uns mit ungeheurer Ruhe: "Wir haben uns aufgeteilt. Die einen sperren den Bahnhof, da kommt heute kein Zug mehr rein. Die große Straße nach Bezier wird abgeriegelt, und im Hafen schauen sie sich nach Importschiffen um. Gegen Abend ziehen wir das Ganze raus aufs Land, da haben wir eine bessere Übersicht."
Wir rannten zum Bahnhof, wo inzwischen an die 2o Feuer auf den Schienen brannten. Alles schien schrecklich durcheinander, aber es wurde dann schnell klar: die Bauern hatten sich hinter einer dicken Qualmwand verschanzt und deckten so an die 5o CRS mit einem permanenten Steinhagel ein. Auf den Gleisen gab es davon genug. Die Bullen feuerten blindwütig in die Gegend mit ihren Tränengasgraneten. Plötzlich rief ein Bauer: "Auf sie! Denen ist die Munition ausgegangen". Von allen Seiten stürmten die Bauern los, um die Bullen zu verprügeln. Vorher waren schon einige von den CRSlern geschickt worden, um Ersatzmunition zu holen. Die kamen aber nicht weit, sondern rannten bildschön zu ihren Kollegen zurück. Die Bauern beherrschten eine Zeit lang das ganze Bahnhofsgebiet. Sie machten dabei überhaupt keinen wütend entschlossenen Eindruck, sondern verarschten dermaßen die Bullen durch Schmähreden, daß die ganz bleich im Gesicht wurden. Überall, wo wir hinkamen, erklärten uns die Bauern, warum sie heute nach Sète gekommen waren. Zwei Monate hatten die Vorbereitungen gedauert, um militant ihre Forderungen zu vertreten. Einige rechneten vor, wie wenig Geld sie im Monat haben und meinten, daß sie gegen die EG der Trusts kämpfen würden, nicht einfach gegen fremden Wein." Die Arbeiter bei Renault machen heut' in Paris auch as, die kämpfen wie wir", sagte ein junger Bauer.

## Weinbauern in Sete ...
### ... wie ein „Tourist" sie miterlebt hat:

Die CRS hatte inzwischen einen riesigen Haufen frischer Bullen herangeschafft, um das Bahnhofsgelände zu 'sichern'. Die Feuerwehr versuchte sich an den brennenden Güterwagen und Lagerschuppen, aber sehr pflichtbewußt gingen sie dabei nicht vor - offenbar fanden sie es gar nicht so falsch, daß die Wagen, mit denen der Importwein transportiert wird, einmal kräftig brannten.
Eine große Rolle spielten den ganzen Tag über die Reisebusse, mit denen die Bauern gekommen waren. Mit ihnen fuhren sie von einem Kampfplatz zum anderen, informierten sich und waren so außerordentlich mobil. Wenn sie müde wurden, konnten sie im Bus schlafen oder ein Glas Wein trinken.
Im Laufe des Tages sperrten die Bauern sämtliche Zugänge zur Stadt. Die CRS rechnete verbissen mit einem Angriff auf die von ihnen aufwendig beschützten Lager der großen Händler. Aber es passierten ganz andere Sachen. Ein wildgewordener Bourgeois fuhr mit seinem großen Peugeot einen Bauern an, und zwar mit Absicht. Er wurde aus dem Auto geholt, verprügelt - und bestraft: sein schönes Auto landete im Kanal.



Eine Demonstration der Krankenwagenfahrer

Durch die Stadt fuhren plötzlich zehn Ambulanzwagen. Kein Großeinsatz, sondern eine Demonstration! Die Fahrer der Krankenwagen, die in Frankfeich privat laufen, solidarisierten sich mit dem Kampf der Weinbauern und forderten ihrerseits mehr Lohn. Ihre Wagen stellten sie als Barrikaden und Kurrierfahrzeuge zur Verfügung. Die ganze Stadt war in Bewegung, und die meisten Leute freuten sich irgendwie darüber. Wir dachten an Frankfurt, an die Aktionen im Häuserkampf und wünschten uns 5o ooo Bauern für die nächste Demonstration. Das war in Sete, wie wir es bisher in Frankfurt nur geträumt hatten: nicht der Kampf irgendeiner Avantgarde allein, sondern eine Massenaktion. Es hätte uns einmal beinahe erwischt, als ein Trupp CRS mit Tränengasgranaten aus nächster Nähe schoß, aber wir und fast alle anderen hatten Glück (fünf verletzte Bauern in Sete, zwanzig CRS).
Gegen lo Uhr abends wollten wir raus aus Sète. Wir kamen lo Kilometer weit. Dann stand ein Bus quer und die Bauern erklärten uns auch gleich, warum es sich hier handelte. Alle Straßen um Sète, auch der Fernverkehr, nach Spanien sind bis zum nächsten Morgen zu! Und das war sehr gemütlich. Überall brannten kleine Feuer; wo Holz fehlte, wurden Telegraphenmasten verfeuert. Man wartete allgemein auf die Bullen, bewaffnete sich mit Knüppeln und besserte die Barrikaden aus: Betonschilder, riesige Steinbrocken etc. Ein CRSler verirrte sich mit seinem Motorrad zu den Bauern. Er wurde von den Bauern als Geisel genommen, als Sicherheit dafür, daß die Bullen nicht angreifen. Sein Motorrad wurde verbrannt. Er mußte es allerdings nur wenige Minuten als Geisel aushalten: ein kommunistischer Abgeordneter 'befreite' ihn alsbald. " Das schadet doch nur eurem gerechten Kampf..."
Überhaupt haben die verschiedenen Abgeordneten eine heroische Rolle an diesem Tag gespielt. Sie tauchten überall auf, und taten das, was Abgeordnete immer tun: vermitteln, verhandeln. Das bewahrte sie aber nicht davor, von der CRS in einem von ihnen belegten Bus eine Ladung Tränengas gefeuert zu bekommen. Es wurde Strafantrag gestellt.
Bei einer anderen Barrikade durften wir mithelfen, Platanen zu fallen und ein Baugerüst abzutragen.
...
Am nächsten Tag lasen wir in der Zeitung, daß nicht Sete, sondern Bezier das eigentliche Kampfzentrum gewesen sei. Dort war die Präfektur besetzt, und einiges mehr.
Am nächsten Tag beschloß die Regierung, alle Weinimporte erst einmal für einen Monat zu stoppen.
Wir waren ziemlich begeistert von den Bauern, haben uns aber vorgenommen, die EG zu untersuchen, und überhaupt die Bedeutung der Bauernkämpfe. Wyhl, Larzac, Occitanien... was sind das für Kämpfe???

OC

# NACHRICHTEN AUS BARCELONA

Ich war in die Schweiz gefahren, um auszuspannen und die Genossen von früher wieder zu sehen. Ein paar Tage früher hatten mich ehemalige Kollegen gefragt, ob ich mich nicht um eine Professur an der Gesamthochschule, wo sie jetzt sind, bewerben wolle. Allerdings wären meine Chancen gering. Abends sprach ich mit Jochen darüber. An der Grenze hatte ich sein Passfoto gesehen, es stammte noch aus der Zeit, wo er Büroangestellter war, mit kurzen Haaren und so. Jetzt fallen sie ihm auf die Schultern, er studiert irgendwas und kriegt vom Staat Geld dafür. Einmal sagte er mir, er habe lang genug für den Staat gearbeitet, jetzt wolle er so lang wie möglich von ihm leben. Später werde man sehen, irgend etwas werde sich schon finden.
Sonntag mittag war ich am Aufwachen, als Pete hereinkam: Pedro habe angerufen, es seien zwei Genossen von der SEAT da, man müsse die irgendwohin fahren, es eile. Ich warf noch ein Frühstück ein und wir fuhren los. Pedro selbst kommt irgendwie aus Barcelona, er arbeitet seit Jahren in einem absurden Lebensmittelgeschäft. Er macht bei so einer christlichen Jungarbeiterorganisation mit, die hatten gerade ein Treffen, da wollte er hin um eine Diskussion über die Kämpfe bei SEAT zu veranstalten. Sie waren bei Rafael daheim einem Metallarbeiter, der früher in der Gruppe war, wo ich mitmachte. Jetzt ist er bei den Ultra-leninisten von der FRAP, aber wir kennen uns zu gut, um uns nicht weiter zu respektieren.
Der eine Typ von SEAT, Maria und ich setzen uns zu Jochen ins Auto. Maria arbeitet in einer chemischen Fabrik, sie war früher auch bei jenen Christen, ist dann ausgetreten. Jetzt macht sie als Individuum in einem Spanierkomitee zur Unterstützung der Kämpfe daheim mit. Ich war hungrig und müde, aber ich mußte gleich mit Fragen beginnen. Ich hätte gerne eine Tonbandaufnahme gemacht, aber es ging nicht. So fuhren wir am Bielersee vorbei in den Jura und redeten.

fünfzigtausend Arbeitern. Weißt Du, da waren Transparente in der Fabrik, rote Fahnen, wir haben Spanisch geredet, es wurde übersetzt, aber die haben uns auch so verstanden. Die Arbeiter da sind wunderbar, die interessieren sich für den Sturz des Franco-Regimes mehr als die Spanier. Und die Gewerkschaft ist auch phantastisch, die haben sehr gute Leute. Dann machten wir Pressekonferenzen, versuchten Solidarität zu organisieren. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß alle FIAT-Beschäftigten eine Stunde im Monat für die Entlassenen bei SEAT zur Verfügung stellen. Das sind zweihunderttausend Leute, das wäre wunderbar." "Dann ist da noch etwas: die multinationalen Konzerne. Verstehst Du, wenn die bei FIAT streiken, dann kommen sie doch bei SEAT und lassen Überstunden fahren und so stößt der Streik ins Leere. Da haben wir denn in Turin auch darüber geredet, daß man sich organisieren muß, um so etwas zu verhindern."

Massendemokratie

Losgegangen war es, als wegen einem Streik in einer kleinen Fabrik einige Genossen verhaftet wurde, da gab es bei SEAT eine Solidaritätsbewegung, und daraus entwickelte sich eine Plattform für einen neuen Vertrag: Lohnerhöhungen, 40- Stundenwoche, ein Monat Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters u.a..
"Im Dezember 74 ging es dann los. Eine Abteilung beginnt zu streiken, da sie reisst die andern mit. Dann machten wir Versammlungen, da kamen Tausende von Leuten. Man konnte sich gar nicht hören, also kauften wir ein Megaphon, es wurde in die Fabrik gebracht, damit ging es dann. Das ganze Forderungsprogramm wurde diskutiert und beschlossen, es wurde eine Vertretung gewählt, die darüber verhandeln sollte. Da waren 15.000 Leute und es wurde gewählt: Abteilung x ich schlage den und den vor - Jawohl,

Bullen kamen, da mußten wir abhauen, die schießen." "Ein andermal war eine riesige Demo, fünfzigtausend Leute, da war die Mehrheit Studenten, aber das war ein großer Platz, und rundherum standen die SEAT-Arbeiter, zu tausenden, im Blaumann." "Ich finde, in Italien ist das Verhältnis von Arbeitern und Studenten nicht so gut wie bei uns, die Arbeiter finden irgendwie, was die Studenten machen, ist zwar in Ordnung, gehe sie aber nicht viel an."

Die ETA

"Die ETA? Also Du mußt unterscheiden, die ETA VI, das sind praktisch Trotzkisten, die Terroristen, sind die von der ETA V. Das ist, weil sie sich auf dem fünften oder sechsten Kongreß gespalten haben, oder so ähnlich." Der von SEAT erzählt weiter: "Die ETA-Genossen sind für die Bullen Freiwild. Die werden nicht mehr verhaftet, die werden erschossen. Aber die Genossen schießen zurück. Und jeder Bulle, der tot ist, ist eine Ermutigung für die Leute in Spanien. Nein, nicht nur im Baskenland. Sicher, die ETA ist für die Basken wichtig, die kämpfen um ihre Unabhängigkeit, darum ist die ETA auch wichtig." "Aber reduziert sich die Bedeutung der ETA darauf, daß sie den Zeitpunkt bestimmen können zu dem Franco stirbt? Ich meine: früher machten sie doch Aktionen, die hingen mit den Massenkämpfen direkt zusammen, als etwa Huarte entführt wurde, um die Wiedereinstellung der Streikführer zu erzwingen. die er entlassen hatte. Aber jetzt kämpfen sie ums nackte Überleben?" "Nein, nein, so kannst Du das nicht sagen. Erstens geht Franco nie aus, das ist nicht wie bei Carrero Blanco. Sicher, das Attentat auf Carrero Blanco war eine gute Sache, und jetzt ist die ETA in der Defensive, aber was willst Du: die verlangen Unabhängigkeit, stattdessen sind sie ein militärisch besetztes Land, Ausnahmezustand, Folter, bis zur physischen Vernichtung."




Entlassen

"Der letzte Streik war der beste, den wir je gemacht haben, aber die Repression hat ungeheuer zugeschlagen. Fünfhundert Leute haben sie entlassen, wir zwei gehören auch dazu. Etwa hundert wurden verhaftet, ein Dutzend gefoltert. Du bekommst kein Arbeitslosengeld, wenn Du wegen sowas gefeuert wirst und dann den Prozess verlierst. Und das ginge noch, aber sie machen schwarze Listen: Du suchst Arbeit, meldest Dich, alles prima, jedermann ist freundlich, rufen Sie morgen nochmal an; ja, es tut uns leid, nein, leider ist nichts mehr frei - und das passiert dir zehn, zwölf, zwanzig mal."
"Habt Ihr nicht Angst, jetzt, an der Grenze? Ihr wart doch in Italien, seid da öffentlich aufgetreten...?" "Angst schon, aber man muß hart sein. Wir haben diese Reise diskutiert, wir wußten, daß es ein Risiko ist, aber wir fanden es richtig, zu gehen."
"Wer hat die Reise diskutiert?" "Die Entlassenen, wir haben eine Versammlung gemacht. Das mußte natürlich ziemlich klandestin sein, darum waren da nur relativ wenige, die politisch bewußtesten, zuverlässigsten. Nein, nicht alle von derselben Organisation, auch unorganisierte, etwa vierzig Leute. Es gab auch Differenzen, eine Minderheit fand, man müsse unseren Kampf äußerst radikal darstellen. Natürlich hätten wir die Sache lieber in der Fabrik diskutiert, eine große Versammlung angesagt, aber das ging nicht."
"Treffen sich die Entlassenen oft?" "Oh ja, wir machten jeden Tag Treffen in den verschiedenen Stadtteilen, wo Entlassene lebten, und einmal in der Woche trafen wir uns alle zusammen."
"Weißt Du, ich frage, weil sie bei uns in einer Fabrik auch gegenwärtig rund fünfhundert Leute rausschmeissen wollen, und da ist die Frage, wie man sich weiter organisiert." "Wir haben dauernd etwas gemacht: Protestresolutionen, eine Kirche oder sonstwas besetzen, mit dem Bischof verhandeln, Geld sammeln, sich gegenseitig helfen, dauernd. Es ist natürlich umständlich, Du mußt die Leute an irgendwelche Orte holen, und dort ist dann einer, der weiß, wo man sich wirklich trifft, irgendwo auf freiem Felde. Es kommen alle zusammen, und man geht wieder woanders hin. Viele haben Angst, aber so hundert, zweihundert Leute kommen schon. Und wenn man laut redet, da ist ja niemand sonst, versteht man sich schon."
"Einmal haben uns die Bullen erwischt, entweder es war Zufall, oder sie hatten einen Spitzel, dem sie folgen konnten. Wir sind weggerannt, aber sie haben mehrere von uns festgenommen. Darauf haben die bei SEAT gestreikt, es gab Proteste, es sind alle wieder freigekommen."

Besuch in Turin

"Die italienischen Gewerkschaften haben uns eingeladen, wir sollten in Italien über SEAT berichten. Es war überwältigend. Wir haben jeden Tag bei FIAT Versammlungen gemacht, ja, in der Fabrik, während der Arbeitszeit. Die können pro Monat eine bestimmte Zeit für Versammlungen verwenden, das wird bezahlt. Wir haben rund vierzig Versammlungen gemacht, insgesamt mit vielleicht

der ist in Ordnung, Applaus, Hände in der Luft: gewählt - und so weiter 11o Mal."
"Die Geschäftsleitung hat es aber abgelehnt, mit denen zu verhandeln, das hat nicht geklappt." "Du, bei FORD in Köln haben die Türken etwas ähnliches gemacht, die haben in einer Versammlung in der Fabrik Forderungen beschlossen und eine Streikleitung gewählt, aber die Geschäftsleitung hat sich geweigert, mit denen zu verhandeln. Vielleicht haben die Türken da einen Fehler gemacht: in Deutschland gibt es ja halbwegs demokratische Gewerkschaften und eine offizielle Vertretung der Arbeiter, den Betriebsrat. Die hätten versuchen können, den Betriebsrat zu erweitern und die Leute, die sie da wählten, und so verhandeln. Ich glaube, bei LIP in Frankreich ist es ein bißchen so gelaufen, daß also gewerkschaftliche Organe geöffnet, erweitert wurden und dadurch, wenn Du so willst, auch überspielt wurden." "Das ist interessant. Bei uns hat nämlich die Geschäftsleitung dann gesagt, wir verhandeln nur mit den Vertretern der offiziellen Gewerkschaft- die ist in Spanien faschistisch- da sind ja auch die Kapitalisten selbst Mitglieder. Die Arbeiter haben diesen Vorschlag ausgebuht, aber dann begann eine Diskussion, über mehrere Tage hinweg, mit der Zeit war es halbe halbe, und dann haben wir gesiegt: OK, wenn's anders nicht geht, wir können es ja mal versuchen. Aber da hat dann die Geschäftsleitung plötzlich abgesagt."
"Wie sieht das Verhältnis zwischen den verschiedenen politischen Organisationen aus?" "Also eine Zeitlang war das sehr schlimm, da konntest Du die Leute nicht an densselben Tisch kriegen. Aber jetzt ist es schon anders, die Leute spüren, daß Einheit wichtig ist, viele schließen sich der Kommunistischen Partei an, Gruppen wie Bandera Roja, Trotzkisten, Sozialisten. Und es gibt einen gewissen Respekt voreinander, es gibt Versammlungen, wo alle dabei sind. Und es wurde ungeheuer viel diskutiert, als Vietnam befreit wurde, das war für die Leute richtig ermutigend, über Portugal wird diskutiert, ja, auch über Chile."

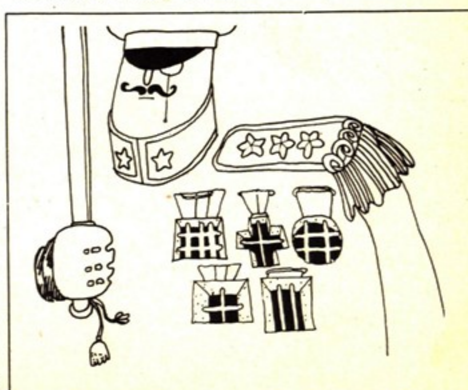
Die Studenten

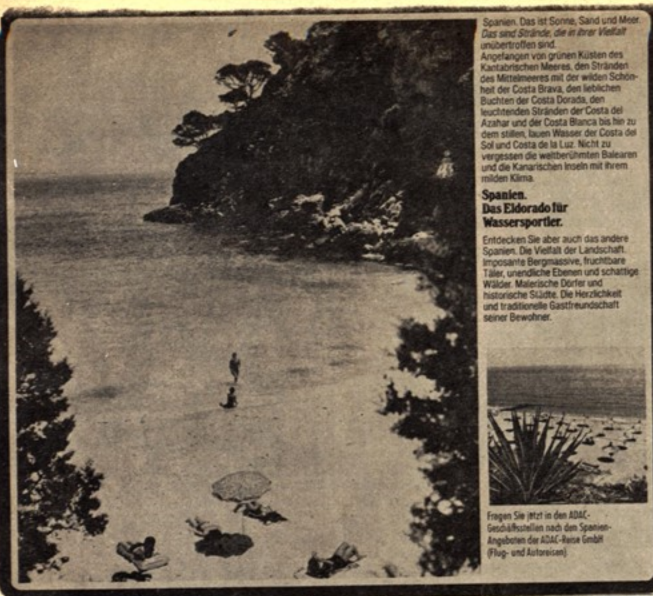
"Und wie sind die Studenten organisiert?" "Sehr gut. Die haben Versammlungen gemacht, wo sie uns fragten, ob wir erzählen könnten, was bei SEAT los ist. Wir sind hingegangen, es gab eine Gruppe, um uns vor Verhaftungen zu schützen, die Versammlung war durch Streikposten abgesichert. Die koordinieren sich auch sehr gut: Barcelona, Madrid, Bilbao, Valencia usw... da wird gleichzeitig gestreikt, für ihre Forderungen, Reformen des Ausbildungswesens, gegen die Repression." "Welche Gruppen gibt es da?" "Die KP ist am stärksten. Auch da gibt es einen Respekt. Ich habe an der Universität die Sprüche an der Wand gesehen, die sind von verschiedenen Gruppen, aber sie übermalen sich nicht."
"Und wie kriegen die Studenten Kontakt mit Euch?" "Sie fragen uns halt". "Es gibt gemeinsame Demonstrationen?" "Oh ja, die hören zum Beispiel den Bullenfunk ab, da kriegen sie mit, daß die Bullen gegen eine Arbeiterdemo vorgehen wollen. So kamen sie einmal direkt aus einer Versammlung zu uns, wir waren siebentausend Leute, etwa viertausend Arbeiter. Natürlich nur kurz, die

"Der Frankismus hat keinen Ausweg mehr. Er ist nicht mehr fähig, Reformen durchzuführen, er wird an allen Fronten bedrängt. Nimm die Frage der gewählten Streikleitung: bei SEAT haben sie das abgeblockt. Dafür haben die Theaterarbeiter, die Intellektuellen gestreikt, die haben auch eine Streikleitung gewählt, und der Staat mußte mit ihnen verhandeln. Die Regierung hat echt keinen Spielraum mehr, und da verschärfen sie dann einfach die Repression. Aber auch damit können sie die Bewegung nicht in die Knie zwingen, Du siehst es ja."
Ein anderer, später: "Am Tag, als der Ausnahmezustand im Baskenland erklärt wurde, hat die ETA einen Fernsehturm in die Luft gesprengt, und jetzt haben sie ein Kommunique gemacht: durch die faktische Herstellung des Kriegszustandes sähen sie sich gezwungen, mit dem Aufbau eines Volksheeres zu beginnen."
"Und das neue Streikgesetz, ist das keine Reform?" "Sicher, es ist ein Sieg, ein kleiner Schritt vorwärts. Aber es ist doch total ungenügend. Ein Streik wird erst erlaubt, wenn sechzig Prozent der Belegschaft dafür sind, wenn es kein Solidaritätsstreik und politischer Streik ist - das ist doch nichts!"

Zum Streik

Wir kamen zu einem Haus mit Garten, das der Kirche gehört. Im Garten lagen in kleinen Gruppen etwa vierzig Spanier herum, sie diskutierten über Sexualität, Schwulsein, Jungfräulichkeit. Pedro wollte alle in einen Saal holen, um zu diskutieren. Aber der Pfaffe und so ein Obermacker waren dagegen. Die SEAT, das sei etwas für die fortgeschrittenen, die schon politisiert seien, aber nicht für






die Sympathisanten, die seien noch zu wenig weit, die würden das nicht verstehen. Man verlor eine Menge Zeit und es stellte sich heraus, daß der letzte Zug schon bald abfahren würde. So gab es nur eine ganz allgemeine Stellungnahme, die SEAT-Genossen forderten zur Solidarität auf angesichts der Repression, sie erklärten, wie friedlich der Kampf doch war und um welche Forderungen es ging.

Im folgenden tippe ich noch ab, was im Bulletin des Spanierkomitees zu SEAT steht, jenes Komitees, wo auch Maria und der Pedro mitmachen: "Das SEAT-Unternehmen zählt über 27 ooo Arbeiter und Beschäftigte in Spanien; über 3oo ooo, wenn man die Filialen und die in andere Firmen ausgelagerte Produktion dazuzählt. Anlässlich eines Arbeitsunterbruchs von 39 Tagen Dauer beschloß die Direktion, der Lohnausfall solle von der Sozialversicherung ausbezahlt werden, welche ganz von den Arbeitern finanziert wird; damit zeigte die Direktion wieder einmal mehr, daß sie bedacht ist, die Spesen einer Krise die Arbeiter selbst zahlen zu lassen, zwar in einem Moment, wo sich Verhandlungen für die Erneuerung der Lohnabkommen anbahnten. Die Antwort der Arbeiter erfolgte augenblicklich:

Am 6. Nov. befanden sich schon alle Arbeiter der Fabrik im Streik; darauf erklärte das Unternehmen den 'lock out'. Doch die Kundgebungen setzten sich fort.

8. Nov.: nach der Generalversammlung von 7 ooo Arbeitern vor den Toren der Fabrik begibt sich eine Kundgebung in das Zentrum von Barcelona. Es erfolgen Zusammenstöße mit der Polizei und zahlreiche Verhaftungen. 2 Arbeiter werden sofort von einem Militärgericht verurteilt.

12. Nov.: Es findet vor den Toren der Fabrik wieder eine VV statt; die anschließende Demo geht an den Industriequartieren vorbei, wo zahlreiche die Arbeit verlassen, um sich ihr anzuschließen.

17. Nov.: Es ist Sonntag, die Arbeiter versammeln sich in der Kathedrale und ziehen dann durch die Stadt, was zu erneuten Zusammenstößen mit der Polizei und zu 5o Verhaftungen führt.

9. Jan.: Die SEAT-Direktion ergreift Maßnahmen gegen 15 ooo Arbeiter: sie schließt sie für eine Woche von der Arbeit (und vom Lohn aus) und droht, 7oo zu entlassen.

1o. Jan.: Die SEAT-Arbeiter demonstrieren zusammen mit den Lavis-Arbeitern im Stadtzentrum von Barcelona.

15. Jan.: Die Fabrikdirektion ergreift Maßnahmen gegen 12 Gewerkschaftsdelegierte des Betriebs; sie klagt sie an, den Streik angezettelt zu haben und droht damit, sie vor das Strafgericht zu bringen.

Nachdem wir die Kämpfe der SEAT-Arbeiter in ihrer chronologischen Reihenfolge aufgeführt haben, scheint es uns wichtig, die wichtigsten Forderungen der SEAT-Arbeiter zu erwähnen: "Generalamnestie, d.h. sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen und Annullierung aller Sanktionen, die die Kämpfe und die Arbeit betrafen / 4o-Stunden-Woche und 3o Minuten Pause / Mindestens 7oo Pesetas Tageslohn, garantierte Minimalprämie von 3ooo Pesetas / keine obligatorischen Überstunden".

## Autonomie

Auf dem Rückweg ging ich mit Rafael und ein paar anderen in eine Kneipe. Alle waren sauer darüber, wie der Pfaffe die Sache abgewürgt hatte. Er hatte es geschafft, die Trennung, die die Linke zwischen Politik - zB. der SEAT-Streik - und Privatleben - zB. Sexualität - machtvoll gegen uns auszuspielen.

"Weißt Du", sagte Raffael, "es ist gar nicht rausgekommen, wie die diese Versammlungen machen. Sie haben mir zB. erzählt, als ich in Barcelona war, daß da Leute gefragt werden, warum sie nicht auf der letzten Versammlung waren. Die antworteten ein Chef habe sie gehindert. Der wird gesucht, man schleppt ihn herbei, und er muß vor der Versammlung rede und Antwort stehen."

"Sag mal, sind die beiden eigentlich von der KPE?" Die? Nein, die sind von den comissiones obreras." "Ja, wie von den comissiones obreras?" "Nun, sie waren in der comission obrera von SEAT, sie hatten auch eine Koordination mit den anderen Autofabriken Spaniens. Ich konnte da einmal beinahe auf so eine nationale Sitzung gehen. Aber dann ging es nicht aus Klandestinitätsgründen." "Aber in der comission obrera ist doch auch die KP?" "Sicher, da ist die KP, da sind noch andere Organisationen. Aber da gibt es auch solche wie die zwei Genossen: die sind in der comission obrera - und damit basta, Ende." Später fragte ich Maria, ob es für sie nicht manchmal hart sei, allein Politik zu machen. "Doch", sagte sie, wenn alle auf Termine gehen, alle in einer Gruppe seien, dann fühle sie sich manchmal sehr allein. Aber wennsie daran denke, in eine von diesen Organisationen zu gehen, nein, lieber nicht. So Versammlungen, wie bei SEAT, die comission obrera, ja, das wäre gut. Aber das würde auch genügen.

"Rafael, weißt Du, was die beiden von der junta democratica halten?" Die 'junta democratica' ist ein von der KP organisiertes Bündnis, das die Franco-Regierung ablösen soll. "Du, die sagten, es wäre gut, wenn die junta democratica an die Regierung käme. Das würde ein neues Feld von Auseinandersetzungen eröffnen. Aber damit wäre der Kampf nicht zu Ende. Im Gegenteil. Er müßte verdoppelt werden. Schließlich sitzen in der junta democratica ausgekochte Faschisten, Leute aus früheren francistischen Regierungen."

"Wir haben da eine etwas andere Ansicht. Denn wenn die 'junta' rankommt, dann kann das die Kämpfe ungeheuer zurückwerfen. Aber das hängt natürlich von uns ab - von der Antwort, die das Volk geben wird. "Ein anderer Genosse:" Die KP will sich mit Teilen des Bürgertums verbünden, das ist die junta democratica. Aber wenn sie den Militärapparat nicht neutralisieren können, kann es jeden Augenblick zum Bürgerkrieg kommen. Und Spaniens Armee ist nicht die portugisische." Rafael: "Es ist auch gar nicht sicher, daß die Junta es schafft. Der Francismus hat eine Karte übrig nach Francos Tod: den Kronprinzen, diesen Deppen von Juan Carlos. Erst wenn das nicht klappt, werden sie es mit der KP versuchen als letzte Möglichkeit, den Kapitalismus zu retten." "Und dann kann sich auch in der Junta eine Spaltung entwickeln, ein sozialistischer Flügel gegen die KP wie jetzt in Portugal." Mir kam der Refrain jenes spanischen Liedes in den Sinn "Schon verging der Sommer, der Winter ist bald da, noch eine kleine Weile und die Regierung stürzt ....."

## Nachspiel

Am Abend kamen noch ein paar Spanier bei uns vorbei. Meine Freundin wollte sie unbedingt sehen, aber sie hatte gesagt, sie würde kochen, jetzt fand sie keine Ablösung. Sie wurde sauer auf mich, auf Ralf, mit dem sie eine Zeitlang zusammenlebte - es kamen noch ein paar Genossinnen hinzu und wir diskutierten, ziemlich lange. Die Spanier waren wieder weg. Vielleicht hätte man sie dazu bringen müssen, in der Küche zu helfen.?

Später kamen aus Zufall noch zwei Jungarbeiter aus Renault-Billancourt vorbei. Sie waren übers Wochenende mal in die Schweiz gefahren und vorbeigekommen, ein Franzose und ein Algerier. Sie hatten im Comite de Lutte der Maos mitgemacht, sonst waren sie nicht organisiert. Die Gewerkschaft haßten sie: "Da ging aus einer Abteilung ein Umzug los. Man wollte weitere Abteilungen zum Streik bringen. Wer stellt sich in den Weg? Die Gewerkschaft! Du machst einen Streik, die Leute diskutieren, man macht im Erfrischungsraum eine Versammlung - 1oo, 2oo Leute - die Gewerkschaft sagt, man muß zur Geschäftsleitung, und zum Premierminister, und sie gehen auch dahin, Du stehst da und kannst dumm gucken. Doch einmal haben wir eine eigene Vertretung gewählt. Die ist zur Geschäftsleitung gegangen. Nein, es waren nicht einfach Arbeiter, halt Gewerkschafter." Von den politischen Gruppen hatten die beiden auch keine große Meinung. "Die stehen vor den Toren und fragen dich aus, was in der Fabrik lossei, um ihre Partei aufzubauen. Ich meine, mir ist das egal, sollen sie doch. Aber uns bringt das nichts. Ich glaube, wenn die mit uns in der Fabrik arbeiten würden, das wäre besser. Eine Zeitlang gab es das ja, aber das meiste ist zusammengebrochen. Immerhin, ab und zu, gibt es eine Demo von den Schülern, wegen Indochina oder so, da kann man sich mit den Bullen prügeln. Aber weißt Du, wo was los ist? In Spanien! Da steht an jeder Ecke ein Bulle! Das ist ein faschistisches Land! Aber die kämpf dort, daß es kracht!

Und in Italien! Da sind die Linksradikalen stärker als die Gewerkschaften."

Am Nachmittag hatte ich Maria um Geld gefragt, ich hatte keins bei mir." Wieviel Geld besitzt Du denn überhaupt?"-"7 ooo DM", sagte ich. "Schöner Prolet ...." Okay, dann sei Du auch ehrlich, wieviel hast Du?"-"2o ooo DM zusammen mit Pedro"."Wollt ihr damit immer noch nach Südamerika?" Nein, wir fahren nach Barcelona, und kaufen eine Wohnung. Nächstes Jahr ziehen wir dahin, da können wir leben, auch wenn wir keine Arbeit finden. Du kannst uns ja besuchen." "Du hast Dich auch ganz schön verändert, seitdem Du aus Deinem Dorf in die Emigration gegangen bist!"-"Bei SEAT wissen sie ja auch, warum sie keine zurückkehrende Gastarbeiter einstellen. Aber hier schmeißen sie uns alle raus. Wir sollten alle zusammen zurückfahren, nicht vereinzelt, und denen die Hölle heiß machen."



Protokoll eines Gesprächs in der ESG Hamburg mit einem Vertreter der ORT (Organisación Revolucionaria de Trabajadores, revolutionäre Arbeiterorganisation) am 8.4.75 über die Lage in Spanien

(vgl. auch den Artikel in der WGA-Nr. 22 vom Dezember 74)

Der Genosse beschrieb Spanien und seine ökonomischen [illegible] dahingehend, daß Spanien nicht im Sinne der Länder der *Dritten Welt "Entwicklungsland" sei. Spanien ist ein Industrieland.* Als Beispiele gab er an, daß Ford z.Zt. Europas größtes Automobilwerk in Spanien baut und die Werftindustrie so groß ist, wie die in der BRD. Es gibt allerdings im Verhältnis zur BRD technologische Unterschiede. Vor allem ist in Spanien die Serienproduktion weit entwickelt. Spanien wird vom Imperialismus als Billiglohnland angesehen. Auch ist der Unterschied zwischen einzelnen spanischen Regionen bezüglich des Industrialisierungsgrads unterschiedlich. So gibt es - ähnlich wie in Italien - ein starkes Nord-Süd-Gefälle. Am weitesten entwickelt sind das Baskenland, Katalonien und einige Städte, wie Madrid. In diesen Gebieten ergibt es eine starke innere Emigration, die dann oft von dort aus weiter nach Frankreich, in die Schweiz und die BRD geht.

In den 50er und 60er Jahren setzt in Spanien die große Industrialisierung ein. Vor dieser Zeit war der Anteil der Bauern an der Gesamtarbeiterschaft 7 zu 10, heute nur noch 3 zu 10. Franco ist der Testamentsvollstrecker der bürgerlichen Revolution unter den Bedingungen des Faschismus.

Mit der verstärkten Industrialisierung in Spanien wuchs auch in den 50er Jahren der Widerstand gegen die faschistische Regierung. Der Widerstand begann in den Betrieben und setzte sich dann auf Stadtteilebene und in den Universitäten fort. 1963 gab es den ersten wichtigen Streik unter dem Faschismus in Spanien bei den Kohlenbergarbeitern in Asturien. Zu dieser Zeit konnte die Situation noch durch die verstärkte Verschiebung von Arbeitsemigranten ins Ausland stabilisiert werden (400 - 500 Tausend gingen nach Frankreich, in die Schweiz und die BRD und in die ganze Welt), doch konnte diese Maßnahme die Bewegung nicht mehr aufhalten.

Seitdem nimmt der Widerstand gegen den Faschismus ständig höhere Formen an. Seit 3 Jahren können Streiks nicht mehr verheimlicht werden. In einigen Städten ist es bereits zu Generalstreiks gekommen (so Sommer 1974 in einigen Arbeitsbezirken von Barcelona, in Erandio, Ferrol, Tolosa und zweimal in Pamplona). Hinzu kamen Bauernstreiks gegen die monopolistischen Zwischenhändler (z.B. beim sog. Paprikakrieg), Stärkung der Arbeiterbewegung in den Betrieben, in den Stadtteilen und Kampf an den Universitäten. Teilweise können die faschistischen Gesetze nicht mehr angewendet werden, weil die Macht der Arbeiter schon zu groß ist. So setzen die Arbeiter z.B. durch, daß die Verhandlungsbeschlüsse bei ihren Vollversammlungen ihnen vorgelegt werden, bzw. die von ihnen gewählten Delegierten die Verhandlungen führen.

## Die KP

Am Anfang des Bürgerkrieges war die KP Spaniens (PC) schwach. Jedoch haben die Kommunisten nach dem spanischen Bürgerkrieg als wichtige gesellschaftliche Kraft den Widerstand gegen das Franco-Regime organisiert. Heute ist die PC die stärkste Partei in der Illegalität. Ihr Einfluß bei den Massen ist heute sehr groß. Seit Anfang der 50er Jahre hat die PC einen Standpunkt des friedlichen Übergangs, des Kampfes im Rahmen der Legalität und eine Paktpolitik verfochten, die monopolistische Kräfte in den Kampf gegen den Faschismus einbeziehen soll.

## Die Comisiones Obreras

: (Arbeiterkommisionen): Die CO sind Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Sie sind politischen Einflüssen geöffnet, aber nicht auf eine bestimmte politische Linie festgelegt. Die CO entstanden in konkreten Situationen spontan und haben sich zu stabilen, konspirativen, demokratischen und autonomen Organisationen entwickelt. Nach ihren Gründungen war die PC in den Comisiones die einzige maßgebende politische Kraft. Sie hat jedoch schwere Fehler in den Comisiones begangen. z.B. hat die PC den konspirativen Charakter der CO liquidiert, so daß 1969 der gesamte Koordinationsausschuß der Comisiones verhaftet wurde und die Arbeit zurückging. Heute sind die CO jedoch wieder mächtiger als früher. Allerdings blieb die PC in den Comisiones sehr stark. Die FRAP sagt, daß die CO "revisionistisch entartet" seien. Man kann jedoch nicht an der Tatsache vorbei, daß in den Comisiones die wichtigsten Kräfte der spanischen Arbeiterklasse organisiert sind und daß die Comisiones mit allen wichtigen Bereichen des spanischen Volkes verbunden sind.

## Die Auseinandersetzung zwischen der KP und der 'revolutionären Linken'.

Heute geht es darum, den Kampf um die Volksdemokratie mit dem Fall des Faschismus zu verbinden. Die PC will den Fall des Faschismus mit der Herstellung der bürgerlichen Demokratie verbinden. So gibt es innerhalb der antifaschistischen Bewegung des Volkes beim Fall des Faschismus zwei Strömungen: Der eine Strom will, zumindest für die nächste Stufe, eine bürgerliche Demokratie (Die PC hat schon die "Junta democration" gegründet, die den bürgerlichen Strom organisiert), der zweite Strom will die Volksdemokratie, die sich zum Sozialismus entwickelt.

Zum Schluß stellte der Genosse die heutige Situation in Spanien zusammenfassend so dar, daß die faschistische Oligarchie durch die Offensive des Volkes kurz davor "einen Schritt zurück" zu tun. In Spanien bieten die Revisionisten den besten Ausweg für die Oligarchie an, nämlich die Beibehaltung der Oligarchie und Bindung breiter Volksmassen an die Oligarchie. In dieser Situation kommt es darauf an, die Bedingungen zu schaffen für die Organisierung des Stromes, der im Rahmen der antifaschistischen Front die Volksdemokratie zum Ziel hat. Mit einem Wort: Die Volksfront. Im Unterschied zur FRAP meint die ORT, daß die Bedingungen hierfür noch nicht da sind, sondern daß es gilt, sie zu schaffen durch Agitation und Propaganda und Verstärkung der Koordination der Massenorganisationen und durch Absprachen der politischen Organisationen untereinander. ●

# Wij blijven hier wonen

## „Wir bleiben hier wohnen" ... sagen die Bewohner des Amsterdamer Stadtteils NIEUWMARKT und kämpfen um die Erhaltung ihrer Häuser ...

Der Nieuwmarkt ist ein schönes altes Viertel im östlichen Zentrum von Amsterdam (zwischen dem Puffviertel und dem Einkaufszentrum). Während der französischen Revolution stand da die Guillotine; im Dritten Reich war es das Judenghetto: "Zutritt für Wehrmachtsangehörige verboten - Der Stadtkommandant". Dann kam der Molloch "moderne Industriegesellschaft" und sprach progressiv von Sanieren, Modernisieren, von neuen Arbeitsplätzen (Bürohochhäusern) und schnellen Verbindungen zu den Satellitenschlafstädten, d.i. Betonzellen à la Märkisches Viertel.

Dafür soll die Metro gebaut werden

Wenn sie gebaut wird, müssen dafür ca. 500 Wohnungen im Nieuwmarkt abgerissen werden. Noch mehr Menschen werden von ihren alten Wohnungen im Zentrum, wo Arbeiten, Wohnen, sich Erholen in erreichbarer Nähe lag, in die Schlafstädte deportiert. Die Metro treibt die Aufteilung der Stadt in Funktionsbereiche noch weiter voran: sie dient nur dazu, Menschenmassen vom Wohnplatz zum Arbeitsplatz und zurück zu transportieren; sie erfordert, um rentabel zu sein, notwendigerweise die Ansiedlung weiterer Schlafstädte entlang der Metrolinie. Aber sie schafft keine Verbindung innerhalb der einzelnen Schlafstadt, so daß z.B. die Leute sich leichter und öfter besuchen könnten. Alternativ zur Metro wären Schnellstraßenbahnen - wenn der Stadtkern für Autos gesperrt würde, wären sie schneller, billiger und flexibler. Deshalb haben die Genossen die Parole ausgegeben: "Rettet unsere Stadt - beginnt mit dem Nieuwmarkt"!

Das Stadtparlament gab sich sozial-fortschrittlich, und so wurde 1968 das Projekt Stadtautobahn zugunsten des Massenverkehrsmittels Metro fallengelassen.

Wer soll das bezahlen ?

Schon bei der Planung der Metro, die von Bijlmer, einer riesigen neuen Schlafstadt aus zunächst bis zum Waterloo-Plein führen sollte, wurde Protest laut. Gruppen von betroffenen Anwohnern taten sich zusammen und versuchten, in der Abgeordnetenversammlung der Stadt alternative Vorschläge zur Diskussion zu bringen. Jedoch gab es bei der Baugenehmigung der einzelnen Abschnitte zwischen 72 und 75 keine nennenswerten Gegenstimmen in diesem Gremium, auch KP-Vertreter und Pazifisten stimmten zu, weil der U-Bahn-Bau Arbeitsplätze für die hohe Zahl der niederländischen Arbeitslosen schaffen würde. Noch heute argumentieren sie so, obwohl jedermann weiß, daß der U-Bahn Bau von deutschen Firmen mit deutschen Facharbeitern durchgeführt wird.
Heute ist die Metro im wesentlichen schon fertig, - eben bis zum Waterloo-Plein (Flohmarkt).
Der Höhepunkt der Auseinandersetzung um den U-Bahn Bau macht sich jedoch an dem Plan der Stadt fest, eine Verbindung zwischen Waterloo-Plein und Zentralbahnhof herzustellen, d.h. die U-Bahn Linie quer durch den Altstadtkern fortzuführen, was den Abriß des gesamten Amsterdamer Altstadtkerns bedeutet.
Die Stadt ist der Eigentümer des gesamten Gebiets, was aus kleinen Gäßchen und Gracchten und alten kleinen Häusern besteht. Sie hatte seit 5 - 10 Jahren dieses Gebiet verslummen lassen, bis die Studenten zunehmend dorthin zogen und in die Häuser gingen. Ob sie die Häuser gemietet oder gekracht (besetzt) hatten, sie investierten viel Geld undArbeit, um sie zu renovieren und um in diesem Gebiet Grünanlagen und Kinderspielplätze anzulegen. Ihr Widerstand gilt aber hauptsächlich dem ihrer Meinung nach unsinnigen U - Bahn Bau und erst in zweiter Linie der drohenden Zerstörung der Wohngebiete und des Altstadtkerns. Sie sagen, man braucht diese irrsinnig teure Verbindung zwischen Zentralbahnhof und Waterloo-Plein nicht durch den wässrigen und sandigen Untergrund des Altstadtkerns, weil der Waterloo-Plein ein zentraler Platz ist und außerdem leicht zu Fuß oder mit Bussen vom Zentralbahnhof aus zu erreichen ist, sie kämpfen gegen diesen, ihrer Meinung nach von Prestigedenken motivierten Plan der Stadt.
Um den letzten Bauabschnitt realisieren zu können, versuchen die Amsterdamer Behörden schon lange, den Räumungstitel gegen die Bewohner des Altstadtkerns durchzusetzen. Da er in Holland immer nur gegen die tatsächlich in einem Haus Wohnenden vollstreckt werden kann, war es lange Zeit möglich, durch Bewohnerwechsel die juristische Bürokratie zu unterlaufen und die Räumungen hinauszuzögern.
Vor mehr als einem Jahr standen die Häuserblöcke, die jetzt geräumt wurden, fast leer. Nur ein paar ältere Leute, die noch Verträge hatten, und wenige Besetzer lebten noch in dem halb zerstörten Viertel. Die Bewohner der billigen Wohnungen waren alle weggekündigt worden. Um den Bewohnern den Auszug schmackhafter zu machen, hatte ein KP-Stadtteilkomitee sich kämpferisch für die Bereitstellung von Sozialwohnungen z.T. in anderen Abrißvierteln und die Erhöhung der Sanierungsprämie von 600 auf 3500 Gulden (1960 - heute) eingesetzt.
Dann begann die organisierte Besetzung. Die zugemauerten Fenster wurden geöffnet, Fußboden gezimmert, Leitungen installiert, das Dach neu gedeckt - es entstand die Aktiegroep Nieuwmarkt. Immer neue Grüppchen und Individuen kamen dazu. Eine Distributionsgruppe hatte eine Liste der leerstehenden Wohnungen. Dieses Komitee führte auch Gespräche mit Wohnungssuchenden, so daß nur wirklich Entschlossene einzogen. Die Gruppe hat inzwischen beachtliche Fähigkeiten im Häuser-Instandsetzen und - Besetzen entwickelt. Weil sie alles Geld in die Renovierungen stecken, zahlen sie natürlich auch keine Miete.

Am 12. Dezember sollte eines der Häuser im Block abgerissen werden. Die Genossen hatten es rechtzeitig beschriftet: auf der Hauswand prangte ein bekanntes antifaschistisches Gedicht von einem holländischen Nationaldichter aus dem 2. Weltkrieg: "Ein Volk, das vor dem Tyrannen weicht, wird nie mehr aufrecht gehn ... wir müssen kämpfen und leiden, hier und jetzt!" Die Kulturkritiker fanden das völlig aus dem Zusammenhang gerissen! Als alle alten Bewohner gegangen waren, wollten es die Genossen besetzen, doch die früheren Bewohner intervenierten: "Wir wollen, das unsere Kinder es besetzen!" Die Genossen warteten also ab. Aber statt der Besetzer kamen Bauarbeiter, eskortiert von ca. 20 Bullen. Die Genossen waren schnell über das Dach ins Haus eingestiegen und deuteten den Bauarbeitern die Gesundheitsschädlichkeit ihrer Arbeit an. Ängstlich verliessen diese das Haus, um nach 2 Stunden mit 300 Bullen wiederzukommen, gemäß der Parole: Der Stärkere sei mein Herr! Die inzwischen aufgebauten Barrikaden wurden weggeräumt, Stock für Stock erobert und demoliert. Zum Schluß saßen die Genossen auf dem Dach - dorthin konnten die Bullen nicht folgen. Sie waren entschlossen, passiv Widerstand zu leisten. Dann aber fiel ein Dachziegel herunter, der seine Wirkung nicht verfehlte. Das Beispiel machte Schule und nach 2 Stunden zogen es die Bullen vor, zu verschwinden. Innerhalb von 14 Tagen war das Haus von der Gruppe Nieuwmarkt bewohnbar gemacht.

Im Dezember sollten zur Vorbereitung des Metrobaus Bäume gefällt werden. Um 7.oo Uhr morgens hatten sich einige Aktivisten auf den Bäumen festgebunden. Die Arbeiter schnitten unter Polizeischutz die Äste rings um die Leute ab. Bis 15.oo Uhr war es möglich, wechselweise Schicht auf den Bäumen zu machen; dann umzingelten die Bullen die Bäume und zwangen die Festgebundenen zur Aufgabe. Diese Aktion weckte viel Sympathie in der Bevölkerung. Als im Januar wieder Bäume gefällt werden sollten, riegelte die Polizei vorsorglich schon in der Nacht die ganze Gracht ab. Obwohl die Amsterdamer in Straßenschlachten unerfahren sind, landete ein Polizist im Krankenhaus.



Räumung !

Um 3 Uhr morgens am Montag, dem 24.März unternahm die Polizei mit Abbruchkolonnen einen Überraschungsangriff auf die ersten beiden betroffenen Häuser. Gepanzerte Fahrzeuge drückten die Barrikaden an Türen und Fenstern ein, Polizei holte die Bewohner heraus, die noch vorhandenen persönlichen Gegenstände und Möbel wurden abtransportiert und nach einer Stunde begann der Abbruch der Häuser. Die Studenten, die nur als diese Stadtteilinitiative organisiert sind, hatten schon vorher einen telefonischen Rundruf organisiert, der auch sofort einsetzte und bis 9.oo Uhr ca. 1000 Menschen auf dem Trümmergrundstück in unmittelbarer Nähe der Abbruchhäuser versammelte. Die Polizei sperrte das gesamte Viertel hermetisch ab, was mit wenigen Polizisten in den engen Gäßchen und auf den Brücken und drei Wasserwerfern auf den größeren Straßen auch vollständig gelang. Der morgendliche Berufsverkehr brach zusammen. Ziel der studentischen Aktion war es, die Absperrungen zu durchbrechen und die Abbruchkolonne in ihrer Arbeit zu behindern. Während der einzelnen Angriffe flogen vor allem Farbbeutel und Eier gegen die Wasserwerfer und Polizisten auf dem Trümmergrundstück und auf den kleinen Brücken. Steine waren ihnen zu gefährlich, weil sie zu leicht die Genossen in den vorderen Reihen treffen konnten. Man kann in Amsterdam keine breite Front gegen die Polizeit bilden, wegen der Enge der Straßen und Brücken, nur kleine Stoßtrupps, aber die Polizei hat bei einem Straßenkampf leichtes Spiel sich zu schützen und Absperrungen aufrecht zu erhalten. Die Polizei antwortete auf die Durchbruchsversuche mit Wasserwerfereinsatz, Tränengas und Nebelkerzen. Bei den Aktionen am Vormittag wurden auch andere zentrale Plätze in Amsterdam besetzt und der Verkehr blockiert, um die Polizei abzulenken, was aber nur teilweise gelang. Bis zum Mittag hatte sich die Menge mehr als verdoppelt. Demonstranten aus Amsterdam und anderen Städten Hollands (Rotterdam, Arnheim) waren hinzugekommen und 700 Polizisten waren voll im Einsatz. Die jeweiligen Offensiven wurden von einzelnen Genossen mit Flüstertüten organisiert. Auch wurde bald klar, daß sich Zivilpolizei unter die Demonstranten gemischt hatte, die eine führende Rolle in einigen Gruppen von Demonstranten übernahmen, selbst die Polizei angriffen und mit Steinen bewarfen, um einen Einsatz zu provozieren, bei dem sie dann selber die Verhaftungen ihrer Nebenmänner vornehmen konnten. Die Verhafteten wurden aber - wahrscheinlich aus Platzmangel im Polizeirevier meistens gleich wieder freigelassen. Gegen 3 Uhr löste man sich an dieser Stelle des Stadtviertels in kleinen Gruppen auf, um sich etwas weiter entfernt auf einer breiten Straße wieder zu treffen; hier sollte der Durchbruch der Absperrungen besser gelingen. Die Polizei hatte nachgezogen und es fanden heftige Auseinandersetzungen statt, bei denen ein Wasserwerfer außer Funktion gesetzt wurde und über 2o Polizisten verletzt wurden.

Zu den Auseinandersetzungen nahm die Presse nicht eindeutig Stellung, durchweg verurteilte sie Demonstranten und Polizeieinsatz gleichzeitig. Nur die Zeitung der KP nahm eindeutig Position gegen die Demonstranten ein, wegen der Militanz der Auseinandersetzung einerseits und ihrer Haltung zum U-Bahn Bau andererseits, die ungebrochener als die der bürgerlich - liberalen Öffentlichkeit auf eine Befürwortung des Projekts hinausläuft.

Wer macht mit ?

Die Aktiegroup Nieuwmarkt setzt sich zusammen aus einem breiten Spektrum von aktiven Genossen. Einige stammen aus dem

ehemaligen KP-Komitee, andere aus Betriebsgruppen, K-Gruppen, aus der Flipper-Scene; die älteren stammen aus dem antifaschistischen Widerstand, aus der rätekommunistischen und der anarchistischen Tradition. Die Aktiegroup Nieuwmarkt knüpft an verschiedene Bewegungen der letzten Jahren in Amsterdam an, beispielsweise die Bewegung: "Autofreie Stadt - fahr Oma net dod!" Letzten Sommer fand eine Demonstration gegen die Stadt-Entwicklungsplanung statt, die von mehr als 40 Stadtteilgruppen und - komitees organisiert war. 8000 Leute beteiligten sich, darunter Bauern mit Traktoren; sie protestierten gegen den geplanten Bau einer neuen Schlafsiedlung.

Nicht beteiligen tut sich die niederländische KP, die CPN; sie setzt sich ein für die Metro, für ein "modernes" Amsterdam. Nachdem ihr Komitee für Erhöhung der Sanierungsprämien durch den Austritt vieler Genossen (die später in die Aktiegroup gingen) kaputt war, verloren sie zunächst jegliche Basis im Nieuwmarkt. Seit einigen Monaten hat sich eine neue KP - Gruppe von 1o-2o Mann gegründet, deren Aufgabe offensichtlich hauptsächlich im Zerstören der Aktiegroup besteht. Auf jeder Versammlung mischen sich ihre Rhetoriker unter die Leute, um Verwirrung zu stiften. Sie diffamieren die Gruppe und werfen ihr vor, sie seien keine Bewohner, sondern Besetzer. Klassenkämpferisch werfen sie den Besetzern vor, sie wollten die Metro - und Abbrucharbeiter arbeitslos machen. Mittlerweile organisiert die KP in der Schlafstadt Bijlmer eine Bürgerinitiative für den schnellen Aufbau der Metro. Auf jeden Fall hat die KP erreicht, daß "Kommunist" im Nieuwmarkt zum Schimpfwort geworden ist.

Gegenmacht!

Die Aktiegroup hatte es geschafft, nach außen hin relativ offene Strukturen zu entwickeln: vor dem besetzten Altstadtviertel hängt eine Tafel aus, auf der die neuesten Nachrichten zu lesen sind. Es gibt einen telefonischen Anrufbeantworter, den jeder anrufen kann, der wissen will, was los ist. Es gibt ein eigenes Radio "Mokum", das jeden Sonntag 20 Minuten lang das "Neueste vom Nieuwmarkt" sendet und jeden Donnerstag fünf Minuten in einem legalen Sender. Es gibt ein festes Druckerkollektiv, das viele sehr einprägsame Plakate herausbringt. Es gibt ein Café, wo man halt so vorbeigehen und schwätzen kann. Es gibt eine alte Schmiede, wo Filme gezeigt und Versammlungen gemacht werden. Es gibt eine dufte Kneipe an der Ecke - der Wirt ist Altgenosse noch aus der Zeit des antifaschistischen Widerstands. Dort trifft sich abends die ganze Scene, Studenten, Seeleute, Alkoholiker, ein paar Arbeiter. Diese älteren Leute spielen eine wichtige Rolle: sie können viel besser als die jungen Studenten mit den älteren Bewohnern des Viertels reden, an alte Erfahrungen erinnern. Die Genossen haben sich also eine Reihe von recht gut funktionierenden Einrichtungen geschaffen, die es ermöglichen, sehr viele Menschen zumindest auf der Ebene von Agitation und Propaganda mit einzubeziehen.

Mittlerweile hat die Stadt eine wirkungsvolle Gegenoffensive gestartet. Sie hat öffentlich allen legalen Bewohnern des betroffenen Viertels neuen, gleichwertigen Ersatzwohnraum zugesichert. Viele verließen daraufhin die Altstadt, die Studenten waren isoliert. Deshalb wurde die große Widerstandsaktion gegen die geplante Räumung weiterer Häuser am 12. April abgeblasen.



Bullen – überall dieselben Typen...



... prügelnde Politessen gibt's bei uns aber noch nicht!



... zum Glück gibt es auch überall Genossen, die sich wehren!

# Arbeitslosenbroschüre u.a. pol. Texte... oder:

## das Problem, sie loszuwerden.

tips tricks tips tricks tips tricks tip tips

und sind wir jetzt auch

**ARBEITSLOS**



chômeurs ANEPROI disoccupati en paro issizler trabajadores العاطلين عن العمل

Am Beispiel der Arbeitslosenbroschüre kann man ein paar Voraussetzungen klar machen, die es braucht, damit wichtige politische Texte und Broschüren nicht nur produziert, sondern auch unter die Leute, die sie erreichen sollen, gebracht werden können. Bei der Arbeitslosenbroschüre sind folgende Sachen schief gelaufen:

1. hieß es in der WWA, man bekäme sie gegen 1.50 DM in Briefmarken von der Karl-Marx-Buchhandlung zugeschickt. Der Preis war falsch und an die Portokosten hat auch keiner gedacht.
2. Die reinen Druck- und Papierkosten pro Stück betragen 2.40 DM. Das ist viel, aber billiger gehts nur bei höheren Auflagen, wie sie zum Beispiel Rowohlt und Fischer haben, aber auch die sind anders kalkuliert. Darauf kommen jetzt 50% Vertriebskosten, also ist der Endpreis 4,80 DM. Da sind 20% Vertriebskosten (bei Sova, Prolit, Maulwurf oder Spartakus) und 30% Rabatt an die Buchhandlungen. Wer glaubt, daß sei zuviel, sollte sich mal klar machen, daß die linken Buchhandlungen nur deshalb existieren können, weil die Genossen, die dort arbeiten sich selbst ausbeuten, dadurch, daß sie durch unbezahlte Arbeit den Laden über Wasser halten. Rentabel wird nämlich ein Laden erst wenn er eine Größenordnung wie Montanus hat, die damit ihren Reibach machen, daß sie wenige Titel einkaufen, die in großen Mengen, und dafür von den bürgerlichen Verlagen 45 - 50% bekommen.

Sortimentsbuchhandel mit vielen kleinen Titeln lohnt sich nicht, steht auch auf der Abschußliste. Wohin die Tendenz geht, sieht man in den USA. Es gibt nur Krimis oder Bestseller am Kiosk oder im Kaufhaus, politische Titel gibts gar nicht, oder von wissenschaftlichen Versandbuchhandlungen in New York für horrende Preise. Das ist der Hintergrund.

Zurück zur Arbeitslosenbroschüre: 4,80DM wäre wie gesagt, reeller Endpreis. Vergleichbare Texte (gleiche Seitenzahl, ähnlicher Druck): Opel Bochum 4.-; Merve, Ausschluß der Verteidiger 6.80; Pierburg Neuß 5.-

Weils politische Texte sind, kann man versuchen, den Preis zu drücken. Das geht aber nur über unbezahlte Arbeit (die überdies von dem objektiven Standpunkt her unrationell ist). Wenn man die Broschüre einem der linken Vertriebe gibt, kommt das Buch sofort a) in alle linken Buchhandlungen und Büchertische, b) als Möglichkeit auch in bürgerliche Läden. Außerdem gibts bei den Vertrieben Verpackungsmaschinen, geregelten Abrechnungsverkehr und ähnliche Arbeitserleichterungen, die jeder gern hätte, der schon mal Bücher rumgeschickt hat.

Bei der Arbeitslosenbroschüre bekommen die Buchhandlungen in Frankfurt, Hannover, Berlin und München welche, die anderen gucken in die Röhre.

Will man die 30% Buchhandelsrabatt kürzen, dann ist das bereits eine bewußte Solidaritätsspende seitens der Buchläden, die da faktisch draufzahlen (Steuern, Betriebskosten und was alles dran hängt). Wenn das aber nicht über die Buchläden läuft, sondern dort die Broschüre zu einem real (schon knapp) kalkulierten Preis verkauft werden, und woanders unterm Preis auftauchen, dann ist das ein unterlaufen der Preisbindung, praktisch ein Raubdruck von einem linken Buch und da wird man echt sauer, wenn zum Beispiel Genossen in den Laden stiefeln und sagen: " Was, das kostet hier ja 5.-DM, ihr seid aber Profitmacher, im Frauenzentrum krieg ichs für die Hälfte." (so ähnlich wars mal mit dem Frauenkalender). Drum: Wenn ihr so ne schöne Broschüre produziert, dann geht zu einem linken Vertrieb und laßt euch den Preis kalkulieren. Ihr erspart euch und dem ganzen linken Buchhandel viel Ärger, und das Buch erreicht all die, dies erreichen soll.





# Lektüre für den Urlaub

ohne unsere Kriterien offenzulegen, empfehlen wir - bzw. die lieben Genossen aus der Frankfurter Karl-Marx-Buchhandlung - hier einige Bücher als FERIENLEKTÜRE:

## Allgemeines

Die Wunden der Freiheit - Trikont - (Roman', über die Widerstandsbewegung der Indianer in den USA)

Bogdanov: Der rote Stern - Heym-Verlag -

Hettmann: Ich habe sieben Leben - Beltz - (Kinderbuch auch für Erwachsene über das Leben Che Guevaras)

A. Seghers: Das siebte Kreuz - Luchterhand - (Roman über den Ausbruch eines Genossen aus einem KZ im Rhein-Main-Gebiet)

Wernström: Sie kamen aus den Bergen - Basisverlag - (Kinderroman, geschrieben aus der Sicht eines Mädchens über den Verlauf der kubanischen Revolution)

H. Böll: Katharina Blum - K & W - (Vorsicht: Gibt's auch als Raubdruck)

Alle Titel aus der Reihe "Literatur der Arbeitswelt" - Fischer

L. Renn: Trini - Weissmann - (Erlebnisse eines Indianermädchens während der mexikanischen Revolution)

J. London: Die eiserne Ferse - Weissmann -

Klassenbuch I bis III - Luchterhand _

M. Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne - NK-Verlag

Adamic: Dynamit - Trikont - (spannend geschriebene Schilderung der amerikanischen Arbeiterkämpfe bis 1930)

R. Dutschke: Sowjetunion, Solschenizyn und die westeuropäische Linke - Rowohlt

## Bücher für Frauen

Frauenhandbuch I

Frauen in der Offensive - Trikont -

Frauenjournal I undII - Trikont -

Frauenjahrbuch 75 - Roter Stern -

C. Broyelle: Die Hälfte des Himmels - Wagenbach -

S. de Beauvoir: verschi nes bei Rowohlt

A. Davis: Autobiografie - Hanser -

Firestone: Die sexuelle Revolution - Fischer -

Chessler: Das verrückte Geschlecht - Rowohlt -

Sherfey: Die Potenz der Frau - K & W - (Vorsicht: Die beiden letzten gibt's auch als Raubdruck)

## England

Glyn: Die Profitklemme - Rotbuch
C.Brendel : Klassenkämpfe in England 45 -72 - Association
Mückenberger : Arbeitsrecht und Klassenkampf, der große engl. Dockarbeiterstreik - EVA
Arbeiterkontrolle und shop-stewards - Kramer
Fetscher : Großbritannien - Athenäum
Big Flame : 5 months of struggles
Big Flame Journal No.1
Bennon: Working for FORD

in England selber: macht die Augen auf !!



## Spanien

G. Orwell: Mein Katalonien - Reprint - (ziemlich Toll)

Broue/Temmine: Revolution und Krieg in S. - Suhrkamp -

Brannon: Die spanische Revolution - Kramer -

Santillan/Peiro: ökonOmie und Revolution .- Kramer

Souchy: Nacht über Spanien - Reprint -

Gerlach u.a.: Die soziale Revolution - Kramer -

Enzensberger: Der kurze Sommer der Anarchie - suhrkamp - (Vorsicht: gibt's auch als Raubdruck)

Berneri: Klassenkrieg in S. - MAD-Flugschrift -

Guerin: Anarchismus - Suhrkamp -

etwas aktueller:
accion comunista: Für einrevolutionäres Spanien - NK-Verlag

Tellez: Sabate' - Trikont (Roman über die Stadtguerilla in S. in den 50er Jahren)

Ferienland Spanien - Rowohlt -
Prokla 13

Debray/Gallo/Carillo: Spanien nach Franco - VSA - (Interviews mit dem KP-Chef Carillo)

## Italien

Notarnicola: Die Bankräuber aus der Barriere, - Trikont - (Autobiographie, die den Lernprozeß eines aus dem Süden kommenden Arbeiters darstellt, der vom Kp-Mitglied zum Stadtguerilla wird und geschnappt wird - und auch noch im Knast politische Aktionen initiiert - ungeheuer Spannend!!!)

Balestrini: WIR WOLLEN ALLES - Trikont - (Roman über Herbstkämpfe in Turin von 69)

Tagebuch eines Betriebskampfes - Trikont - (Beschreibung der Kämpfe bei Alfa Romeo von 69)

Fiat: Arbeiter produzieren die Krise - Trikont - (über die Aktionen der roten Brigaden bis 72)

Lotta continua: Bis jetzt haben wir gebellt, jetzt beißen wir Politladen/Erl. - (Einschätzung der Kampagne gegen die Abschaffung des Scheidungsrechts 1974)

Emigrantenbriefe - prolit - (zweisprachig)

Silone: Brot und Wein - (Roman über einen im Untergrund lebenden Antifaschisten in den 30 er Jahren)

Tasca: Glauben, gehorchen, kämpfen - (über die Taktik der Faschisten in den 20er Jahren)

Boehncke/Humburg: Wer verändert die Schule? - Rowohlt - (Dokumente zum Schulkampf in Italien der Jahre 69 bis 73)

In Italien dann: täglich gibt's die Zeitungen von lotta continua, manifesto, avanguardia operaia
außerdem unregelmäßig: ROSSO und controinformazione

und Italiennummer der WWA = Nr. 19 (August 74)




DOKUMENTATION ÜBER STÖRFÄLLE IN KKWs erschienen

Von WWA, der Zeitung der Platzbesetzer von Wyhl, Marckolsheim, Kaiseraugst... gibt es jetzt eine Extra-Ausgabe zu Störfällen in KKWs in der BRD von 1971 - 74. Das Material ist vorwiegend der Fachpresse entnommen. Besetzerzeitung, 7831 Weisweil, postlagernd.

## Portugal

Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3 und 4

Broschüre des Sozialistischen Büros

Broschüre des KB-Nord

ImPreKorr, Portugalnummer

Ak-Africa: Putsch in Portugal

Fereira: Portugisiescher Kolonialismus

Schilling: Portugals afrikanische Kolonien im Freiheitskampf - Focus-Verlag -

Klassenkämpfe in Portugal heute - Verlag marxist. Blätter -

Wiesflecker: P. auf dem Weg zur Demokratie - Röderberg -

A. Cabral: Die Revolution der Verdammten - Rotbuch -

N. Poulantzas: Grece, l'Espagne et Portugal - Maspero -

Die letzten Nummern des ID

Und natürlich: besonders die Nummern 16, 18 und die letzten Ausgaben der WWA

## Griechenland

Wallraf/Spoo: Unser Faschismus nebenan - K & W -
Richter : Griechenland zwishen Revolution und Konterrevolution - EVA - ( über den gr.Bürgerkrieg)
Elephteria oder die Reise ins Glück - Fischer -( Erzählung einer Griechin über den Streik bei Pierburg)
Vassilikos : Z - Rowohlt
Nikolinakos : die verhinderte Demokratie a
Sartre: Griechenland , Weg in den Faschismus
Argument 57
Meynaud : Griechenland
Die Execution des Mythos - Fischer - Texte asu dem griech. Widerstand.

## Frankreich

A, Münster : Der Kampf bei LIP - Rotbuch
Frauen- LIP -Broschüre ,- Merve
Morawe: Aktiver Streik in Frankreich (LIP)- Rowohlt
Sartre: Mai 68 und die Folgen - Rowohlt
Gauche proletarienne: Volkskrieg in Frankreich- Wagenbach
politikon: Klassenkämpfe in Europa Bd.L

in Frankreich selbst: täglich LIBERATION - mit Sonderseite für die Ferien; und wöchentlich:Politique hebdo



## Dokumentationen über Jugendzentren

"und wir werden immer mehr" !
Berichte und Analysen zum Kampf der Kölner Jugendzentren - enthält außerdem: Probleme beim Verhandeln mit Behörden; was ist Selbstverwaltung ? Vereinsgründung ? Hausbesetzung .... und vieles mehr. Erscheint: Anfang Juni - erhältlich bei linken Buchläden, JZ-Initiativen oder direkt vom Redaktionskollektiv: Jugendzentren c/o Ben Bausch, 5 Köln l, Friesenwall 32-36, Telefon: 249322; Postschekkto. Köln ,Nr. 2o 1o 89- 5 o5 (Bausch)

Dokumentation über die Entwicklung "Initiative Selbstverwaltetes Jugenzentrum" Wuppertal ( deren Arbeit, Auseinandersetzungen, Fehler, Erfolge - die Initiative hat zwei Jahre lang, leider ohne Erfolg, um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gekämpft) - 44 Seiten, Preis DM 3.-- (3o % Rabatt für Wiederverkäufer) zu bestellen bei: Arbeiterbuch-Unibuch, 56 Wuppertal, Neue Nordstr. 6 .